M 3477 FX

blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w



Nr. 72 September 1978 DM 2.50

IMPRESSUM

blätter des iz3w

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstraße 16 (Hinterhaus), D-7800 Freiburg i.Br., Telefon: 0761/74003.
Bürozeiten: Mo-Fr. 10 - 12, 15 - 18 Uhr

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Eugen Bruder, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Benedict Fehr, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Stefan Helming, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Klaus Jährling, Hartmut Jung, Clemens Jürgenmayer, Uli Kieser, Betinna Kocher, Thomas Marx, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Dominique Prodel, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bertina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Hartmut Stüwe, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Ernst Wienß, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.

Druck: SOAK Hannover, Tel 17618

Einem Teil dieser Auflage liegt ein Bestellzettel bei.

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.): Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende, sowie andere einkommensschwache Gruppen nach Selbsteinschätzung: DM 20,–).
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20
Schweiz: Fr 28,– bzw. 20,–

NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



Kenia

Kenyatta gestorben

Im Alter von ca. 87 Jahren starb der kenianische Präsident Jomo Kenyatta in Mombasa. Mit dem Fortfall der ebenso brutalen und korrupten wie eindrucksvollen nationalen Integrationsfigur steigt die Wahrscheinlichkeit, daß die latenten gesellschaftlichen Konflikte in Kenia nicht mehr durch die Herrscheden unter Kontrolle gehalten werden können. Vorläufig übt der frühere Vizepräsident Arap Moi die Regierungsgeschäfte aus. Um die Hintergründe der bisherigen in westlichen Ländern vielgerühmten kenianischen Stabilität zu erleuchten, drucken wir einen Artikel aus Afrikabulletinen 43/1978 (Stockholm) ab.

Red.

DER KENIA – MYTHOS

Hanna Hansson

(aus Politisk Revy, Mai 1978 – Dänemark / afrikabulletinen, 43/ 1978 - Stockholm)
Übers.: iz3w (leicht gekürzt)

(Vorwort)

Der Kenia-Mythos – „ein Musterentwicklungsland, das Wirtschaftswunder, politische Stabilität und demokratische Rechte" – ist zerbrochen.

Die Regierung tut jedoch alles, um die Wahrheit vor der Außenwelt und wahrscheinlich vor allem vor den kenianischen Massen zu verbergen. Der Vizepräsident Arap Moi spricht beispielsweise über die steigende Arbeitslosigkeit als eine „potentielle soziale Bombe, deren Explosion wir verhindern müssen."

Der Schriftsteller Ngugi wa Thiong'o hat die Klassengegensätze in seinen Büchern und Schauspielen aufgezeigt. Er wurde im Januar dieses Jahres festgenommen und bleibt weiter aufgrund des Gesetzes über die Innere Sicherheit in Haft. Hanna Hansson hat diesen Artikel geschrieben, der auch in der dänischen Zeitschrift Politisk Revy, Mai 1978, in einer etwas längeren Version veröffentlicht wurde.

(Text)

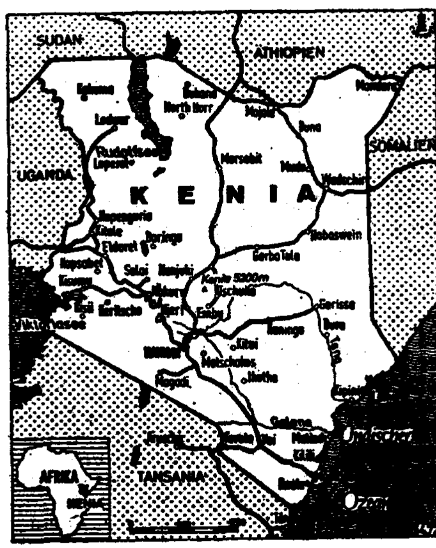
Früh am Morgen des 31. Dezember letzten Jahres holte die Polizei den kenianischen Schriftsteller und Universitätsdozenten Ngugi wa Thiong'o aus seinem Haus. Gleichzeitig wurden mehrere Bücher beschlagnahmt, darunter Werke von Marx und Lenin.

Seit den ca. sechs Monaten, die vergangen sind, seitdem Ngugi verhaftet wurde, wurden keine anderen Erklärungen abgegeben, als daß er nach dem Gesetz über die Innere Sicherheit gefangen gehalten würde. Weder seine Familie noch Freunde durften ihn besuchen.

Politische Gefangene

Hausdurchsuchungen und Verhaftungen mit Hinweis auf Kenias Innere Sicherheit sind alles andere als ungewöhnlich. Bis Ngugi verhaftet wurde, waren es jedoch hauptsächlich Politiker, die Opfer von Übergriffen wurden. Die Festnahme von Ngugi markiert deshalb einen neuen beunruhigenden Trend in der Anwendung des Gesetzes über die Inneres Sicherheit.

In den letzten drei Jahren würden Politiker, die dafür bekannt waren, daß sie gegenüber der liberalen kenianischen Regierung kritisch eingestellt waren, verhört oder gefangengenommen. Mehrere von ihnen sitzen ohne Prozeß in Haft. Es wurden Forderungen erhoben, daß das Gesetz über die Innere Sicherheit geändert wird und daß die Gefangenen ein Verfahren bekommen. Auf die Forderungen hat der kenianische Oberste Staatsanwalt geantwortet: Die Gefangenen kommen unter gar keinen Umständen vor Gericht. Sie sind subversive Elemente.



Dies scheint ein beliebtes Gesprächsthema in weiten Kreisen in Kenia zu sein, und man fragt sich, wo ein stärker organisierter Widerstand gegen die Repression stattgefunden hat. Für die augenscheinliche stillschweigende Hinnahme der Maßnahmen des Systems gegen die Oppositionspolitiker gibt es viele Erklärungen.

Eine der naheliegendsten Erklärungen ist, daß die Versuche eines organisierten Widerstandes, die unternommen worden sind, vor allem von

Studenten und Oberschülern, mit harter Hand niedergeschlagen worden sind. Die Protestaktionen, die nach der Ermordung des Oppositionspolitikers J. M. Kariuki ausgelöst wurden, führten zu gewaltigen Übergriffen der Polizei und der paramilitärischen Polizeitruppe General Service Unit gegen die Studenten. (Kariuki galt als möglicher Nachfolger Kenyattas. Er kritisierte u.a. Kenias Landwirtschaftspolitik, die den Großgrundbesitz schützt). Die Universität wurde für viele Monate geschlossen und verschiedene Studenten relegiert.

Warum für Kritik so empfindlich?
Selbst noch im März dieses Jahres trafen die Protestdemonstrationen der Studenten anläßlich des dritten Jahrestages von Kariukis Ermordung auf Polizei und Panzer. In der Presse wurden die Studenten als Gewaltverbrecher angeprangert, die Ursache der Demonstrationen wurde kaum erwähnt.
Aber warum ist das System so empfindlich gegenüber einer objektiven Wertung der politischen Verhältnisse? Hinter der Kritik liegt sicher mehr als eindeutige Hatz auf Personen und Mißbrauch der Macht einiger Leute.
Die Ursachen liegen vielmehr in dem wirtschaftlichen und sozialen System, dessen Fassade der Stabilität – von vielen Beobachtern in den sechziger Jahren unterstrichen – hatte offenen Widersprüchen weichen müssen.
Die Allianz politischer und wirtschaftlicher Machtgruppen, die das Land seit der Unabhängigkeit geführt haben, schaffte es lange, mehrere Aufgaben zu lösen: starke ausländische Kapitalinteressen zu befriedigen und zu stärken, als progressive Erben der nationalistischen Bewegung dazustehen und gleichzeitig den steigenden sozialen Druck der landlosen Afrikaner zu überleben.
Es läßt sich jedoch nicht mehr verheimlichen, daß sich die Kapitalinteressen – ob es nun ausländische oder kenianisches sind – ohne die Ausbeutung der Arbeiter und Kleinbauern nicht verwirklichen lassen.
Damit das System überleben kann, muß es um jeden Preis ein Bewußtsein der Ausgebeuteten von den wachsenden Widersprüchen verhindern. Der Preis dafür ist, wie ihn auch Ngugi bezahlen mußte, u.a. die Unterdrückung.

Das „kenianische Wunder"
Als Kenia in den sechziger Jahren ein ganz leidliches Wirtschaftswachstum aufrechterhalten konnte, bis gewisse Beobachter von dem „kenianischen Wunder" sprachen, führte das Wachstum zu einer Verschärfung anderer Widersprüche in der Gesellschaft. Das betrifft z.B. verschiedene Kapitalgruppen im Land; doch werden die Konflikte unter strenger Kontrolle gehalten, um nicht Arbeiter und Bauern hineinzuziehen. Ein Beispiel für die Widersprüche des Kapitals waren die plötzlichen Razzien gegen illegale Textilimporteure im letzten Februar. Der Import war schon lange vor sich gegangen, ein Glied in der Kette der Geschäfte des einflußreichen Kapitals. Das Ergebnis war jedoch mit der Zeit, daß viele große und kleine Textilfabriken schließen mußten. Der Konflikt wurde jedoch schnell geglättet.
Beide beteiligten Partner, die Repräsentanten des Industriekapitals und des Handelskapitals, sind sich darin einig, „Frieden und Stabilität" als Voraussetzung für ein rasches Wirtschaftswachstum zu bewahren.
Es ist schwerer, die rasch steigenden Lebenshaltungskosten wegzudiskutieren und zu verstecken, genau so die wachsende Land- und Arbeitslosigkeit im Land. Die Inflationsrate, die Anfang 1977 auf einem kontrollierbaren Niveau zu sein schien, als die Kaffeeerlöse am höchsten waren, ist seitdem stark gestiegen. Im Oktober ist sie auf 18 Prozent gestiegen (Quaterly Economic Review of Kenya, 1st Quarter 1978, EIU).

Kaffeeboom ohne Nutzen für das Volk
Es liegt nahe zu fragen, wozu die enormen Erlöse aus dem Kaffeeboom verwendet wurden. 1977 stiegen die Kaffeeerlöse auf 240 Millionen £ – 68 % mehr als im Jahr zuvor. QER stellt die Frage, ob die enormen Summen für landwirtschaftliche Investitionen verwandt wurden oder für direkten Verbrauch, und antwortet selbst: „Der erste Eindruk ist, daß ein sehr großer Teil davon in erhöhten Konsum ging, vor allem in Autos und alkoholische Getränke ... und ob Geld investiert wurde oder in den privaten Verbrauch gegangen ist, es gibt keinen Zweifel, daß der größte Teil des Geldes seinen Weg nach Nairobi und andere größere Städte gefunden hat."
Die Investitionen in der Industrie während des Kaffeebooms waren nicht ohne Auswirkungen. Die Beschäftigung in der Industrie stieg zwischen Juni 1976 und Juni 1977 um 8 %. Die Industrie beschäftigt jedoch höchstens 90.000 Personen, und so ist die Erhöhung nur ein Tropfen auf den heißen Stein, verglichen mit den Hunderttausenden von Arbeitslosen. Man kann auch nicht erwarten, daß die Tendenz sich fortsetzt, denn der Kaffeepreis kann als Gradmesser für die Kapitalzirkulation in Kenia der nächsten Zeit gesehen werden, und der hat sich nunmehr gegenüber der Rekordnotierung vom April 1977 halbiert.

Die soziale Zeitbombe
Es gibt keinen Zweifel, daß die kenianischen Machthaber sich bewußt sind, daß der Wirtschaftsboom in Kenia in den letzten zehn Jahren die sozialen Gegensätze eher verstärkt hat, anstatt zu ihrer Lösung beizutragen. Im letzten Januar traf sich die ganze kenianische Führungselite aus Kabinett, Parlament und Verwaltung, um drei Tage lang „The Kenya We Want" zu diskutieren. In seiner Eröffnungsrede sprach Vizepräsident Daniel Arap Moi von der steigenden Arbeitslosigkeit in Kenia als eine „mögliche soziale Bombe, deren Explosionsgefahr wir mit allen unseren Mitteln verhindern müssen" (Weekly Review, 30.1.1978).
Er sagte weiter: „Neben dem Problem, mögliche Arbeitslose aufzusaugen, gibt es das Problem, eine wachsende Bevölkerung zu versorgen. Wir wissen alle, daß hungernde Menschen nicht arbeiten können – sie beklagen sich und werden zersetzende Kräfte. Das

Korruption und Unterdrückung, aber wachsende Unzufriedenheit
Kenia war das wichtigste Mitglied im von Großbritannien kolonisierten „Ostafrika". Aber während Uganda und Tanganjika vor allem Rohstofflieferanten für die Kolonialmacht blieben, wurde ein Teil des Überschusses in Kenia gesammelt und zum Nutzen der großen europäischen Minderheit verbraucht.
Von den fast 70 000 Europäern, die bei der Unabhängigkeit 1963 im Lande wohnten, waren viele Bauern mit großem Interesse, da zu bleiben. Sie planten, einseitig die Unabhängigkeit auszurufen, wie es Südrhodesien 1965 tat. Die britische Regierung konnte das verhindern und löste viele der Europäer mit einem Fonds aus, der dem sog. anglo-amerikanischen Fonds gleicht, der nun für Südrhodesien/Zimbabwe geschaffen wurde. Der Fonds trug auch dazu bei, die kapitalistische Struktur der Wirtschaft des Landes beizubehalten. Seit der Stammesaufstand der Mau-Mau in den fünfziger Jahren erstickt worden war, wobei es Tausende von Toten gab, erhielten viele Afrikaner die Möglichkeit, die Rolle der Europäer in Landwirtschaft und Verwaltung zu übernehmen. Unter dem Schlagwort „Afrikanischer Sozialismus" förderte der neue Staat einen rasch wachsenden afrikanischen Kapitalismus, der heute Kenia zu einem der wirtschaftlich wichtigsten Staaten in Afrika macht. Jomo Kenyatta, der Präsident des Landes, war in den zwanziger Jahren Führer der Opposition gegen Zwangsarbeit und Bodenenteignung. Er wurde auch Führer der KANU, der staatstragenden Partei in einem Staat, der praktisch ein Einparteienstaat ist. Die Bedeutung der Partei ist jedoch gering verglichen mit der des Staates, und Streitigkeiten in der Partei sind fast Ausdruck der internen Gegensätze innerhalb der herrschenden Klasse in Kenia.
Die Korruption innerhalb der herrschenden Klasse ist hoch. Große Gewinne werden durch Schmuggel von landwirtschaftlichen und anderen Produkten gemacht, z.B. nach Uganda. Außenpolitisch hat das Land auf verschiedene Weise versucht, dem Befreiungskampf in Portugals Kolonien entgegenzuarbeiten. Die Exilorganisation COREMO (Mosambik) hatte ein Büro in Nairobi. Die UNITA hatte gute Kontakte mit der Regierung, die bei einigen Gelegenheiten zwischen 1974 und 1976 aktiv in den angolanischen Konflikt zugunsten der UNITA und FNLA eingriff. Kenia hat auch politische Kontakte mit Südafrika und pflegt eine gewisse wirtschaftliche Zusammenarbeit.
Durch die schrittweise Auflösung der Ostafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, deren Mitglieder Kenia, Uganda und Tansania waren, hat sich Kenias Einfluß auf Tansania und Sambia verringert. Gegensätze mit Amin in Uganda und Grenzkonflikte mit Somalia haben es für Kenia schwer gemacht, seine regionale Zusammenarbeit in andere Richtungen auszuweiten. (Uganda und Kenia hängen gegenseitig voneinander ab und haben kürzlich wieder diplomatische Beziehungen errichtet).
Die Entwicklung der letzten Jahre in Kenia zeigt, daß die herrschenden Klassen innerhalb von Staat und Wirtschaft relativ starke innere Gegensätze haben. Hinzu kommt der wachsende druck von einem immer größeren Anteil von Arbeitslosen in den Slums der Großstädte und die armen Kleinbauern, deren Lebensbedingungen sich Schritt für Schritt verschlechtern. Die Aufgabe, eine nationale organisierte Opposition zu bilden, ist bislang jedoch mißglückt; die historischen Stammesgegensätze wirken erschwerend und die Unterdrückung ist stark.

ist eine andere soziale Zeitbombe. Aber ich bin sicher, daß wir die Situation beherrschen können, da wir uns ernsthaft um Frieden und Stabilität kümmern."
Es ist nicht nur das Interesse der Machthaber, „die Explosionsgefahr dieser und anderer Zeitbomben" klein zu halten. Kenias relativ hohes Wirtschaftswachstum seit der Unabhängigkeit war eng mit der „Politik der Offenen Tür" gegenüber ausländischen Kapitalinteressen verbunden.
Über dieses wirtschaftliche Interesse an einem stabilen politischen Klima haben ausländische Mächte ein verstärktes Interesse an Kenia aufgrund der potentiellen strategischen Rolle des Landes auf dem afrikanischen Kontinent. So wurde die enge Zusammenarbeit mit den USA bei den Feierlichkeiten anläßlich des Unabhängigkeitstages vom 13.12.1976 demonstriert. Bei dieser Gelegenheit flogen amerikanische Marineflugzeuge zur Ehrung des Präsidenten Kenyatta über die Hauptstadt. 1975 verhandelte Kenia mit den USA um ein 15 Millionen DM-Waffengeschäft. Im Juni 1976 besuchte der stellvertretende Verteidigungsminister der USA, Donald Rumsfeld, Nairobi, um die Verhandlungen über den Kauf von 12 F 5-Flugzeugen im Wert von 150 Millionen DM abzuschließen.
Seitdem kann man rätseln, ob es einen Zusammenhang zwischen den gleichzeitigen Verhandlungen Rumsfelds in Zaire und Südafrika gab (oder gibt).
Während Kenias Unterdrückungsapparat erweitert und angewendet wird, während sich das System lästiger Kritik ausgesetzt sieht, wachsen die Widersprüche in der Gesellschaft. Es war kein Zufall, daß das System gegen Ngugi losschlug. Denn er rührte an Mois „sozialer Zeitbombe", indem er die Widersprüche zwischen Unterdrückern und Unterdrückten aufzeigte. Das war das erste Mal, daß die kenianischen Behörden so drastische maßnahmen gegen einen Schriftsteller ergriffen.

„Das was mich am meisten interessiert, ist die Entwicklung der Menschen vom Standpunkt eines schwarzen Kulturnationalismus zu einem Klassenstandpunkt. Von der Phase, in der der Mensch Unterdrückung als ein kulturelles Phänomen sieht, zu der Phase, wo er entdeckt, daß die Unterdrückung total ist: wirtschaftlich, politisch und kulturell. Von der Phase, in der er vom afrikanischen Volk als einer Masse spricht, zu der Situation, in der er die afrikanische Gesellschaft zwischen Arbeitern und Bauern auf der einen Seite und dem Imperialismus und dessen Verbündeten auf der anderen Seite geteilt sieht. Ich halte das für eine wichtige Entwicklung im Wachstum des Menschen."
(Ngugi wa Thiong'o in Weekly Review, 9.1.1978. Das Interview wurde nach seiner Verhaftung veröffentlicht.)

Es gibt ein „Ngugi wa Thiong'o Defence Committee in London. Die Adresse: 28/29 Southampton Street, London WC 2, Großbritannien

Eritrea

US - Splitterbomben im Eritreakrieg
Die von Israel an die äthiopische Regierung geleistete Militärhilfe umfaßt auch Splitterbomben, die mit amerikanischen und israelischen Inschriften versehen sind. Diese Bomben („Cluster Bombs") sind ausschließlich gegen lebende Ziele wirksam. Sie explodieren kurz vor dem Aufprall und zerstreuen Tausende von Bombensplittern über ein Areal von ca. 1 km Durchmesser, ihre Wirkung gilt als besonders grausam.
Diese Bomben wurden von den USA in Vietnam eingesetzt und von Israel gegen ein Palästinenserlager bei Tyrus. Seit 5 Jahren bemüht sich die Leitung des internationalen Roten Kreuzes vergeblich um ein Verbot dieser Bomben.
Mosche Dayan hat auf einer Züricher Pressekonferenz Mitte Februar zugegeben, daß Israel dem äthiopischen Regime Waffen liefere, obwohl es nicht hinter der äthiopischen Regierung steht. Der Grund ist wohl Israels strategisches Interesse, eine Ausdehnung der arabischen Einflußsphäre auf die Saudiarabien gegenüberliegende Seite des roten Meeres zu verhindern. Die eritreische Befreiungsbewegung wird von zahlreichen arabischen Ländern unterstützt, z.B. Saudiarabien, Kuwait, Syrien, Irak. (FR 19.6.1978; 22.6.1978)

Zimbabwe

Situation des Befreiungskampfes

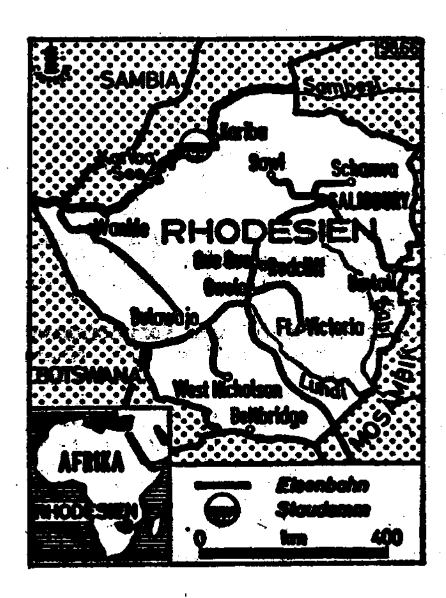
Dem rassistischen rhodesischen Minderheitsregime ist es weder durch den politischen Coup, der „internen Lösung" mit den schwarzen Marionetten Muzorewa, Sitole und Chirau, noch durch die verstärkten militärischen Aktionen gegen die in der Patriotischen Front zusammengeschlossenen ZANU und ZAPU gelungen, den Befreiungskampf zu schwächen.

Der Terror der rhodesischen Söldnerarmee

Einen erneuten Beweis für den Terror der Selous Scouts – rhodesische „Elite"-Truppe, die als ZANLA (die ZANLA ist der militärische Arm der ZANU) oder FRELIMO-Kämpfer getarnt in Zimbabwe und Mocambique Massaker an der Zivilbevölkerung verüben, lieferte die „Internationale Vereinigung demokratischer Juristen" in London. Auf einer Pressekonferenz berichteten vier Anwälte von einem Deserteur der rhodesischen Armee, der einer Gruppe von 30 schwarzen Söldnern angehörte, die von rhodesischen u n d südafrikanischen Offizieren befehligt wird. Diese Söldnergruppe hat unter dem Befehl eines Kommandeurs der rhodesischen Armee auch die Massaker vom 23. 6. 78 ausgeführt, bei dem sieben weiße Männer und Kinder ermordet und sechs Frauen vergewaltigt und ermordet wurden. „. . . das Massaker sei verübt worden, weil die Missionare angeblich die schwarzen Guerilleros unterstützt hätten. Durch hinterlassene Plakate und Flugblätter habe man den Eindruck zu erwecken versucht, als ob die Mörder schwarze Untergrundkämpfer gewesen seien" (FR 25. 8. 78; vgl. blätter ... Nr. 65: Wer ermordet Missionare? und Chronik in Nr. 68). Ein rhodesisches Gericht machte auch prompt die ZANU für das Massaker verantwortlich.

Neue Überfälle auf Mocambique

Auf Anweisung aller Mitglieder der „Übergangsregierung" (so Genralleutnant Walls der rhodesischen Söldnerarmee, MD 4. 8. 78) – also auch der schwarzen Mitglieder – gehen die Angriffe auf Mocambique weiter. Am 30. und 31. Juli sind erneut Kommandounternehmen „gegen ausgewählte Terroristenstützpunkte in Mocambique" gestartet worden (Verlautbarung des Hauptquartiers der rhodesischen Armee, FR 31. 7. 78). In den Augen der rhodesischen Propaganda ist jeder nach Mocambique geflohene Zimbabwer, ob Mann, Frau oder Kind ein (potentieller) Terrorist. Selbstverständlich rekrutieren sich die Befreiungsarmeen aus den die ZANU und Patriotische Front unterstützenden Flüchtlingen, deren dringlichster Wunsch es ist, in ein befreites Zimbabwe zurückkehren zu können. Die Massaker treffen aber weniger die Befreiungsstreitkräfte, die in der Lage sind, sich zu schützen, als vielmehr ungeschützte Flüchtlingslager (zu den Überfällen auf Mocambique und ihre Darstellung in der bundesdeutschen Presse vgl. Blätter Nr. 68, S. 9ff).



Aber auch die emeuten Massaker können die militärischen Erfolge – Nkomo: wir (die Patriotische Front, Anm. der Red.) kontrollieren 95% des Landes, wann wir die Städte nehmen, entscheiden wir (FR 6. 7. 78) – der Patriotischen Front nicht beeinträchtigen. Selbst unter Militärschutz durch Land fahrende Konvois sind nicht mehr vor den Angriffen der Befreiungsarmee sicher (NZZ 14. 7. 78). Landbusse verkehren nur noch mit Zustimmung der örtlichen Kommandanten der Befreiungsarmee (Times 24. 7. 78).

Politische Erfolge der Patriotischen Front.

Auf dem politischen Sektor des Befreiungskampfes sind ebenfalls weitere Erfolge der Patriotischen Front zu verzeichnen. Konnte noch im Januar dieses Jahres Bischof Muzorewa 200 000 Zimbabwer in Salisbury mobilisieren, so sind es heute nicht mehr als 500 (Guardian 23. 7. 78). Vier Delegierte, die auf einem UNAC-Kongreß den Austritt Muzorewas aus der „Übergangsregierung“ gefordert hatten, wurden kurzerhand aus der Organisation ausgeschlossen.

Dennoch gehen die Auseinandersetzungen im UNAC weiter. Einige führende Mitglieder fordern von Muzorewa eine Allianz mit Nkomos ZAPU (Financial Gazette, Johannesburg, 1. 9. 78).

Veranstaltungen und Kundgebungen der „Übergangsregierung“, die in verschiedenen Teilen des Landes durchgeführt wurden, blieben ohne „positive Resonanz“ (für die „Übergangsregierung“). Im Bergbauzentrum von Wankie, in der Nähe der sambischen Grenze, wo ein Minister der Übergangsregierung vor 13 000 Arbeitern einer Zeche sprechen sollte, erschienen nur sieben Personen. Andere Veranstaltungen nahe der mocambiquanischen Grenze sind von „unbewaffneten Guerillas“ (sprich Propagandisten der ZANU) gestört worden (NZZ 17. 8. 78). Im Bergbauzentrum Mangula, wo von südafrikanischen Konzernen Kupfer ausgebeutet wird, standen 3000 Arbeiter im Streik gegen Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit, der von der Polizei zusammengeschossen wurde (FR 17. 8. 78).

Die „interne Lösung“ ist gescheitert

Der am 26. Juli dieses Jahres publizierte Zeitplan der „Übergangsregierung“ zur Auffüllung des am 3. März unterzeichneten Smithabkommens (Wortlaut siehe Blätter Nr. 69, S. 14), nach welchem am 20. Oktober die weiße Minderheit in einem Referendum die neue „Verfassung“ akzeptieren, am 4. Dezember dieses Jahres „allgemeine Wahlen“ stattfinden (LM 28. 7. 78) und am 1. 1. 79 die Macht an die aus den Wahlen hervorgegangene schwarze Mehrheit des Parlaments übergeben werden soll – selbstverständlich unter Beibehaltung der bestehenden öffentlichen Organe wie Justiz, Polizei und Armee, in welche die Guerillaverbände eingegliedert werden sollen (!) und der bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsordnung – ist immer mehr zum Scheitern verurteilt.

Die hochgelobte „Abschaffung der Apartheid“ durch die Übergangsregierung beinhaltet nur kosmetische Veränderungen: öffentliche Einrichtungen sowie Hotels, Restaurants, Bars, Kinos und Theater stehen jetzt allen Rassen offen. Dies ist ein Hohn, bedenkt man, daß die Mehrheit der Bevölkerung finanziell gar nicht in der Lage ist, diese Institutionen zu nutzen, gleichzeitig aber die gut ausgerüsteten Schulen und Krankenhäuser den weißen vorbehalten bleiben und auch die Trennung der Wohngebiete unangetastet blieb. Dennoch feierte Muzorewa dies als eine historische Entscheidung und zeigte sich „sehr erfreut und zufrieden“ (SZ 9. 8. 78). Seine Mitkomplizen in der Übergangsregierung Sitole und Chirau waren jedoch enttäuscht und hatten ebenso wie die westliche Presse mehr erwartet (NZZ 11. 8. 78).



Mugabe Nkomo

Smith behält sich vor, die Wahlen nicht stattfinden zu lassen, falls es seinen schwarzen Kollegen Sitole, Muzorewa und Chirau nicht gelingt, ihren Teil des Abkommens, einen Waffenstillstand, zu verwirklichen (MD 21.7. 78).

Damit deutet Smith das Abkommen von Salisbury um, indem er behauptet, es sei Aufgabe der schwarzen Kabinettsmitglieder, den Waffenstillstand zu verwirklichen, die dazu überhaupt nicht die Machtmittel haben, da sie weder über die rhodesische Armee befehligen noch den Befreiungsarmeen von ZANU und ZAPU Weisungen geben können. Dieses Manöver ist als Versuch Smiths zu werten, sich notfalls aus dem Abkommen mit Muzorewa, Sitole und Chirau davonstehlen zu können.

Es ist der Übergangsregierung weder gelungen, bei der schwarzen Bevölkerung (s.o.) Vertrauen zu erwecken, noch die „Bewußtseinskrise“ der weißen Siedler in den Griff zu bekommen. „Die weißen stimmen mit den Füßen ab“, schreibt Le Monde (20. 8. 78) und spielt damit auf die zunehmende Auswanderung der Weißen an, die durch die offizielle Statistik nur mühsam verschleiert wird. Trotz Unterlaufens des von der UNO verhängten Wirtschaftsboykotts durch die imperialistischen Länder – neueste Aufdeckung: Der Shell-Konzern verschiffte aus den Niederlanden große Mengen Öl nach Rhodesien (FR 15. 8. 78) – ist es dem Smithregime nicht gelungen, die wirtschaftliche Entwicklung des Landes in den Griff zu bekommen: Das Volkseinkommen wird 1978 das zweite Jahr hintereinander um 7% sinken, der Lebensstandard der Rhodesier sank seit 1974 um 25%. Zusätzlich will die Regierung Zwangsanleihen aufnehmen, die 12,5% der Grundeinkommenssteuer umfassen, um den Krieg gegen die Befreiungsarmeen finanzieren zu können.

Diese Bedingungen, deren Ursache die Erfolge der Befreiungskriege sind, haben zur Abwanderung besonders der besser verdienenden Weißen geführt. Alle Flüge aus Rhodesien sind bis zum Ende dieses Jahres ausgebucht (Times 24. 7. 78).

Die „interne Lösung“ ist von den imperialistischen Ländern nur zögernd oder garnicht unterstützt worden, weil sie richtig erkannt haben, daß die „Übergangsregierung“ nicht in der Lage sein wird, normale Kapitalverwertungsbedingungen herzustellen. So konnten sich auch die konservativen Parteien in Westeuropa mit ihren Forderungen nach der Verwirklichung des „internen Abkommens“ den Rhodesien-Boykott, der in der Realität mannigfaltig gebrochen und unterlaufen wurde, aufzuheben, gegenüber den sozialdemokratischen Regierungen nicht durchsetzen (vgl. Äußerungen von Strauß und britischen Konservativen in der Unterhausdebatte, FR 28.7. und 4. 8. 78).

Sollte Smith es dennoch wagen, ohne Einbeziehung der Patriotischen Front Wahlen stattfinden zu lassen, so wird – und das befürchtet auch die „Übergangsregierung“ – die Mehrheit der schwarzen Bevölkerung sich nicht an den Wahlen beteiligen und so die Farce der „internen Regelung“ überdeutlich machen.

Die imperialistischen Staaten versuchen weiterhin mit Hilfe des anglo-amerikanischen Plans auf einer neu einzuberufenden „Allparteienkonferenz“ die Patriotische Front zu spalten und die ZAPU unter Führung von Nkomo für eine Rhodesien-Lösung im Interesse des Imperialismus zu gewinnen. Nkomo hält zwar an der Patriotischen Front mit der ZANU, dessen Vorsitzender Mugabe ist, fest – Mugabe teilte

sogar nach einem Treffen mit Nkomo in Lusaka mit: „ihre beiden Bewegungen (ZANU und ZAPU) erwägen zu einer Einheitspartei zu verschmelzen (NZZ 23. 8. 78); andererseits gibt es immer wieder Gerüchte, Nkomo werde mit der „Übergangsregierung" verhandeln. Die Gespräche Nkomos mit Helmut Schmidt (FR 3. 7. 78), die Geheimkontakte mit Smith und andere diplomatische Kontakte geben diesen Gerüchten immer wieder Nahrung.

Inwieweit hier nur das Wunschdenken des Imperialismus zu diesen Gerüchten führt (vgl. FR 19. 7. 78; Spiegel 28. 8. 78), bleibt abzuwarten.

Die ZANU wiederholte ihre Position zu den angloamerikanischen Vorschlägen: Dies sei eine Basis für die Diskussion, eine Ehe zwischen Patriotischer Front und „Übergangsregierung" werde es jedoch in keinem Fall geben. Das Smithregime muß abtreten, das ganze Regime ist durch die selbstbestimmten Formen der Befreiungsbewegungen zu ersetzen und die Macht an die authentischen Vertreter des Volkes von Zimbabwe, die Patriotische Front, zu übergeben. Verhandlungspartner ist und bleibt die Kolonialmacht Groß-Britannien (LM 23. 8. 78).

wo.

Ghana

Regierungswechsel in Ghana

Am 5. Juli 1978 unterzeichnete General Kutu Ignatius Acheampong, das Regierungsoberhaupt Ghanas, seinen Rücktritt. Angehörige des Höchsten Militärrats, d.h. des Regierungskollektivs in der Militärregierung Ghanas, und des beratenden Militärrates erklärten ihm am Morgen des 5. Juli, daß er zurückzutreten habe. Danach wurde General Acheampong an wechselnden und verschiedenen entlegenen Orten unter Hausarrest gestellt und alle seine Konten wurden eingefroren (Africa Magazine Nr. 84/1978, S. 12 und The Guardian vom 23.8. 78).

Damit ist Generalleutnant Frederik Akuffo, der zweite Mann in der Hierarchie des Höchsten Militärrates, an die Stelle des Staatsoberhauptes getreten. Akuffo ist als Soldat bekannt, dem Disziplin über alles geht. Entscheidende Veränderungen in der Leitung der Militärs haben sich im übrigen jedoch nicht ergeben. Eine der wenigen Umbesetzungen liegt in der Ernennung des Brigadegenerals J. Nonoo als Chef des Verteidigungsministeriums vor, der auf eine starke Unterstützung der jüngeren Offiziere rechnen kann. (Africa Magazine Nr. 84/78, S. 13).

Vier Tage nach dem Sturz General Acheampongs gab der neue Staatschef Akuffo in seiner ersten Regierungsansprache im Rundfunk drei Gründe an, warum Acheampong hatte gehen müssen.

Der Vorgänger habe sich unter Ausschluß seiner Kollegen im Höchsten Militärrat mit unfähigen Beratern und solchen mit höchst zweifelhaften Interessen umgeben, und habe an einer ganzen Anzahl von wichtigen Anlässen den Rat der anderen Mitglieder des Höchsten Militärrates in den Wind geschlagen. Zweitens habe Acheampong Entschlüsse, die kollektiv gefällt worden waren, von sich aus einfach abgeändert. Weiter habe der Staatschef wichtige Entscheidungen gefällt, ohne seine Kollegen zu konsultieren, sogar ohne sie zu unterrichten. „Die Kommunikation zwischen ihm und dem Rest seines Kollegiums sei sage und schreibe zusammengebrochen und das ganze Regierungen sei eine einzige Einmannschau geworden", erklärte Akuffo (Africa Magazine Nr. 84/78, S. 14).

Um ähnliche Vorkommnisse für die unmittelbare Zukunft zu verhindern, gab der Höchste Militärrat einen Erlaß heraus, der dem Rat als Ganzes und nicht dem Vorsitzenden allein die Exekutivgewalt überträgt. Alle Staatsminister und Diplomaten sollen jetzt vom Höchsten Militärrat ernannt werden.

In seiner Regierungserklärung berührte der neue Regierungschef auch den besonders neuralgischen Punkt, nämlich die Rückkehr zur verfassungsmässigen Zivilregierung. Zu dieser Frage war am 30. 3. 78 eine Volksabstimmung abgehalten worden. Die Bevölkerung Ghanas und insbesondere die Intellektuellen unterstützten dabei ein Regierungssystem, bei dem sie durch Parteien aktiv an der Regierungsbildung unter Ausschluß der Armee teilnehmen würden. General Acheampong und große Teile der Armee und der Polizeikräfte zogen jedoch ein zweites Modell für die Zivilregierung vor, das Modell der sogenannten Einheitsregierung, bei dem die Willensbildung nicht durch autonome Parteien vollzogen werden sollte, sondern durch von der Regierung bestimmte Bevölkerungsgruppen. Auf diese Weise hätten sich die Armee und die Polizei eine Hintertür zur Macht offenhalten können. Sie schreckten deshalb auch nicht davor zurück, das Wahlergebnis des Referendums vom 30. 3. 78 über die beiden Alternativen zugunsten des von ihnen favorisierten Modells der Einheitsregierung zu fälschen. Bei den Vorbereitungen zur Volksabstimmung und bei der Wahl selbst war es deshalb zu heftigen Unruhen in der Bevölkerung gekommen, was schließlich auch seinen Teil zum Umsturz beigetragen haben dürfte.

General Akuffo kündigte für den 1. Juli 1979 eine Nationale Übergangsregierung für eine Amtszeit von vier Jahren an, die auf freien Wahlen basieren soll und das ganze ghanaische Volk repräsentieren soll. Auch sie soll nicht auf der Bildung von politischen Parteien basieren. Jedoch soll keine Möglichkeit für eine institutionalisierte Repräsentation der Armee oder Polizei bestehen. Am Ende der vierjährigen Übergangszeit habe das ghanaische Volk die Gelegenheit, eine endgültige Verfassung zu wählen. Mittlerweile hat sich die gegenwärtige Verfassungsgebende Versammlung wiedergebildet, um Entwürfe für eine vorläufige Verfassung für die Nationale Übergangsregierung vorzubereiten (The Guardian vom 23. 8. 78, Anzeige der Regierung Ghanas).

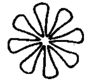
General Akuffo rief auch zur Nationalen Versöhnung und Einheit auf, und ließ alle diejenigen aus der „Schutzhaft" frei, die seit dem Referendum im März festgehalten worden waren. Das waren vor allem die Sprecher der großen Gruppen, die sich gegen eine Einheitsregierung ausgesprochen und eingesetzt hatten und sofort nach dem Wahlgang auf die Wahlmanipulationen hingewiesen hatten. Weiterhin erklärte er eine Generalamnestie für alle diejenigen Ghanaer, die freiwillig ins Exil gegangen waren und rief alle ghanaesischen Experten, die aus irgendwelchen Gründen außer Landes leben und alle Studenten, die ihr Studium beendet haben, auf, nach Hause zurückzukehren (The Guardian 23. 8. 78). Die große Anzahl der Ghanaer, die diesem Aufruf schon Folge geleistet haben, aber noch mehr die Tatsache, daß Rechtsanwälte, Studenten und Universitätslehrer ihre Proteststreiks beendet haben – die Universität Lagon war seit Januar bestreikt worden – deuten darauf hin, daß man in Ghana tatsächlich der neuen Regierung abnimmt, daß sie ernsthaft auf eine Zivilregierung ohne Beteiligung der Militärs und Polizei hinarbeitet (The Guardian vom 23. 8. 78).

Dabei bleibt offen, ob sich die neue Regierung des Vertrauens würdig erweist, oder ob im wesentlichen alles beim alten bleibt.

Weiterhin hat sich Akuffo dazu entschlossen, dem in Ghana weitverbreiteten Übel der Korruption entgegenzutreten, das in der zweiten Regierungshälfte unter Acheampong wieder zugenommen hätte und Kreise bis in die höchsten Ränge gezogen hatte.

Außenpolitisch will die neue Regierung am Programm der Regierung Acheampongs, dem Programm der Blockfreien, den Statuten der OAU festhalten. Sie will moralisch wie materiell, die Befreiungsbewegungen in Zimbabwe, Namibia und Azania in ihrem Unabhängigkeitskampf unterstützen (The Guardian vom 23. 8. 1978).

el



Wir interessieren uns für kritische Beiträge über die wirtschaftliche Lage Ghanas. Falls Sie einen Text empfehlen oder etwas über die wirtschaftliche Situation berichten können, wenden Sie sich bitte an die Redaktion.

Red.

Mauretanien

Dieser Artikel wurde einen Tag nach dem Militärputsch in Mauretanien vom 10.7.78 geschrieben. Infolge eines redaktionellen Versehens kann er erst jetzt erscheinen. Inzwischen hat sich die Kriegsmüdigkeit der mauretanischen Armee deutlich gezeigt: Das Mitglied des „Militärkomitees für nationalen Wiederaufbau", Hauptmann Mohamed Deh, erklärte bei einem Staatsbesuch in Gabun: „Mauretanien ist ein armes Land, es kann nicht länger Krieg führen – das ist der Grund, warum das Militär die Macht übernommen hat" (Le Monde 27./28. 8. 78). Der mauretanische Außenminister erklärte in Madrid, Mauretanien strebe eine Friedenslösung an, „die für alle beteiligten Parteien befriedigend sein müsse" (SZ 2./3.9.78), eine deutliche Anspielung auf Algerien und die mit ihm verbündete saharauische Befreiungsfront POLISARIO. Offenbar denkt man in Nouakchott daran, der POLISARIO den jetzt von Mauretanien besetzten Teil der Westsahara zu überlassen, damit sie dort – in lockerer Föderation mit Mauretanien – einen eigenen Staat gründen kann. Diese Lösung dürfte allerdings auch dann auf Schwierigkeiten stoßen, wenn die POLISARIO sich darauf einläßt. Das in Frage kommende Gebiet wird im Rahmen der mauretanisch-marokkanischen Militärabkommen weitgehend von marokkanischen Soldaten kontrolliert. König Hassan von Marokko erklärte am 20. August im Fernsehen, er werde „die Bildung eines saharauischen 'Mini-Staats' nicht zulassen und im Süden Marokkos keine anderen als mauretanische Grenzen dulden". Er fügte hinzu: „Wir werden an unseren südlichen Grenzen niemals die Existenz eines Regimes zulassen, das sich ideologisch von Marokko und Mauretanien unterscheidet" (Le Monde 27.628.8.).

red.

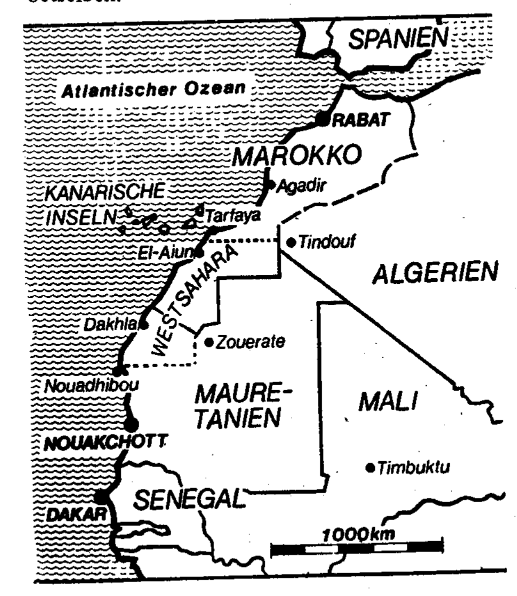
Ökonomie vor der Unabhängigkeit

Als Mauretanien 1960 unabhängig wurde, war es eine der ärmsten und abhängigsten französischen Kolonien. Die Wirtschaft (hauptsächlich Eisen- und Kupfererzbergbau und Fischerei) war in Händen ausländischer Gesellschaften. Vor allem die MIFERMA (Societe des Mines de Fer de Mauretanie) hatte sich zu einem Staat im Staate entwickelt. Sie wurde von britischem, italienischem, bundesdeutschem und vor allem französischem Kapital getragen, Mauretanien selbst war nur mit 5 % beteiligt. (Kapitalmehrheit hatten der französische Staat und multinationale Gesellschaften wie Thyssen und Finsider). Die Kupfergewinnung lag bis 1975 hauptsächlich in Händen der britischen „Charter Consolidated".

Ökonomische Entkolonialisierung

1966 begann eine schrittweise ökonomische Entkolonialisierung, mit der Gründung der SONIMEX, die das Importmonopol für Grundnahrungsmittel und Zement erhielt. 1967 wurde das Bankmonopol der kolonialfranzösischen B. I. A. O., die in der Vergangenheit dem mauretanischen Privatsektor jegliche Kredite verweigert hatte, gebrochen. Dem darauf folgenden faktischen Boykott durch den „Europäischen Entwicklungsfonds" und die Weltbank konnte mit algerischer und chinesischer Hilfe begegnet werden. 1973 wurde die eigene Währung geschaffen (Ougeuiya, 1 Oug. = 1 $). 1974 wurde die MIFERMA gegen Entschädigung (90 Mio US-Dollar) verstaatlicht, sie heißt jetzt COMINOR, die Kupfergesellschaft SOMIMA wurde ebenfalls 1974 verstaatlicht.

Hintergrund für diesen Entkolonialisierungsprozeß war die Herausbildung des zahlenmäßig schwachen, aber (angesichts des Fehlens einer nationalen Bourgeoisie) ökonomisch und politisch starken Proletariat, mit stark nationalistisch gefärbtem Klassenbewußtsein. Die 3000 Arbeiter der MIFERMA wurden 6mal niedriger bezahlt als ihre ausländischen Kollegen. 1968 kam es zum ersten Streik gegen die MIFERMA in Zouerate, der vom mauretanischen Militär blutig niedergeschlagen wurde.
Die politische Führung des Landes liegt seit der Unabhängigkeit in den Händen von früheren Kolonialbeamten, die zwar einer gewissen Modernisierung des Landes nicht abgeneigt sind (und deswegen auch in Konflikt mit traditionalistischen Kreisen kommen), aber eine zunehmend neokoloniale Politik betreiben.



Bedeutung und Einfluß der Opposition

Die Formierung des Proletariats und der im Zweifelsfall konservative Standort der Landesführung führte zur Organisierung der progressiven Kräfte in einer illegalen Oppositionspartei „Mouvement National Democratique" (MND) und einer marxistisch-leninistischen Organisation, dem „Mouvement des Kadihines (= Arbeiterklasse) Mauretaniens".
Diese Opposition gewann seit dem erwähnten Generalstreik von Zemerate ab 1968 an Bedeutung.
Durch Massenorganisationen und Streiks der von der Opposition geführten Gewerkschaft UTM wurde die Regierung gezwungen, den Weg der ökonomischen Entkolonialisierung einzuschlagen. Die militanten Aktivitäten, die ab 1971 immer mehr zunahmen, wurden von der Regierung brutal unterdrückt. Auf die Dauer war sie aber zu schwach, um dem Druck der Bevölkerung allein Widerstand zu leisten. Hinzu kam die lange Dürre in der Sahel-Zone Anfang der 70er Jahre, die die ökonomische und soziale Lage katastrophal zuspitzte. – 1973 mußte sich die Regierung schließlich bereit erklären, das 5-Punkte-Programm der MND, die daraufhin in die Staatspartei eintrat, zu realisieren:

- Amnestie für politische Gefangene
- Nationalisierung und nationale Unabhängigkeit
- Rechte der nationalen Minderheiten und Aufhebung der Sklaverei
- Agrarreform
- aktive Unterstützung für das Recht auf Selbstbestimmung des sahaurischen Volkes.

Die Regierung erfüllte einige der Versprechen, aber sie änderte ihren Charakter nicht.

Gründe und Folgen des Sahara-Krieges

Die Annektion der Westsahara im Verein mit Marokko schien die Gelegenheit für eine Stabilisierung der rückschrittlichen Kräfte in der Regierung zu bieten, zumal Marokko (jedenfalls den Worten nach) auf seinem Anspruch des großmarokkanischen Königreiches, das Mauretanien umfassen würde, verzichtete. Man glaubte, den Widerstand der Saharauis schnell brechen zu können, um dann die Bodenschätze ungestört auszubeuten (Inwieweit Ould Daddah von Mauretanien von Marokko unter Druck gesetzt wurde, ist mir nicht klar.)
Das war ein teurer Irrtum:
Die Mauretanische Armee mußte seit dem Herbst 1975 von 1500 auf 15000 Mann vergrößert werden. Der Anteil des Militärbudgets am Gesamthaushalt beträgt jetzt 30 %. Zur „Unterstützung" des Landes befinden sich zahlreiche französische Militärberater im Lande, sowie fünf marokkanische Bataillone. Die Kosten für die Ausrüstung der mauretanischen Armee haben u.a. konservative Staaten des arabischen Ostens übernommen.
Die ohnehin schon am Rande des Existenzminimums lebende Bevölkerung muß ebenfalls ihren Beitrag leisten: Zusätzlich zur Solidaritätssteuer, die wegen der Dürre eingeführt worden war, wird seit Anfang 1976 auch Kriegssteuer erhoben. Die Arbeiter müssen 1 – 3 Tage im Monat umsonst arbeiten und Geschäftsleute mindestens 1 % ihres Jahresgewinns abführen. Gleichzeitig hat die Inflation mit durchschnittlich 30 % voll durchgeschlagen.
Die Eisenerzproduktion fiel von 9,5 m t 1976 auf 8,5 m t 1977 (vor allem wegen der Angriffe der F. Polisario. Außerdem herrschte auf dem Weltmarkt Nachfrage- und Preisstagnation bei Eisen und Kupfer). Das Handelsdefizit, das schon 1975 3 Mrd. Ougeniyas betrug, hat sich weiter vergrößert. Dazu kommt die von 200 Mio. Oug. auf vermutglich 1 Mrd. Oug. 1978 anwachsende Auslandsverschuldung. (New African Development 7/77).
Viele Entwicklungsprojekte wurden wegen der erhöhten Militärausgaben verschoben oder gestrichen, so z.B. zwei wichtige Agrarprojekte im Senegal-Tal und zugehörige Infrastrukturmaßnahmen im Bereich des Transportwesens.

Widerstand der Bevölkerung

Unter solchen Bedingungen konnte der Widerstand der Bevölkerung nicht ausbleiben. Das Auftreten der Marokkanischen Truppen geben der Skepsis gegenüber den marokkanischen Großmachtbestrebungen neue Nahrung. Mehrere Armeeeinheiten sollen bereits rebelliert haben. (In diesem Zusammenhang ist wahrscheinlich auch der Staatsstreich vom 10.7. zu sehen.) In Dakhla und in Bir Moghrein hat es 1976 bewaffnete Zusammenstöße zwischen mauretanischen und marokkanischen Truppen gegeben. Streiks und De-

monstrationen in Nouakchett, Chinguetti, Nouadhibon, Koma, Tiehitt, Dakhla, Aussert und Tichla drücken die wachsende Opposition breiter Bevölkerungsgruppen aus. Solidarität mit der Polisario ist dabei eine Zentrale Forderung (Das ist nicht erstaunlich, da die Zusammenarbeit zwischen der Polisario und den „Kadihines" nicht aufgehört hatte und es zudem persönliche Bindungen auf Stammes- und Klan-Basis gibt.). Diese Bindungen sind offenbar so stark, daß die Armee gezwungen ist, immer stärker aus den schwarzen Bevölkerungsgruppen im Süden des Landes zu rekrutieren, um die Sahaurische Befreiungsarmee zu bekämpfen.

Frankreichs Interessen

Die Französische Regierung hat am Bestehen der alten Regierung bzw. deren prowestlicher Politik (und daher auch am Sahara-Krieg) mehrere Interessen: Die Industrie ist, obwohl verstaatlicht, von europäischen Fachkräften (vor allem Franzosen) abhängig. Militär und Verwaltung sind von französischen Spezialisten durchsetzt.
Außerdem ist die Entschädigung für die MIFERMA-Aktionäre von 90 Mio Dollar noch nicht ausgezahlt; und 1977 hat die Regierung das Ould Dadah ein neues kapitalfreundliches Investitionsgesetz erlassen. Die nationalisierten Betriebe sollen bei 51 % Beteiligung des Staates wieder dem ausländischen Kapital geöffnet werden.

Die Zeitschrift „Foreign Economic Trends and their Implications for the United States", die halbjährlich eine ökonomische und politische Analyse eines jeden Landes erteilt, zu dem die USA Beziehungen haben (die Analysen werden von den jeweiligen amerikanischen Botschaften erstellt), schreibt über Mauretanien:
„Mauretanien, ein ödes, trockenes, dünn besiedeltes Land, ist ein excellentes Beispiel für zweigleisige Ökonomie.
Das Funktionieren der Wirtschaft hängt vom Gelingen der Eisenerz-Geschäfte ab, die über 70 % der Exporteinnahmen ausmachen. Der Export von Fischprodukten ist Mauretaniens zweite Hauptquelle für ausländische Valuta. Der landwirtschaftliche Sektor, der über 75 % der Bevölkerung ausmacht, aber nur 25 % des Bruttosozialproduktes, wurde durch die Trockenheit Anfang der 70er Jahre erheblich geschädigt. Gegenwärtige Entwicklungspläne der Regierung setzen den Schwerpunkt auf die landwirtschaftliche Entwicklung, aber es ist fragwürdig, ob das Land sich vor Mitte der 80er Jahre selbst mit Nahrungsmitteln versorgen kann.
Die mauretanische Regierung setzt sich dafür ein, ausländische Investitionen in das Land zu bekommen. Die beiden attraktivsten Aspekte für U.S.-Geschäfte sind: 1. Der Verkauf von Ausrüstungsgütern für Minen und Bauwesen und 2. der Verkauf von amerikanischen technischen und Management-Dienstleistungen. Meeresforschung (Marine research) und Verkauf von Marinen Ausrüstungsgütern, und Mineralgewinnung sind weitere mögliche Gebiete für U.S.-Aktivitäten. Der Konsumgüter-Verbrauchsmarkt ist klein und wird es in absehbarer Zukunft bleiben. Es gibt praktisch keine privaten U.S.-Investitionen in Mauretanien. Gesellschaften, die in Mauretanien Geschäfte machen wollen, müssen ihre Angelegenheiten auf französisch abwickeln können."

Sonja Schulte

Saudi-Arabien

FRAUENARBEIT VERBOTEN

KAIRO, 15. August (dpa). Frauen dürfen in Saudi-Arabien künftig nirgendwo mehr mit Männern zusammenarbeiten. Nach einem Dekret des Innenministers haben alle Frauen, wie die Kairoer Zeitung „Al Gumhuria" am Dienstag berichtete, daraufhin ihre Arbeit in saudiarabischen und ausländischen Firmen eingestellt. Sie dürfen nur noch in Hospitälern, Mädchenschulen oder Frauenorganisationen tätig sein. Das Verbot gilt auch für Ausländerinnen, Frauen dürfen in Saudi-Arabien auch nicht autofahren.



Libanon

Der Nah-Ost-Konflikt wird zur Zeit auf zwei Ebenen ausgetragen: auf der diplomatischen à la Camp David; auf der militärischen im Libanon, wo – im Unterschied zu Camp David – seit einigen Monaten die realen Interessen und Motive ***aller*** am Nah-Ost-Konflikt beteiligten Parteien in blutigen Auseinandersetzungen sichtbar werden.

Die Bedeutung der Beschlüsse von Camp David – zwei voneinander unabhängige Rahmenabkommen für den „Abschluß eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel" und „für den Frieden im Nahen Osten" (betrifft den künftigen Status vom Westjordanland und Gazastreifen), NZZ v. 19. 9. 78 – kann sich erst in den nächsten Monaten herausstellen, da die Realisierung der sehr unklar formulierten Abkommen (FR 19. 9. 78) weiteren Verhandlungen überlassen bleibt, über die sich nur Vermutungen anstellen lassen.

Da außerdem Sadat das Recht zur Vertretung der arabisch-palästinensischen Interessen von der sogenannten Arabischen Ablehnungsfront (Syrien, Libyen, Algerien, Irak, PLO) abgesprochen wird, die einen Gegengipfel zu Camp David vorbereiten (FR 11. 9. 78), sollen im Folgenden die Ereignisse im Libanon im Vordergrund stehen.

Zwei Jahre nach dem Bürgerkrieg von 1975/76 befindet sich der Libanon erneut in einer schweren Krise, die sich zu einem arabisch-israelischen Krieg auszuweiten droht.

Die äußeren Anzeichen der Krise sind die schweren Auseinandersetzungen mit Panzer- und Raketeneinsatz vor allem in Beirut seit Anfang Juli d.J. zwischen den Syrern, die seit dem Ende des Bürgerkriegs mit Hilfe der von ihnen dominierten Panarabischen Friedenstruppe (30 000 Soldaten) und des 1976 unter syrischem Druck gewählten libanesischen Staatspräsidenten Sarkis die Vorherrschaft im Libanon ausüben, und einem Teil der sog. Libanesischen Front, einer Sammlungsbewegung der hauptsächlich maronitischen (christlichen) Parteien und deren Privatmilizen, die jetzt – in der Hoffnung auf israelische Unterstützung – versuchen, ihre schon während des Bürgerkrieges verfolgten Pläne für die Zukunft des Libanon militärisch durchzusetzen: Teilung des Libanon, d.h. Errichtung eines christlich-libanesischen Teilstaates oder Wiederherstellung der maronitischen Vorherrschaft auf der Grundlage des politischen Konfessionalismus, der den Christen aufgrund der bisher einzigen Bevölkerungszählung von 1932 Vorherrschaft und Privilegien in allen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen sichert, obwohl heute unbestritten ist, daß der moslemische Bevölkerungsanteil inzwischen die Mehrheit bildet 1).

Eskalationsgefahr

Die Ausweitung der Krise droht durch die Konfrontation zwischen Israel und Syrien, auf die sich beide Seiten vorbereiten.

Bereits im Juli unterstützte Israel seine Warnung, es werde der angeblich von Syrien geplanten „systematischen Ausrottung der christlichen Bevölkerung" nicht tatenlos zusehen, mit Scheinangriffen auf die libanesische Hauptstadt Beirut, die unter der Bevölkerung Panik auslösten (NZZ 10. 7. 78; FR 7. 7. 78) und erwägt inzwischen „Entlastungsangriffe aus der Luft" auf syrische Stellungen (FR 31. 8. 78). Weitere Anzeichen für Vorbereitungen sind die israelischen Truppenverstärkungen an der libanesischen Grenze (FR 8. 7. 78), die Zunahme der Aufklärungstätigkeit der israelischen Luftwaffe über libanesischem Gebiet und israelischer Marine in den Küstengebieten (SZ 9/10. 9. 78), die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Israel und christlichen Milizen im Südlibanon gegen die regulären Einheiten der wieder im Aufbau befindlichen libanesischen Armee sowie Waffenlieferungen an die christlichen Milizen in Beirut und Geheimtreffen von politischen Führern der Libanesischen Front mit Begin, Dayan, Weizmann und General Eytan (Le Monde 26. 8. 78; SZ 25. 8. 78).

Auf der anderen Seite dokumentiert Syrien die Entschlossenheit zur Verteidigung seiner Position im Libanon durch die Ausweitung der Angriffe auf Stellungen christlicher Milizen außerhalb Beiruts (FR 30. 8. 78) und durch die Errichtung eines ausgedehnten Luftabwehrsystems quer durch den Libanon bis an

die Mittelmeerküste, das die syrischen Truppen im Libanon, ein Fünftel seiner Streitkräfte, vor einem israelischen Präventivschlag schützen soll (FR 8. 9. 78).

Alarmbereitschaft herrscht auch im Irak und in Jordanien, das Truppen an das östliche Jordanufer verlagert hat (SZ 11. 9. 78).

Zusätzlich erhöht wird die Konfrontationsgefahr durch eine Erklärung der Palästinenser, die sich bisher nicht in die Auseinandersetzungen zwischen Syrern und christlichen Milizen eingemischt haben (NZZ 10. 7. 78), sie wollten „zusammen mit den aufrichtigen Libanesen und den anderen Arabern die Einheit und den arabischen Charakter des Libanon wahren helfen" (FR 11. 9. 78).

Entwicklung der Krise im Libanon

Schon während des Bürgerkriegs von 1975/76 strebten die politischen Führer der Libanesischen Front die Errichtung eines christlichen Teilstaates an im Kampf gegen die Nationale Bewegung, eine Sammlungsbewegung aller fortschrittlichen Kräfte des Libanon unter der Führung von Kamel Jumblat (Sozialistische Partei Libanon, im März 1977 ermordet), die gemeinsam mit den verschiedenen Organisationen der Palästinensischen Befreiungsbewegung durch Beseitigung der christlichen Vorherrschaft und Abschaffung des politischen Konfessionalismus die Veränderung der sozialen und politischen Strukturen des Libanon erzwingen wollte: die Aufhebung der ökonomischen, gesellschaftlichen und regionalen Ungleichheiten, von denen hauptsächlich der moslemische Bevölkerungsanteil – bis auf einige privilegierte moslemische Familien – betroffen ist.

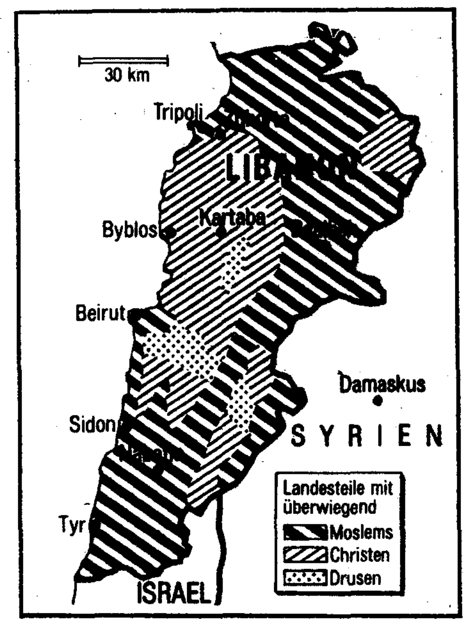
Syrien – zur Zeit des Bürgerkrieges am Anfang einer wirtschaftlichen und militärischen Aufbauphase mittels Öffnung nach Westen (s. ‚blätter' Nr. 58, S. 4) – wollte einen Sieg der fortschrittlichen Kräfte und eine Stärkung der palästinensischen Befreiungsbewegung aus Furcht vor Konfrontation mit Israel und dem Übergreifen sozial-revolutionärer Bewegungen auf das eigene Land verhindern und griff zugunsten der christlichen Libanesischen Front ein, als diese vor einer sicheren Niederlage stand.

Damit verhinderte Syrien die Chance zur Beseitigung des Politischen Konfessionalismus, hinter dem sich Wesentlicheres verbirgt, als die Formel ‚christliche Vorherrschaft' ausdrückt: die Zementierung der Unterentwicklung der Wirtschafts- und Sozialstruktur des Libanon.

Der politische Konfessionalismus

Der Konfessionalismus als politisches Ordnungsprinzip ist das koloniale Erbe, das dem Libanon im 19. Jahrhundert von den europäischen Mächten und im 20. Jahrhundert von der französischen Mandatsmacht aufgezwungen wurde.

Der politische Konfessionalismus wirkt sich nicht nur auf das Wahlsystem und den Proporz nach Konfessionen bei der Verteilung der Staatsämter aus, sondern strukturiert „das gesamte ökonomische Leben und die sozialen Beziehungen der Menschen . . . Zugang zu wirtschaftlicher Betätigung, Geschäftsverbindungen und Arbeitsplätze findet man nur mit Hilfe politischer Führer, die innerhalb einer Religionsgemeinschaft für eine bestimmte Region die starken Männer sind. Die soziale Versorgung findet sich in den Händen der Apparate der Kirchen und Religionsgemeinschaften; zu Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten hat man fast nur innerhalb seiner eigenen Konfession Zutritt. Wohnungen und Häuser werden innerhalb der eigenen Konfession weitergegeben, vermittelt über die Kanäle der politischen Führer . . . Der durchschnittliche Libanese kann also gar nicht außerhalb seiner Religionsgemeinschaft bzw. ohne die Verbindung zu politischen Führern überleben" 2). Diese Führer rekrutieren sich wie eh und je aus den gleichen Familienclans. Der politische Konfessionalismus ermöglicht es – auch nach der Herausbildung kapitalistischer Wirtschaftsstrukturen – die Herrschaftsschicht nach den traditionellen feudalistischen Ausleseverfahren heranzubilden.



Der politische Konfessionalismus überträgt diese feudalistische Gesellschaftsordnung auf die politischen Institutionen der libanesischen parlamentarischen Demokratie, die somit auf der Vertretung nicht von Staatsbürgern, sondern von Konfessionen beruht und damit auf der Vorherrschaft einiger weniger feudalistischer Familien 3).

Die Unterentwicklung durch Aufrechterhaltung feudalistischer Gesellschaftsstrukturen im Libanon zeigt sich an der Machtstellung einer kleinen Elite aus Großgrundbesitzern, Kaufleuten und einigen wenigen Industriellen, der sowohl Christen als auch Moslems angehören, die mit ihrem Anteil von nur 5% an der Bevölkerung 32% des Volkseinkommens beansprucht. Auf eine breite Mittelschicht mit mäßigem bis gutem Einkommen, überwiegend Christen, entfällt mit einem Bevölkerungsanteil von 46% ein Anteil von 50% am Volkseinkommen. Die gewaltige Unterschicht mit einem Bevölkerungsanteil von 49%, überwiegend aus Moslems bestehend, teilt sich den Rest von 18% des Volkseinkommens 4).

Neben der Verteilung des Volkseinkommens auf die sozialen Klassen, in denen eine relativ große homogene christliche Mittelschicht einer starken Polarisierung der Moslems in eine kleine reiche Oberschicht und eine breite arme Unterschicht gegenübersteht 5), zeigt sich die Unterentwicklung der libanesichen Wirtschafts- und Sozialstruktur auch an der Verteilung des Volkseinkommens auf die verschiedenen Wirtschaftssektoren.

68% des Volkseinkommens stammen aus dem nicht beschäftigungsintensiven Dienstleistungssektor (Handel 32%, Banken und Tourismus je 8%, Transport 7% u.a.), 14% aus der Agrarwirtschaft und 13% aus der Industrie 6).

Diese Zahlen weisen den libanesischen Kapitalismus als Handels- und Finanzkapitalismus aus, der – bedingt durch seine einseitige Entwicklung unter dem französischen Kolonialismus als Absatzmarkt und Umschlagsplatz für die europäischen Handels- und Finanzgeschäfte mit dem Nahen Osten auf Dienstleistungen für das Ausland beruht und die Entwicklung der beschäftigungsintensiven und Selbstversorgung sichernden Sektoren der Industrie und Landwirtschaft vernachlässigt.

Die Unterentwicklung der Industrie und Landwirtschaft läßt sich nicht mit der relativen Armut an Bodenschätzen und dem Mangel an landwirtschaftlicher Nutzfläche begründen. Die Nutzfläche beträgt 38% des Staatsgebietes 7), und die Armut an Bodenschätzen begründet nicht die mangelnde Nutzung vorhandener Ressourcen.

Der spezifische Charakter des libanesischen Kapitalismus ist die von der herrschenden Klasse bereitwillig übernommene Erbschaft der französischen Kolonialpolitik, die die Landwirtschaft – unter Beibehaltung und Förderung des Großgrundbesitzes – auf die eigenen Bedürfnisse ausrichtete (auf Kosten des für die Bevölkerung lebenswichtigen Getreideanbaus wurde die Baumwollproduktion intensiviert) 8), die libanesischen Ansätze zu einer eigenständigen Industrialisierung zugunsten von Frankreichs Exportbedürfnissen zerstörte und die Herausbildung einer Kompradorenbourgeoisie förderte, deren „Aktivitäten eng an die Interessen Frankreichs gebunden waren und sich auf den Handels- und Dienstleistungssektor sowie eine industrielle Produktion in den von Frankreich gesetzten Grenzen beschränkte. Diese Kompradorenbourgeoisie war mit dem Großgrundbesitz eng liiert bzw. teilweise identisch" 9).

Der Bürgerkrieg von 1975/76 war der Versuch der fortschrittlichen Kräfte des Libanon, vereint in der ‚Nationalen Bewegung, den politischen Konfessionalismus zu beseitigen, der es einer kleinen Minderheit, die sich im Libanon – aufgrund ihrer Machtstellung und Privilegien – wie im ‚Schlaraffenland' fühlt 10), ermöglicht, die Unterentwicklung aufrechtzuerhalten und deren Auswirkungen (Inflationsrate von 25,6%, hohe Arbeitslosigkeit, Massenelend) 11) auf eine breite Unterschicht abzuwälzen.

Bildung neuer Konfliktzonen nach 1975/76

Das Ende des Bürgerkriegs, in den Syrien zugunsten der christlichen Libanesichen Front eingriff, bedeutete die Auflösung der beiden Bürgerkriegsfronten, deren jeweilige Gruppen sich in ihre traditionellen, nach Konfessionen und regionalen Machtansprüchen getrennten Einflußgebiete zurückzogen, in denen sie, gestützt auf ihre Milizen, Selbstverwaltungen aufgebaut haben (FR 9. 8. 78).

Die Konflikte des Bürgerkriegs waren durch Syriens Eingreifen und Machtübernahme nicht gelöst, sondern nur aufgeschoben worden. Sie hatten sich zunächst auf die internen Auseinandersetzungen innerhalb der jeweiligen Bürgerkriegsfronten verlagert.

Auf der Seite der Nationalen Bewegung und der Palästinenser setzte der Auflösungsprozeß schon während des Bürgerkrieges ein – mit der Spaltung in pro- und antisyrische Kräfte – und findet jetzt seine Fortsetzung in den blutigen Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Fraktionen der Palästinensischen Bewegung, zwischen der dem Irak zugewandten sog. Verweigerungsfront, die jeden Verhandlungsfrieden im Nah-Ost-Konflikt ablehnt und den verhandlungsbereiten syrienfreundlichen Anhängern des Führers der Palästinensischen Befreiungsorganisation PLO, Arafat, die eine schrittweise Lösung zur Errichtung eines Palästinenser-Staates anstreben. Diese Kämpfe, in Gestalt von gegenseitigen Anschlägen auf Vertretungen der PLO oder des Irak im Ausland (London, Paris, Pakistan) oder ausgetragen innerhalb der Palästinenserlager im Libanon, sind gleichzeitig Ausdruck der rivalisierenden Führungsansprüche (hier zwischen Irak und Syrien) im arabischen Lager (NZZ u.FR v. 15. 8. 78).

Auflösung der christlichen libanesischen Front

Unter den Parteien der christlichen Libanesischen Front, die sich nur kurzfristig durch ihr gemeinsames Interesse an der Erhaltung des politischen Konfessionalismus und schließlich an der Errichtung eines christlichen libanesischen Teilstaates zusammengeschlossen hatten, brachen alte Familienfehden aus, hinter denen sich einerseits Interessenkämpfe um regionale politische und wirtschaftliche Einflußzonen verbergen und andererseits Konflikte zwischen den alten Feudalfamilien und der Falange, die sich im Unterschied zu den anderen Parteien nicht mehr auf Feudalfamilien stützt sondern mehr auf einen hierarchisch aufgebauten Parteiapparat (NZZ 29. 6. 78).

Ausschlaggebend für die endgültige Spaltung der christlichen Front war die Entwicklung unterschiedlicher Erwartungen und Einstellungen gegenüber der Syrischen Vorherrschaft im Libanon und zu den Palästinensern, von denen sich die Maroniten der Landesmitte um Gemayel und Chamoun schon immer stärker bedroht fühlten als die Maroniten des abgelegenen Nordens um Frangie (NZZ 15. 6. 78).



Hauptträger der Libanesischen Front des Bürgerkriegs waren die drei großen libanesischen christlichen Parteien und Privatarmeen von Gemayel (Führer der faschistischen, paramilitärischen Falange-Partei) und den Feudalfamilien von Chamoun (National Liberale Partei und ‚Tiger' - Miliz) und Suleiman Frangie (Nuoveau Bloc Central und ‚Befreiungsarmee von Zghorta', benannt nach dem Hauptsitz der Maroniten des Nordens in der Nähe von Tripolis).

Die Falangisten unter Gemayel, die Libanons größte christliche Partei und Miliz stellen, unterwanderten auf der Suche nach neuen Parteimitgliedern und Pfründen (über Einziehung von Schutzgebühren z.B.) 12) schon seit längerem das Einflußgebiet der Familie Frangie im Norden und bedrohten damit deren lokale Hausmacht. Die Konkurrenzkämpfe entwickelten sich zu blutigen Auseinandersetzungen (Überfälle in Ehden und in der Bekaa s.u.), als Falangisten versuchten, in einem Zementwerk die Sondersteuer, die Frangie auf jeden Zentner Zement erhob, für ihre Partei zu kassieren (Spiegel 19. 6. 78).

Auch zwischen der Falange von Gemayel und den ‚Tiger'-Milizen von Chamoun kam es zu Kämpfen, die jedoch aufgrund ihrer gemeinsamen antisyrischen Einstellung immer wieder geschlichtet werden konnten. Parallel zu diesen Familienfehden ergaben sich zusätzliche Spannungen wegen unterschiedlicher Haltungen gegenüber Syrien. Frangie, der den antisyrischen Kurs ablehnte (persönliche Beziehungen zwischen den Familien Frangie und Assad spielen eine Rolle ebenso wie die Furcht Frangies, durch Konfrontation mit den militärisch überlegenen Syrern seine lokale Hausmacht zu gefährden, und die Hoffnung auf syrische Unterstützung gegen die Falange, NZZ 15. 6. 78), entfernte sich immer mehr von der Libanesischen Front.

Zum offenen Bruch kam es über die durch den Überfall Israels auf den Südlibanon wieder aktuell gewordene Palästinenser-Frage. In Erwartung des Rückzugs der Israelis, der zum 13. Juni angekündigt war, hatte im Libanon erneut eine intensive Diskussion eingesetzt über die alte Streitfrage der libanesischen Souveränität und die bewaffnete Präsenz der Palästinenser im Libanon (NZZ 12. 6. 78).

Anfang Juni erklärten Sarkis und Assad, dem schon während des Bürgerkrieges aus strategischen Gründen gegenüber Israel nicht an Entwaffnung der Palästinenser, sondern nur an Kontrolle über ihre Aktionen gelegen war, die Vereinbarkeit der bewaffneten Präsenz der Palästinenser mit der Souveränität des Libanon. Als Gemayel und Chamoun, die Vertreter der Maroniten der Landesmitte und Beiruts, die sich im Unterschied zu den Maroniten Frangies im Norden in der Nähe der palästinensich-israelischen Kampfzone befinden, der Vereinbarkeitserklärung von Sarkis und Assad entgegentraten, schloß sich Frangie der Stellungnahme seiner ehemaligen Bündnispartner nicht an und vollzog damit in einer Grundsatzfrage öffentlich die Trennung von der Libanesischen Front (NZZ 15. 6. 78).

Das Massaker der Falangisten – wenige Tage später am 13. Juni, dem Tag des israelischen Rückzugs aus dem Südlibanon – bei ihrem Überfall auf die Villa der Frangies in Ehden, bei dem Tony Frangie, Sohn Suleiman Frangies und Führer der ‚Befreiungsarmee von Zghorta', seine Familie und 30 seiner Anhänger sowie 10 angreifende Falangisten getötet wurden (FR 26. 6. 78; NZZ 29. 6. 78), wird von Gemayel, der die Verantwortung seiner Falange für den Überfall nicht bestreitet, als „reine interne Angelegenheit, eine traditionelle Blutrache, eine banale Geschichte im Nord-Libanon wie auf Korsika" (Le Monde 12. 7. 78) bezeichnet.



Gemayel inspiziert Falangisten-Truppe

Diese Beschreibung Gemayels mag zwar den Überfall im Zusammenhang mit den Alltagsgeschäften der rivalisierenden christlichen Privatmilizen zutreffend charakterisieren 13), verschleiert aber den politischen Zusammenhang. Entgegen der Verharmlosung Gemayels kann der Überfall von Ehden am 13. Juni, dem gleichen Tag des israelischen Rückzugs aus dem Südlibanon, als Versuch eingeschätzt werden, durch Provokation der mit Frangie verbündeten Syrer eine neue Bürgerkriegssituation herzustellen, um dann mit Hilfe Israels – das zum erstenmal in seiner 30-jährigen Geschichte einen Partner in einem arabischen Land erhalten hat – das 1975/76 vergeblich angestrebte Ziel der Errichtung eines christlichen, von Gemayel oder Chamoun angeführten, mit Israel verbündeten libanesichen Teilstaates zu verwirklichen, eine Teilung, die

nach Gemayel „zwar kein Libanese wünscht", die „uns" aber „aufgezwungen sei" von der „internationalen Linken, dieser fünften Kolonne, die gegen die Nation agiert".
Bei der Verfolgung seiner politischen Ziele ist Gemayel auf der Suche nach einem Partner nicht wählerisch; 1975/76 waren es die Syrer, jetzt sind es die Israelis, und „im Falle des Unglücks werden wir die Hand nach dem Teufel ausstrecken" (Le Monde 12. 7. 78).

hst

Anmerkungen

1) Vgl. D. Haritz, Der Bürgerkrieg im Libanon, Offenbach 1977, S. 20 ff, mit Tabellen zur Entwicklung der Bevölkerungsanteile.
2) Haritz, a.a.O., S. 19 f.
3) M. Kiswhli, Kapitalismus und Linke im Libanon, Frankf.M. 1970, S. 103 ff.
4) Handbuch der Dritten Welt, D. Nohlen/Fr. Nuscheler (Hg.), Hamburg 1978 Bd. 4, Asien, S. 433 ff.
5) Handbuch der Dritten Welt, a.a.O., S. 434
6) M. Kischli, S. 23 f u. S. 67.
7) Handbuch . . . , S. 419.
8) Evangelische Studentengemeinde (Hg.), Libanon am Wendepunkt, Stuttgt. 1976, S. 63.
9) Haritz, S. 15 f.
10) So Gemayel in einem Interview mit Le Monde, LM 12. 7. 78.
11) Verbund Stiftung Deutsches Übersee-Institut Hamburg 1975 III, S. 19; Libanon am Wendepunkt, a.a.O., S. 163 f.
12) FR 9. 8. 78
13) Vgl. dazu den aufschlußreichen Artikel ‚Libanons Christen bitten zur Kasse' in FR v. 9. 8. 78.

Peru

Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung

Am 18.6.1978 wurde in Peru eine verfassungsgebende Versammlung gewählt. Nach der von ihr auszuarbeitenden Verfassung soll nach den Vorstellungen der jetzigen Militärregierung 1980 ein Präsident und ein Parlament gewählt werden.
Ursprünglich sollten diese Wahlen am 4.6. stattfinden. Doch der Generalstreik vom 21./22. 5. (siehe 'blätter ...', Nr. 70) veranlaßte die Militärs zunächst, den Ausnahmezustand zu verhängen, linke Politiker, Gewerkschafter und Priester zu inhaftieren und die Wahlen zu verschieben. Erst 10 Tage vor dem Wahltermin wurde der Ausnahmezustand aufgehoben und die unabhängigen politischen Zeitschriften durften wieder erscheinen. Doch die Herausgeber dieser Zeitschriften sowie 25 weitere Intellektuelle warfen den Militärs noch am 14.6. öffentlich vor, durch bürokratische Hindernisse das Erscheinen ihrer Zeitungen vor dem Wahltermin zu verhindern (FR, 15.6.).

Bei der Wahl erhielt die APRA, die früher eine sozialreformerische Bewegung war, die sich aber bis heute immer weiter nach rechts entwickelte, die meisten Stimmen (ca. 37 %). Zusammen mit der rechtsstehenden Christlichen Volkspartei (PPC) erlangte sie 63 der insgesamt 100 Sitze.
Auf die Parteien der Linken entfallen 30 Mandate; 12 davon erhält die „Arbeiter-, Bauern-, Studenten- und Volksfront" (FOCEP), die von dem ehemaligen Guerillaführer Hugo Blanco angeführt wird, der 1962/63 in der Region Cusco Landbesetzungen organisierte.
Nicht nur der vorangehende Ausnahmezustand verschlechterte die Wahlchancen der Linken, sondern auch die Details des Wahlgesetzes: So durften z.B. die Analphabeten, die etwa 20 % der Bevölkerung und einen wichtigen Einflußbereich der Linken darstellen, nicht wählen (AK, 23,6.).
Die Konsequenz dieser Wahl, so ist zu vermuten, wird eine enge Zusammenarbeit zwischen Militärs und APRA sein, die dann vielleicht dazu führt, daß ab 1980 die APRA die Regierungsgeschäfte übernimmt, während sich das Militär in die Kasernen zurückzieht, aber jederzeit bereit ist, notfalls im Sinne der Rgierung einzugreifen. Eine derartige Lösung hätte den Effekt, daß Peru den Demokratisierungswünschen Carters entgegenkommt, ohne daß die Privilegien der einheimischen Oberschicht angetastet werden.
Die materielle Notlage der breiten Masse des peruanischen Volkes würde durch eine solche Demokratisierung nicht verringert.
Derartige Vermutungen über die weitere politische Entwicklung wurden (zumindest vor der Wahl) durch Gerüchte gestützt, wonach die APRA ein Abkommen mit dem derzeitigen Militärchef Morales abgeschlossen habe, das dem APRA-Chef die Präsidentschaft im Verfassungskongress sichern soll (NZZ, 18.5. 1978).

Streik der Lehrer
Im Juli 1972 wurde die Lehrergewerkschaft SUTEP gegründet. Obwohl sie derzeit mit mehr als 20 000 Mitgliedern die weitaus stärkste Lehrergewerkschaft ist, hat die Regierung sie noch nicht anerkannt.
Als Reaktion auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen legte die SUTEP am 22.3. dem Erziehungsministerium einen Forderungskatalog vor.
Dieser enthielt u.a.:
– Wiedereinstellung der entlassenen Lehrer
– Aufrechterhaltung der pädagogischen 24-Stunden-Woche
– Gehaltserhöhungen (um ca. 27 DM pro Monat)
– Arbeitsplatzsicherheit
– Soziale Sicherheit (auch für die Familie)
– Offizielle Anerkennung der SUTEP.
Da sich der Erziehungsminister weigert, diese Forderungen zu diskutieren, ruft die SUTEP am 8.5. zum nationalen Streik auf.
Die Regierung versucht daraufhin mit allen Mitteln, den Streik zu brechen;
Ende Mai erklärte sie, alle Lehrer, die 10 Tage ihren Aufgaben ferngeblieben sind, sollen entlassen und durch andere ersetzt werden.
Während der Nationalversammlung der SUTEP am 3.6. interveniert die Polizei: Es gibt zahlreiche Verwundete; 18 Lehrer werden inhaftiert.
Am 10.6. verspricht der Erziehungsminister, auf den Forderungskatalog einzugehen, doch am Ende des Gesprächs werden die Vertreter der SUTEP verhaftet und der Staatssicherheit ausgeliefert.
Obwohl mittlerweile weit über 100 Lehrer inhaftiert wurden, beschließt die Nationalversammlung der Lehrer am 19.6. die Fortsetzung des Streiks. Jetzt werden Gespräche mit den Eltern, anderen Gewerkschaften und den Volksorganisationen geführt, um nach Unterstützung für den vorbereiteten Hungerstreik zu suchen und um eine Konfrontation zwischen Lehrern und Eltern zu vermeiden, die die Regierung mit der Drohung „Alle Kinder werden das Schuljahr verlieren, wenn die Lehrer weiter streiken" herbeiführen wollte. Am 29.6. treten 130 Lehrer den Hungerstreik an.
Ende Juli gibt die Regierung den Forderungen der Lehrer weitgehend nach; die Lehrer entscheiden sich (nach 79 Tagen Streik) für die Rückkehr in die Schulen (FAZ, 29.7. 1978).



Im Vordergrund Fässer, in die gegen Bezahlung ein Privatunternehmer täglich Trinkwasser füllt. Rechts oben sieht man Hütten aus VW-Montage-Kisten.

Demonstration der Bauern aus Bambamarca
Die vom IWF diktierte Wirtschaftspolitik der peruanischen Regierung (siehe: „blätter ...", Nr. 70) löste Ende Mai im ganzen Land Proteste und Demonstrationen aus. Wir drucken im folgenden einen Bericht einer derartigen Demonstration ab:
Im Distrikt Bambamarca (nördliches Andengebiet), wo von einer Verelendung der Landbevölkerung gesprochen werden kann, organisierten die Bauern am 26.6. eine gut geplante, disziplinierte Protestkundgebung, deren Zentrum der Marktflecken Bambamarca war. In einem Sternmarsch bewegten sich die Demonstrationszüge von den umliegenden Dörfern sowie den Provinzen Chota und Cajabamba nach Bambamarca, um sich dort zu versammeln.
„... Am Sonntag haben wir uns entschlossen, zusammen mit mehreren Ortschaften für Freitag eine große Demonstration zu veranstalten. Am Dienstag sind wir durch die Ortschaften gegangen, und am Donnerstag war eine letzte Zusammenkunft der Verantwortlichen. So schnell ging das. Die Leute waren sofort bereit mitzumachen. Wir haben niemanden überreden müssen. Noch in der Nacht vor der Demonstration kamen drei Lastwagen Soldaten an. Das ist ganz und gar die Schuld der Verräter, die nicht mit uns einverstanden sind, sondern mit der Oberschicht zusammenarbeiten. Es wurde 11 Uhr am Freitag morgen 26. Mai. Wir zogen von unseren Ortschaften hinunter nach Bambamarca. Aus der Gegend von Frutillo kamen die meisten Teilnehmer. Nur sie erreichten den Marktplatz. Die von Enterador wurden an der Brücke aufgehalten,

lacamaca und Tallamac am jeweiligen Weg vor Bambamarca. Auf dem Platz angekommen, beschlossen wir, erst dafür zu sorgen, daß die anderen Gruppen durchgelassen würden. Uns hielten sie beim Sanitätsposten an. Ein Major des Heeres kam, um mit uns zu reden. Er sagte, daß die Preise schon wieder gefallen seien und wir nach Hause gehen sollten. Wir schrien: 'Laßt die anderen Gruppen durch, wir wollen ja nur eine friedliche Demonstration'. Nach soviel Protest mußten sie sie durchlassen. Auf dem Marktplatz sprachen dann zwei campesinos und zwei von der Stadt. Es war sehr gut ...
Am Schluß machte ein Extremist die Sache kaputt. Er sagte: „Wir wollen kämpfen, es soll Blut fließen". Wir waren von Soldaten umringt.
Dann hagelte es Gewehrkugeln und es flogen auch jede Menge Tränengasbomben... Die armen Leute der Stadt haben sehr gut mitgemacht. Sie sind mitmarschiert und haben uns Wasser gegeben gegen das Tränengas ... Trotz allem hat uns die Übermacht der Militärs nicht entmutigt..." (aus: DESPERTAR, 18. Juni 1978).
Durch das Eingreifen der Militärs wurde mindestens eine Person getötet (unterschiedliche Aussagen) und mehrere verletzt. 12 Bauern, die sich seit dem 29. Mai im Polizeigefängnis von Cajamarca (der Dep.-Hauptstadt) befinden, soll der Prozeß gemacht werden. Namentlich bekannt sind Legundo Leiva und Gandelario Cruzado.
Da die Regierung am 14.7. eine Amnestie für politische Häftlinge erließ, sind diese Bauern jetzt wieder frei (vgl. Monitor-Dienst, 21.7.78).

Letzte Meldung

In den Minengebieten Perus traten etwa 50 000 Arbeiter in den Ausstand, um die Regierung zu zwingen, die Lebensmittelsubventionen wieder einzuführen bzw. höhere Löhne zu zahlen und um etwa 400 entlassene Kollegen wieder einzustellen. Daraufhin wurde am 16.8. im ganzen Land der Ausnahmezustand verhängt.

wawi

IRAN
Der Iran revoltiert gegen den Schah

Die seit mehreren Monaten andauernde Protestbewegung im Iran (vgl. 'blätter' Nr. 69, Mai 1978 und 'blätter' Nr. 71, Aug. 1978) hielt an und hat inzwischen den Charakter eines Volksaufstandes gegen das Schah-Regime angenommen.
So kam es vom 22. bis 24. Juli in der ostiranischen heiligen Stadt Maschad zu harten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei, die viele Tote gefordert haben. Ausgangspunkt war die Beerdigung eines hohen schiitischen Geistlichen – die Schiiten sind eine Glaubensrichtung innerhalb des Islam, ihr gehören fast alle Iraner an –. Ayatollah Scheich Ahmed Kafi soll bei einem Autounfall ums Leben gekommen sein, was jedoch von den Gläubigen stark angezweifelt wurde. (1)
Aus dem gleichen Grund kam es einige Tage später, vor allem am 30. und 31. Juli, zu Straßenschlachten in anderen großen Städten, dabei besonders in der Hauptstadt Theran. Die Polizei erschoß auch hierbei mehrere Personen und verhaftete über hundert weitere. (2)
Das Regime versuchte, bis heute vergeblich, dieser und der vorausgegangenen Unruhen durch eine Doppelstrategie Herr zu werden:
– zum einen sollen die Aufständigen durch Terror eingeschüchtert werden. So schießen Polizei und Militär blindlings in regierungsfeindliche Demonstrationen hinein, mit Verhaftungen und anschließenden Mißhandlungen muß die Bevölkerung ständig rechnen. Im Mai wurde sogar zum ersten Mal seit Jahrhunderten die Unantastbarkeit der Wohnungen der Ayatollahs von Ghom, der wichtigsten Funktionsträger in der schiitischen Hierarchie, mißachtet, als am Tag nach den Mai-Unruhen Soldaten das Haus von Ayatollah Schariat Madhari wild um sich schießend stürmten und dabei mehrere Mullahs (Geistliche) töteten. Schariat Madhari, führend in der Bewegung gegen den Schah engagiert, war selber zu der Zeit zufällig nicht zu Hause. Er erhielt später eine Entschuldigung der Regierung: die Soldaten hätten sich angeblich im Haus geirrt... (3) (Interview mit Madhari über westliche Reformvorstellungen s. Kasten).
Seit Ende letzten Jahres treten in verstärktem Maße auch angeblich zivile Schlägertrupps auf, die auf offener Straße und in Privathäusern Oppositionelle überfallen. So wurden z.B. im Nov. 1977 ungefähr 1000 Personen, die vorwiegend der gemäßigt-liberalen Oppositionsgruppierung „Nationale Front" nahestanden, und die sich auf einem privaten Anwesen vor Theran versammelt hatten, um den islamischen Feiertag des Opfers Abrahams gemeinsam zu begehen, von gut 600 Männern mit Knüppeln und Ketten niedergeschlagen (4). Nach den regimetreuen Zeitungen (und andere kann es im Iran z.Z. nicht geben) handelte es sich dabei um „schah-treue Arbeiter", in Wirklichkeit sind es Angehörige des Geheimdienstes Savak.
– zum anderen versucht das Regime, durch Versprechungen in Richtung auf eine politische Liberalisierung, gemäßigte Teile aus der Widerstandsbewegung herauszubrechen und zu neutralisieren oder gar an das Regime zu binden, und gleichzeitig im Ausland weiterhin Propagandamunition für seine „Modernisierungsabsichten" zu haben. Reporter berichten, daß in minimalem Umfang seit etwa einem Jahr einige Lockerungen festzustellen seien, von denen bei den tagtäglichen Auseinandersetzungen auf der Straße allerdings gar nichts zu bemerken ist. Sie betrafen vielmehr Intellektuellenkreise und gemäßigte Oppositionsgruppen, denen inoffiziell wieder gewisse Versammlungs- und Äußerungsmöglichkeiten zugebilligt wurden (daß dieses jedoch kein verbürgtes Recht ist, wurde gerade beschrieben):



Schah-Verehrer, Schah

a) So wurde im Dez. 1977 ein „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte" gegründet, das staatliche Übergriffe gegen Oppositionelle aufgreift, der ausländischen Presse mitteilt und bei der iranischen Regierung protestiert. Ihr Präsident ist Mehdi Basargan, unter der nationalistischen Regierung Mossadeghs Direktor der staatlichen Erdölgesellschaft, seitdem mehrfach in Haft, im April 1978 bei einem Bombenanschlag auf sein Haus unverletzt geblieben. Weitere bekannte Persönlichkeiten des Komitees sind Karim Sanjabi und Rahmatollah Moghaddah. (5)
b) Ferner konnte sich eine Anwalts-Vereinigung bilden, die ohne sofortige Repression die Regierung nun auffordern darf, die Gesetze zu beachten. (6)
c) Ohne irgendeinen offiziellen Charakter konnte sich eine Koalition verschiedener Gruppierungen bilden, die sich in Anlehnung an die Koalition, die Mossadegh zu Beginn der 50er Jahre stützte, „Nationale Front" nennt. Sie umfaßt die „Iran-Partei", der Schampur Bakhtiar und Karim Sanjabi vorstehen und die sich vor allem auf leitende Angestellte und liberale Großbürger stützt, die „Mellat Iran", die von Darwisch Foruhar geleitet wird und ihren Rückhalt in Händlerkreisen und anderen von den Multis in ihrer Existenz bedrohten Teilen des Mittelstandes hat, und die „Sozialistische Liga der nationalen iranischen Bewegung", eine sozialdemokratische Formation. Diese Gruppen stimmen in der Ablehnung der augenblicklichen Form des Regimes überein. Sie fordern liberalere, demokratischere Zustände. Sie meinen jedoch, daß dazu das Regime nicht unbedingt zerschlagen werden muß. Der Schah solle sich auf

seine verfassungsmäßige Stellung als konstitutioneller Herrscher zurückziehen, eine Regierung müsse durch die Mehrheit des aus freien Wahlen hervorgegangenen Parlements berufen werden, die Menschenrechte durch Auflösung des Savak wiederhergestellt werden. Offensichtlich bestanden auch schon Kontakte zwischen der Regierung und diesem Personenkreis, der an den aktuellen Aufständen mangels eigener mobilisierbarer Anhängerschaft direkt kaum beteiligt ist, sich auf der politischen Ebene jedoch geschickt nach vorne geschoben hat (7).

d) Die seit 1975 bestehende iranische Einheitspartei „Rastakhiz" (Wiedergeburt) veränderte ihren Charakter, und das weitere Schicksal dieser Partei ist im Augenblick recht offen. Was bisher jeder Iraner von Geburt an Mitglied der Partei, so ist die Mitgliedschaft seit Mitte Juni 1978 nicht mehr obligatorisch (8). Da die Partei in der Bevölkerung absolut keine Glaubwürdigkeit besaß und auf keinerlei Interesse (9) stieß, sollte die Partei „von innen her" belebt werden, d.h. durch einen New Look sollte der bevorstehende Zusammenbruch der Partei verhindert werden: so wurden drei Flügel innerhalb der Partei gebildet, die sich politisch Konkurrenz machen sollen. Es entstand ein „konstruktiver" Flügel, der hinter der augenblicklichen Regierungspolitik steht, ein „progressiver", der für die Stärkung des Staates eintreten soll, allerdings kaum aktiv wird, und ein „dritter" oder „reformistischer" Flügel um den Chef des Kabinetts der Kaiserin, Hushang Nahawandi. Bis vor kurzem völlig unbekannt, bekam er vom Schah den Vorsitz der „Gruppe zum Studium iranischer Probleme" übertragen und die Regierung veröffentlichte im Juni Teile dieser Untersuchung zu den Hintergründen der aktuellen Aufstände, die die Regierung und die Partei scharf angriff (vgl. 'blätter' Nr. 71, Aug. 78). Einige Zeit schien es so, als sollte mit ihm vom Schah eine für die liberale Öffentlichkeit akzeptable Alternative aufgebaut werden (10).

Auf dem Hintergrund der anhaltenden Aufstände versprach der Schah, den Prozeß der „Liberalisierung" verstärkt fortzusetzen. Insbesondere sagte er zu, daß im Juni 1979 „100 Prozent freie Wahlen" stattfinden sollen, zu denen auch andere Gruppierungen und Parteien neben der bisherigen Einheitspartei Kandidaten aufstellen dürften, außer natürlich der pro-sowjetischen Tudah-Partei, deren Mitglieder Verräter seien. Bedingung für Kandidaten sei, daß sie innerhalb der Gesetze und der Verfassung ständen und daß sie den Parlamentseid schwörten, der sie auf die Schah-Monarchie festlegen würde. (11)

Vor allem nach einer Fernsehrede und einer Pressekonferenz des Schahs am 6. und 11. August spielte die iranische Presse voll auf den Tönen des doch auch so demokratiebereiten, progressiven Schahs, dessen Absichten höchstens durch die angeblich demokratiefeindlichen Unruhestifter gestört werden könnten, und damit sein Liberalisierungsprogramm nicht geändert werden muß, sollte sich die Situation eben verbessern, ein allzu durchsichtiges Spiel mit Zuckerbrot und Peitsche! (12)

Mit einer ähnlichen Gaukelei ist der Schah schon einmal gescheitert: seit 1957 versuchte er, die politische Opposition durch die Installierung einer Oppositionspartei zu neutralisieren. So gab es neben der „Milliyun-Partei" des Ministerpräsidenten Eghbal die „Mardom-Partei" unter Asad' ullah 'Alam, ebenfalls ein persönlicher Freund des Schahs. Massive Wahlfälschungen ließen dieses „demokratische Experiment" vollends scheitern und stärkten bis zu ihrer blutigen Niederschlagung im Juni 1963 die erneut aufkommende liberale „Nationale Front".

Die neuerlichen Liberalisierungsversprechungen des Schahs im August dieses Jahres fanden ebensowenig die erhoffte Resonanz wie die Anfang der 60iger Jahre, sieht man vom „progressiven" Flügel innerhalb der Rastakhiz-Partei und einigen Einzelpersonen ab, die wie Ali Amini, in dessen Zeit als Premierminister die Anfänge der sogenannten „weißen Revolution" lagen, eine Vermittlerrolle anboten (13).

Die Bewegung auf der Straße blieb von solchen Schachzügen jedoch völlig unberührt. So kam es am 11. August in der ehemaligen persischen Hauptstadt Isfahan zu harten Auseinandersetzungen mit der Polizei und der Armee, als die Rückkehr des seit Monaten aus der Stadt verbannten Ayatollahs Khademi gefordert wurde. Nachdem die Polizei das Haus des Aystollahs, in dem ein Hungerstreik zur Unterstützung der Forderung stattfand, gestürmt hatte, erfolgten solch wütende Demonstrationen gegen das Schah-Regime, in deren Verlauf Banken, Geschäfte und ein Luxushotel, die als Teil des mit dem Schah identifizierten sozio-ökonomischen Systems besonderen Haß auf sich zogen, daß sie vom Regime nur durch äußerst brutalen Militäreinsatz beendet werden konnten. Anschließend wurde über Isfahan und zwei Tage später über weitere drei kleine Städte in der Umgebung Isfahans das Kriegsrecht verhängt. Dies beinhaltet, daß der als Militärgouverneur eingesetzte General Reza Naji unumschränkte Machtbefugnisse besitzt, die Armee ohne weiteres von der Schußwaffe Gebrauch machen kann, nächtliche Ausgangssperren verhängt wurden, Versammlungen von mehr als zwei Personen verboten sind, Militärgerichtsbarkeit herrscht. (14)

> **Madari zu Reformen im Iran**
>
> SPIEGEL: Aber Sie wollen doch mit der Wiedereinführung des islamischen Rechts künftig Dieben die Hand abhacken, untreue Ehefrauen steinigen, wie der Koran es befiehlt.
>
> SCHARRIAT MADARI: Ja, ja, Kino und Fernsehen verbieten und die Frau aus dem öffentlichen Leben verbannen! Diese Leier ist mir nur zu bekannt.
>
> SPIEGEL: Stimmt es denn nicht? Wollen Sie nicht wie in Libyen und Saudi-Arabien etwa den Alkohol bei strengen Strafen verbieten?
>
> SCHARRIAT MADARI: Von alldem haben wir nichts in unser Programm geschrieben. Uns geht es in erster Linie um die Freiheit der Perser und um die Anwendung der Verfassung. Und hören Sie: Es wäre doch mehr als töricht, den Menschen Alkoholgenuß und andere Dinge zu verbieten, wenn wir sie nicht vorher von dem Schaden überzeugt haben, der daraus erwächst.
>
> SPIEGEL: Sie gelten auch als fortschrittsfeindlich, weil Sie die vom Schah befohlene Bodenreform ablehnen.
>
> SCHARRIAT MADARI: Nein, eine Bodenreform, die den armen Bauern hilft, die begrüßen wir. Wir wenden uns gegen ein System von Parzellenbesitzern, die ohne Geld, Geräte und Ausbildung gar nicht in der Lage sind, ihren Boden zu bewirtschaften. Das steht übrigesn so schon im Koran.
>
> *Auszug aus Spiegel-Interview mit dem Ayatollah Scharriat Madari*

Obwohl die Regierung sofort um alle anderen großen Städte Irans die Armee in Bereitschaft versetzte, konnte sie nicht verhindern, daß es am 13. und 14. August als Reaktion auf die Maßnahmen in Isfahan in mindestens 20 Städten, u.a. auch in Theran, zu Revolten kam. Dabei explodierte in einem vorwiegend von Ausländern frequentierten Restaurant in der Hauptstadt eine Bombe, die 40 Gäste verletzte. (15)

Bis zu diesen Ereignissen ließ der Schah immer äußerst aus-

führlich über die Aufstände in der Presse berichten. Er setzte dabei auf die konservative Angst, die Detailbeschreibungen und Photos der Auseinandersetzungen hervorrufen sollten, um die sogenannte „schweigende Mehrheit" für Law and Order; d.h. für sich zu mobilisieren. Als der Presse am 15. August verboten wurde, weiterhin über die Unruhen zu berichten, bedeutete dies das schwerwiegende Eingeständnis, daß es eine solche „schweigende Mehrheit" im Iran nicht gibt, daß der Schah von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird und sich nur durch das Militär an der Macht halten kann. (16)
Unter diesen Umständen kam es am 19.8., am mit einer Militärparade gefeierten 25. Jahrestag des Putsches von Schah und CIA gegen den vom Volk gewählten Mossadegh – in der Schah-Terminologie handelte es sich um einen Volksaufstand des ihn liebenden Volkes gegen die dem Kommunismus verfallenen Verräter, in der südiranischen Ölhafenstadt Abadan zu einem Brandanschlag auf ein vollbesetztes Kino, durch den über 400 Menschen ihr Leben verloren (die anfänglich genannte Zahl von 377 Toten wurde zurückgenommen, eine neue jedoch nicht genannt.)
Die Täter blieben bis heute unbekannt, einige anfängliche Verhaftungen betrafen damit in keinem Zusammenhang stehende. Auch der genaue Tathergang blieb widersprüchlich. Vermutlich jedoch wurde das Kino an allen vier Seiten mit Benzin übergossen und angesteckt. Fest steht, daß sämtliche Ausgänge von außen verschlossen waren, so daß nur ganz wenigen Kinobesuchern durch Löcher in eingestürzten Mauern die Flucht gelang und die meisten verbrannten. (17)
Für den Täterkreis bleiben zwei Hypothesen: fanatische muslemische Opponenten oder das Schah-Regime selber. Für die erste Möglichkeit spricht, daß die Kinos insbesondere wegen der in ihnen gezeigten Pornofilme schon während der ganzen letzten Zeit von den Muslims in der Oppositionsbewegung kritisiert worden waren und die Bevölkerung aufgefordert worden war, während des am 8.8. angefangenen Fastenmonats Ramadan keine Kinos zu besuchen und nicht in Restaurants zu essen. Es hatte auch vorher schon einige Anschläge auf Kinos gegeben, bei denen jedoch nie eine Person auch nur verletzt wurde.
Für die zweite These spricht, daß sämtliche Oppositionsgruppen den Anschlag verurteilten, daß das Attentat politisch nur dem Regime nutzen konnte, das das Ereignis auch voll ausschlachtete. Der Schah zur Bild-Zeitung: „Hinter diesen schweren Krawallen stecken Kommunisten"; desgleichen versuchte die iranische Presse, die Erregung über die Tat politisch für das Schah-Regime ausschlachten zu können, so z.B. Kayhan International Weekly v. 27.8. 1978: „Desgleichen muß jedes Mitglied der Opposition, das Selbstachtung besitzt und seinen Namen zu recht trägt, sich jenen anschließen, die solchen Irrsinn stoppen wollen. Solche Oppositionelle müssen zeigen, daß sie Staatsmänner sind, ihren Stolz herunterschlucken und mit der Regierung zusammenarbeiten, um solchen Wahnsinn zu beenden.
Schließlich ist Versöhnung durch Tod und Tragödie ein bekanntes Thema der menschlichen Zivilisation. "
Weiterhin für die zweite These spricht, daß einige Tatsachen beim Tathergang sehr zu denken geben: Abadan als Ölstadt ist mit einer hochmodernen und gut trainierten Feuerwehr ausgerüstet. Trotzdem traf der erste Löschwagen erst drei (!) Stunden nach dem Feuerausbruch beim Kino ein, und der war außerdem noch leer, also nicht einsetzbar. Es wurde abgelehnt, einen in der Nähe stehenden Bulldozer zum Aufbrechen der Türen einzusetzen.
Die Polizeistation befindet sich nur 200 m vom Brandherd. Eine Stunde vor dem Feuer soll die Polizei das Kino unter dem Vorwand der Suche nach „subversiven Elementen" um-



stellt und sich vollständig zurückgezogen haben, nachdem sechs Personen, ohne festgenommen zu werden, aus dem Kino kamen. Bei dem Polizeipräfekten von Abadan handelt es sich um General Razni, der im Januar 1978, damals noch als Oberst, die Demonstrationen in Ghom zusammenschießen ließ, bevor er daraufhin nach Abadan befördert wurde (18).
Für eine Täterschaft von Kreisen des Staatssicherheitsdienstes sprechen auch die Auseinandersetzungen innerhalb des Savak, die seit der Ersetzung des der brutalsten Fraktion zugehörigen Nassiri durch den beileibe auch nicht gemäßigten Moghadam im Frühjahr dieses Jahres stattfanden. Dabei ist es recht wahrscheinlich, daß die Vertreter der vorerst ausgeboteten härteren Richtung in der Geheimpolitzei tun, was sie können, um die Tumulte zu schüren, was sich zu ihren Gunsten innerhalb des Savak auswirken müßte (19).
Sämtliche Gruppierungen, die in Opposition zum Schah stehen, bis hin zur „Nationalen Front" und zum „Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte", verurteilen den Brandanschlag und machten Provokateure des Regimes für die Tat verantwortlich, vielfach wurde dabei ein Vergleich zum Reichstagsbrand, im Februar 1933 gezogen. Der bedeutende schiitische Geistliche Ayatollah Khomeiny erklärte z.B. in einem Aufruf aus seinem irakischen Exil: „Diese herzzerreißende Katastrophe ist in ihrer Art ein Meisterwerk, geschaffen vom Schah, um eine ausgedehnte Propaganda gegen die Oppositionsbewegung des Volkes im Innern des Landes wie auch im Ausland zu unterhalten" (aus einem Flugblatt der „Union of Islamic Students' Association in Europe).

Die Proteste gegen das Schah-Regime wurden auch im Ausland fortgesetzt. So besetzten 14 Studenten der CISNU am 17.8. vorübergehend die iranische Botschaft in Brüssel. In Paris besetzten am 18.8. 50 Iraner die Moschee im 5. Arrondissement, um gegen die Repression im Iran zu protestieren, und in Washington demonstrierten am gleichen Tage vor dem Weißen Haus 2000 Iraner gegen die Unterstützung des Schahs durch die USA. Am 23.8. besetzten neun unbewaffnete persische Studenten die iranische Botschaft in Den Haag. Am 26.8. organisierte die CISNU eine zentrale Demon-

stration in Frankfurt unter der Hauptparole: „Der Schah ist ein Mörder und Faschist!" (21) (s.a. Kasten 'Hungerstreik in Hamburg').
Die Berichterstattung in den westlichen Medien vermittelte jedoch generell ein anderes Bild: die Charakterisierung der Widerstandsbewegung wird vom Schah übernommen, es handle sich um „Islamische Marxisten", „Schwarze Reaktionäre", „Die subversive Penetration des internationalen Kommunismus", „Fortschrittsfeinde", „Terroristen" und sogar das Gespenst der „Palästinensischen Linksextremisten" muß bei diesem wirren Gemisch herhalten. Die dabei verfolgte Absicht ist klar und eindeutig: „Wie auch bei den jüngsten Unruhen werden insbesondere extremistische moslemische und kommunistische Kräfte genannt, die mit dem Bestreben von Schah Reza Pahlavi, im Iran demokratische Verhältnisse nach westlichem Muster einzuführen, unzufrieden seien." (22)



Schah Resa Pahlewi

Der Schah soll, von Links- und Rechtsextremen hart bedrängt, als der Garant westlicher Demokratieideale und als der Retter des Abendlandes im vom mittelalterlichen Islam bedrohten Vorderen und Mittleren Orient erscheinen. Demokraten sollten sich hüten, sich so Sand in die Augen streuen zu lassen.
Die Regierungspropaganda nach dem Abadan-Anschlag hat die Protestbewegung nicht schwächen können: regimefeindliche Demonstrationen fanden am 27. und 28. 8. in vielen Städten, mit dem Schwerpunkt in Ghom, statt (23).

Der Schah sah jetzt die Notwendigkeit, einen Sündenbock zu finden, und entließ die bisherige Regierung unter Ministerpräsident Amusegar, nachdem eine Regierungsumbildung schon im Juli 1978 effektlos geblieben ist.
Neuer Ministerpräsident wurde am 27.8. Dschaafer Scharif Emami, der dies Amt nach dem erzwungenen Rücktritt von Eghbal von August 1960 bis Mai 1961 schon einmal kurz innehatte, seit 1963 Senatspräsident war und als ein „treuer und loyaler Diener des Schahs" (24) gilt. Die Wahl ist vermutlich auf ihn wegen seiner ihm nachgesagten guten Verbindungen zu den gemäßigten schiitischen Geistlichen gefallen, durch die er diesem Teil eine Alternative zu Amusegar darstellen soll. Sohn eines schiitischen Geistlichen, hat er in Deutschland und Schweden studiert, sich in der Verwaltung der Eisenbahn hochgearbeitet und sich nach seinen Tätigkeiten in mehreren Regierungen hervorragende Verbindungen zur Geschäftswelt als Präsident der äußerst zwielichtigen Pahlawi-Stiftung erworben. In seinem Kabinett aus 21 Personen gehörten 5 auch dem vorhergehenden an. Hushang Nahawandi, der sich als Führer des „reformistischen" Flügels der Rastakhiz mit Angriffen auf die Regierung als ein Progressiver hat profilieren wollen, übernahm das Wissenschafts- und Erziehungsministerium. Dies dürfte kaum zur Beruhigung an den Universitäten beitragen, weil er dort besonders verhaßt ist, nachdem er bei seiner Ernennung zum Rektor der Universität Teheran gesagt hatte, daß er „mit seinen eigenen Händen diejenigen umbringt, die es wagen, sich gegen die Interessen der Nation auszusprechen" (25).
Die ersten Maßnahmen der neuen Regierung waren auf einen Sympathiegewinn bei den gemäßigten Moslems ausgerichtet: die Zeitrechnung erfolgt im Iran wieder nach der islamischen Zählung und nicht mehr nach einer eigenen persischen, die der Schah 1976 in seinem Größenwahn eingeführt hatte, und alle Casinos und Spielhallen wurden geschlossen. Diese „Zugeständnisse" waren jedoch so gering, daß Emami sofort auch von schiitischer Seite aus scharf angegriffen wurde. Denn die aktuell wichtigen Forderungen nach Auflösung des Savak und der Freilassung aller politischen Gefangenen lehnte er ausdrücklich ab (26).



Landarbeit in Persien

Wenn das Regime im Inland auch durch den Regierungswechsel keine neue Unterstützung gewonnen hat, so erhielt sie die doch reichlich aus dem Ausland: während die Waffen aus den USA weiter fleißig ins Land strömen, und während mit der UdSSR trotz wilder Kampagnen gegen „Kommunisten" ökonomisch und politisch (vor allem über die Besuche des Schahs in den osteuropäischen Ländern des RGW) gut-nachbarliche Beziehung herrschen, und nachdem am 24.8. der saudi-arabische Verteidigungsminister Sultan Ibn Abdul-Aziz die arabischen Staaten aufgefordert hat, den Schah im Kampf gegen die Subversion (und das sagt der Champion des Islam!) zu

unterstützen, mochte nun auch die VR China nicht mehr zurückstehen (zu ihrer Außenpolitik vgl. 'blätter' Nr. 55): der nach den Balkanbesuchen des chinesischen Parteivorsitzenden Hua Kuo Feng für den Rückflug am 29.8. vorgesehene Zwischenstop von einem Tag in Teheran wurde kurzfristig auf vier Tage ausgedehnt. Diese „Geste" ist als eine Rückenstärkung des Schah-Regimes aufzufassen.
Die Verständigung zwischen Peking und Teheran zeigt sich in jüngster Zeit schon des öfteren, Huas Besuch war lediglich ein Höhepunkt: im Juni wurde in Peking eine Delegation aus Oman empfangen, wo Truppen Irans gegen die ehemals von Peking unterstützte guerillabewegung in der Region Dhofar zur Zerschlagung eingesetzt wurden.



Schah-Familie

Mitte Juni weilte der chinesische Außenminister Huang Hua zu Gesprächen in Teheran und Ende Juli kam der Öl- und Chemieminister Song Chen Ming mit einer Delegation chinesischer Erdölexperten, wobei engere Zusammenarbeit in den Bereichen Erdöl und Petrochemie vereinbart worden sein soll. (27)
Noch während des Besuchs Huas im Iran gingen die regierungsfeindlichen Demonstrationen weiter, sogar in Teheran selbst (28). Sie nahmen in den nächsten Tagen gewaltige Ausmaße an.
Am 4.9. gab es zum Ende des Fastenmonats Ramadan, ein traditionelles Freudenfest, in Teheran einen Demonstrationszug mit Spruchbändern gegen den Schah und für Ayatollah Khomeiny, bei dem die Friedfertigkeit dadurch gezeigt wurde, daß den in der Hauptstadt postierten Militärs Blumen übergeben wurden: „Ihr seid unsere Brüder, warum tötet ihr unsere Brüder?" (29)
Für den 7.9. wurde zum Gedenken an mehrere Iraner, die am 30.8. und 1.9. erschossen worden waren, von den schiitischen Geistlichen und politischen Opposition wie der „Nationalen Front" ein Generalstreik ausgerufen, der in der Hauptstadt fast völlig befolgt wurde und das Wirtschaftsleben weitgehend lahmlegte. Am selben Tag kam es zu der größten Demonstration, die wohl je im Iran stattgefunden hat. An dem Zug, der zwölf Stunden durch die Straßen zog, und der ohne Zwischenfälle verlief, nahmen über eine halbe Million Menschen teil. Die gerufenen Parolen waren solche wie: „Der Iran ist unser Land und Khomeiny unser Führer", „Der Schah hat das Desaster von Abadan angerichtet", „Ehrloser Schah hau ab", „Der Kampf geht bis zum Verschwinden des Schahs weiter", „Schah, wir bringen dich um" und einige weitere direkt an das Militär gerichtete: „Um den Koran zu verteidigen, schließt euch unseren Reihen an" (30).
Die Regierung verhängte daraufhin am nächsten Morgen für die nächsten sechs Monate das Kriegsrecht über die zwölf größten Städte Irans und ließ Teheran vom Militär besetzen. Daraufhin entzogen Ayatollah Schariat Madhari und die



Straßenkampf in Teheran am 8. September 1978

„Nationale Front" ihre Unterstützung für einen geplanten neuen Protestzug am 8.9. Trotzdem kamen Zehntausende zusammen, die jedoch in einem Terror ohnegleichen von der Armee zusammengeschossen wurden, wobei es hunderte von Toten gab. Die Verfolgung dauerte sieben Stunden, in deren Verlauf es einigen Demonstranten glückte, ein Regierungsgebäude in Brand zu stecken (31).
Am 7. und 8. September ist deutlich geworden, wie total isoliert und verhaßt der Schah in der Bevölkerung ist. Im Augenblick verdankt der Schah zwei Umständen, daß er noch auf dem Thron sitzt: der Bereitschaft des Offizierskorsp, brutalste Gewalt zugunsten des bestehenden Regimes einzusetzen, und der Führerlosigkeit der Opposition. Die Massenbewegung ist eine Front der Ablehnung. Sie besteht aus der in die Slums der Städte getriebenen verarmten Landbevölkerung, aus den Klein- und Kleinsthändlern, aus Teilen des Mittelstandes, aus den Arbeitern der Industriezentren in Täbris, Isfahan, Abadan, Schriz und Teheran, aus Intellektuellen und Studenten und aus den religiösen Mullahs, lediglich die Landbevölkerung hat sich noch nicht erhoben (32).
Was jedoch fehlt, ist eine programmatische Einigkeit über den Sturz des Schahs hinaus und akzeptierte personelle Alternativen zum jetzigen Regime. Eine solche kann Ayatollah Khomeiny mit seinen 85 Jahren auch kaum darstellen, er ist eher ein Symbol des Widerstandes. Ohne solche Per-

sönlichkeiten besteht jedoch die Gefahr, daß bürgerliche Politiker wie die der „Nationalen Front" oder, schlimmer noch, wie Ali Amini die Führung an sich reißen werden.

Von ausschlaggebender Bedeutung für die weitere Entwicklung dürfte die Haltung des Militärs sein. Einige Anzeichen von Gehorsamsverweigerung sind aufgetreten (33), sie stellen aber wohl eher noch Ausnahmen dar und werden rücksichtslos geahndet. Sollte die Armee ihre Einheit behalten und sich die augenblickliche politische und administrative Führung immer weiter zersetzen, ist eine Militärdiktatur à la Pinochet nicht mehr ausgeschlossen. Sollte es der Volksbewegung jedoch gelingen, den Block Armee zu spalten, könnte die Macht der Militärs vielleicht neutralisiert werden. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß das Ausland gewaltige Interessen im Iran hat und daß die USA schon 1973 zur Zeit der Ölpreiserhöhungen eine militärische Intervention in Nahen Osten zur Sicherung der Ölquellen nicht ausschließen wollte und augenblicklich 30.000 bis 40.000 Militärberater, die jederzeit selber zu den Waffen greifen können, in den Iran entsendet hat, und daß zu ihrer Unterstützung eine unbekannte Anzahl südkoreanischer Armeeangehörige als Bauarbeiter im Iran tätig ist (34).
Als Signal: die in- und ausländische Geschäftswelt wird zunehmend unruhiger über die Lage im Iran, das meint zumindest das Handelsblatt, und auf diesem Gebiet braucht ihm Sachkenntnis nicht abgesprochen zu werden (35).

S. R.



Anmerkungen

(1) Le Monde 27.7.78
(2) Le Monde 1. und 2.8.1978 sowie FR 1.8.78
(3) Le Monde 12.5.78; 26.8.78; Interview im Spiegel 21.8.78
(4) Arbeiterkampf 20.3.78; Le Monde 7.6.78
(5) Le Monde 11.4.78; FR 11.7.78; NZZ 4.8.78; Der Spiegel 21.8.78
(6) FR 11.7.78; NZZ 29.7.78
(7) Le Monde 17.5.78 und 7.6.78; NZZ 4.8.78
(8) NZZ 23.7.78
(9) So nahmen an der Wahl in Teheran im September 1977 von 5 Millionen Bürgern nur 18.275 teil. FR 9.9.78
(10) NZZ 29.7.78; Der Spiegel 21.8.78
(11) FR 7. und 12.8.78; Le Monde 12. und 22.8.78; NZZ 29.7.78
(12) Le Monde 19.8.78
(13) Le Monde 22.8.78
(14) Le Monde 13.8.78; FR 15.8.78; NZZ 15.8.78; Kayhan International Weekly 20.8.78; Arbeiterkampf 21.8.78
(15) FR 15.8.78; NZZ 15.8.78; Le Monde 15.8.78
(16) Le Monde 18.8.78
(17) Le Monde 19. bis 25.8.78; FR 21. bis 25.8.78; Arbeiterkampf 4.9.78
(18) Le Monde 23. und 25.8.78
(19) NZZ 23.8.78; Stuttgarter zeitung 26.8.78
(20) Le Monde 25.8.78; FR 25.8.78
(21) FR 18., 24. und 26.8.78; Le Monde 22.8.78; Arbeiterkampf 4.9.78
(22) ddp-Nachricht in der NZZ vom 22.8.78, in der NZZ erscheinen sonst ganz akzeptable Berichte und Kommentare von A.H.
(23) FR 29. und 30.8.78
(24) Le Monde 29.8.78
(25) Le Monde 29.8.78
(26) FR 28. und 29.8.78; Le Monde 29. und 30.8.78; Arbeiterkampf 4.9.78
(27) vgl. FR 22.6., 22.8. und 25.8.78; Le Monde 24.7., 25.8. und 26.8.78; NZZ 17.6.78; Kayhan International Weekly 30.7.78; BfA 24.8.78
(28) Le Monde 1.9.78
(29) FR 5.9.78
(30) Le Monde 9.9.78; FR 8.9.78
(31) FR 9.9.78; Le Monde 9.9.78
(32) FR 17.8., 28.8. und 9.9.78; Der Spiegel 21.8.78; Afrique-Asie 4.9.78
(33) Arbeiterkampf 4.9.78; Afrique-Asie 4.9.78; FR 9.9.78
(34) FR 6.8.78
(35) Handelsblatt 24.8.78

Deutsche Amtshilfe für iranische Geheimpolizei?

Daß die bundesdeutschen Ausländerbehörden, der Verfassungsschutz und die iranische Geheimpolizei bei der Verfolgung oppositioneller iranischer Studenten zusammenarbeiten, ist seit längerer Zeit belegbar (vgl. hierzu iz Nr. 60, S. 51).

Als erste und am eindringlichsten erfuhren es die betroffenen iranischen Studenten, die nach ihrer Rückkehr aus der BRD in ihr Heimatland verhaftet wurden und werden – unter Anschuldigungen, die aus den Erkenntnissen deutscher Geheimdienste konstruiert sind. Daß diese Erkenntnisse in recht detaillierter Form weitergegeben werden, ergibt sich, wenn den Verhafteten in einigen Fällen nichts mehr als der Besuch von CISNU-Veranstaltungen vorgeworfen wird.

Mehrmals wurde diese – für die Opfer oft tödliche Zusammenarbeit der iranischen und bundesdeutschen Geheimdienste auch „regierungsamtlich" bestätigt:

- *vom iranischen Außenminister auf einer Pressekonferenz Anfang 1977,*
- *von Regierungssprecher Grünewald (in Reaktion auf die Aussage des iranischen Außenministers), der zugab, daß die Zusammenarbeit seit 1959 besteht,*
- *durch Geheimdokumente, die iranische Studenten bei der Besetzung des iranischen Konsulats in Genf vor zwei Jahren fanden.*

Der nachfolgende Artikel des Göttinger PresseInfoDienstes beschreibt einen bei dieser Zusammenarbeit recht üblichen Vorgang: bundesdeutsche Ämter fordern von den iranischen Studentenvereinen Mitgliederlisten. Zu welchem Zweck lassen sie im Dunkeln.

Red.

Bußgeldprozeß gegen Schahgegner in Göttingen

Göttingen (pid). Der 30jährige Iraner Firouz Roushan wird seine Heimat sobald nicht wiedersehen. Das Land, das er vor neun Jahren verließ, um an der Universität Göttingen Geologie zu studieren, würde ihn als politischen Gefangenen hinter Gitter bringen, sollte er es wagen, unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen in den Iran zurückzukehren. Damit teilt Roushan das Schicksal vieler seiner Landsleute, die in der Bundesrepublik offen gegen das Schah-Regime eintreten. Ihre Zukunft ist ein Emigrantendasein wider Willen, und daran sind deutsche Behörden nicht schuldlos.

Firouz Roushan ist jedenfalls mit gutem Grund davon überzeugt, daß der lange Arm der gefürchteten iranischen Geheimpolizei Savak bis in bundesdeutsche Amtsstuben reicht. Mit dieser Begründung weigert sich Roushan, dem Göttinger Ordnungsamt die Mitglieder des Iranischen Studentenvereins zu benennen, dem er seit drei Jahren vorsteht. Die Verwaltung reagierte mit einem Bußgeldbescheid über 300 Mark nebst Gebühren und schaltete die Justiz ein, als sich Roushan mit einem Einspruch zur Wehr setzte. Das Ordnungsamt beruft sich auf die Durchführungsverordnung zum Vereinsgesetz, die vorsieht, daß ausländische Vereine ihre Finanzierung und Mitgliedslisten offenzulegen haben – sofern diese Vereine sich politisch betätigen.

Dies jedoch bestreiten Roushan und seine Freunde gegenüber dem Gericht. Bei allem Engagement gegen die Willkürherrschaft im Iran stellt die Satzung des Vereins die „Förderung studentischer Belange in der Bundesrepublik" in den Vordergrund. Die Flugblätter, die die Ausländerbehörde als Beweismittel anführt, haben keine eindeutige Herkunft. Die jüngste Schrift, die das Datum vom 11. November vorletzten Jahres trägt und zu einem Solidaritätsfest mit verfolgten Schahgegnern aufruft, nennt zwar einen Iranischen Studentenverein im Impressum, doch gibt es an der Göttinger Universität mit ungefähr 120 Iranern gleich vier oder fünf solcher Organisationen, die politisch eigene Wege gehen. Daß man Roushans Verein in der bevorstehenden Gerichtsverhandlung eine politische Betätigung nachweisen kann, bezweifelt selbst der zuständige Staatsanwalt.

Auf Trab gebracht hatten das Göttinger Ordnungsamt auch nicht die Gesetzeshüter, sondern die für Staatsschutzangelegenheiten zuständige Abteilung IV des Niedersächsischen Innenministeriums. In einem amtlichen Schreiben, das vor drei Jahren auf dem Dienstwege an die Universitätsstadt ging, wird die untergeordnete Ausländerbehörde angewiesen, ihren vom Vereinsgesetz geschaffenen Ermessensspielraum voll auszunutzen und dem Iranerverein sämtliche möglichen Auskünfte abzufordern. Daß demnach der Verfassungsschutz in die Kommunalverwaltung hineinwirkt, entlockt dem Verantwortlichen im Göttinger Ordnungsamt nur die lapidare Feststellung, „Amtshilfe" sei schließlich „gesetzlich geboten".

Die Amtshilfe aber reicht weiter bis zur Savak, dies steht mittlerweile außer Zweifel. Als vor zwei Jahren eine Gruppe von Schahgegnern das Iranische Konsulat in Genf besetzte, das als Schaltstelle der Savak in Europa gilt, kamen umfangreiche Geheimdokumente an die Öffentlichkeit. Unter anderem die Aussage eines Teheraner Regierungsmitglieds, die Savak erhalte vom westdeutschen Geheimdienst Material über iranische Studentenorganisationen in der Bundesrepublik.

Während Regierungssprecher Klaus Bölling seinerzeit vornehm einräumte, es bestünden „Kontakte", haben die Mitglieder des betroffenen Studentenvereins genügend Grund, an einen systematischen Informationsaustausch zu glauben. Sie können sich anders nicht erklären, daß der Verfassungsschutz ihren linksverdächtigen Verein kontinuierlich ausspäht. Und ebendies muß man vermuten, wenn die Behörden plötzlich Unterlagen aus dem Aktenschrank zaubern aus denen hervorgeht, welches Flugblatt wann an welchem Ort verteilt wurde. Diese Überwachung gilt wohlgemerkt einer in der Bundesrepublik völlig legal operierenden Organisation, die unter dem Dach des offensiv-demokratischen Studentenverbands CISNU den Sturz der Alleinherrschaft des Schah verlangt. Man muß also davon ausgehen, daß Feinde der iranischen Diktatur auch Feinde unserer „Demokratie" sind, nur weil sie mithelfen, einen potenten Wirt-

schaftspartner der Bundesrepublik politisch zu entstabilisieren?

Firouz Roushan, inzwischen Doktorand, aber voller Existenzsorgen, fordert für sich und seine mitbetroffenen Landsleute ein Widerstandsrecht, das ihnen in der Bundesrepublik eingeräumt werden müsse, solange das Unrechtssystem im Iran existiere. Dort droht den Schahgegnern, schon weil sie anti-monarchistisch organisiert sind, eine lebenslängliche Haftstrafe oder gar die Hinrichtung. Zwei Iraner, die wegen ihrer Aktivitäten in der Bundesrepublik im Iran verhört und gefoltert wurden, sollen im Göttinger Ordnungswidrigkeitenprozeß als Zeugen aussagen – vorausgesetzt, sie besiegen bis zum Verhandlungstermin ihre Angst vor der allgegenwärtigen Savak. An das Demokratieverständnis deutscher Behörden mag Firouz Roushan nicht mehr recht glauben. „Ich fühle mich", so sagt er, „in der Bundesrepublik längst nicht mehr sicher".

Eckart Pohl (pid)

Aktionen gegen das Schah-Regime

Über die Aktionen von Gegnern des Schahregimes im Ausland teilt die Confederation of Iranian Students (CIS) am 14. 9. 78 mit:

– In den USA wird der unbefristete Hungerstreik vor dem UN-Gebäude in New York fortgesetzt, nachdem unser Landesverband in den USA in Camp David massenhafte Demonstrationen durchgeführt hatte.

– In Schweden setzen unsere Mitglieder ihren unbefristeten Hungerstreik im Gebäude des schwedischen Parlaments fort. In einer Unterredung mit den Parlamentsabgeordneten wurde vereinbart, unsere Forderungen für Morgen als Vorschlagsdebatte zwecks Verabschiedung ins Parlament einzubringen.

– In Italien geht der unbefristete Hungerstreik unserer Mitglieder fort, nachdem unsere machtvolle Demonstration von gestern in Rom in den internationalen Massenmedien ein breites Echo gefunden hatte.

– In Hamburg im Gustav-Radbruch-Haus geht der unbefristete Hungerstreik, an dem mehr als 60 unserer Mitglieder beteiligt sind, in voller Stärke weiter (s. Bild).



Hungerstreik der CIS in Hamburg

Wir rufen erneut alle demokratischen, freiheitsliebenden und antifaschistischen Menschen auf, unsere folgenden Forderungen aktiv zu unterstützen und durch Protestbriefe und ähnliche Aktivitäten für ihre Realisierung zu kämpfen:

1. sofortige und bedingungslose Aufhebung des Kriegsrechts,
2. sofortige Einstellung aller Akte des Massenmordes
3. sofortige und bedingungslose Freilassung aller in den letzten Tagen inhaftierten Oppositionsführer und demokratischen Persönlichkeiten, sowie die Einstellung von Verfolgungs- und Verhaftungsmaßnahmen,
4. keine Unterstützung des faschistischen Schah-Regimes durch die Carter-Administration.

Vorstand der CIS

NICARAGUA

Fällt mit dem Diktator auch die Diktatur?

Die internationale, auch die bundesdeutsche Presse entdeckte in den letzten Wochen Nicaragua. Nach 44 Jahren Somoza-Diktatur wird auf einmal ausführlich über deren Verbrechen berichtet. Man erfährt von den Blutbädern, die die Nationalgarde im Auftrag der Diktatur unter der Zivilbevölkerung anrichtet: kleinen Kindern werden die Hände abgehackt, weil sie Papierfähnchen der FSLN (Frente Sandinista de Liberacion Nacional) in den Händen hielten; Bauern, die sich gegen die gewaltsame Aneignung ihres Landes durch Großgrundbesitzer sträuben, werden aus Hubschraubern ins Meer geworfen usw. Somoza kann seine Terrorherrschaft nicht mehr länger unbehelligt von der Weltöffentlichkeit ausüben, das ist zu begrüßen. Durch die Presseberichte, die lediglich Mitleid mit einem kleinen Volk erwecken, das von einem Diktator unterdrückt wird, wird allerdings davon abgelenkt, daß die Diktatur des Somoza-Clans nichts anderes ist, als die Diktatur des US-Kapitals über Nicaragua. Dem Somoza-Clan gehören 50% des bebaubaren Landes in Nicaragua und schätzungsweise 40% der Industriebetriebe. Fast sämtliche großen Kapitalgesellschaften des Landes gehören entweder diesem Clan oder US-Monopolen oder beiden zusammen. Es ist daher klar, daß der Sturz dieses Clans ein schwerer Schlag für das US-Kapital wäre. Es gibt allerdings noch zwei weitere Gründe dafür, weshalb die USA lieber den letzten Rest Glaubwürdigkeit ihrer Menschenrechtskampagne aufs Spiel setzen, als Somoza fallenzulassen: Die Landenge von Nicaragua eignet sich mit nur 30m Höhenunterschied gegenüber dem Meeresspiegel hervorragend zum Bau eines neuen interozeanischen Kanals, der den veralteten Panama-Kanal ersetzen könnte. Ungleich wichtiger für die USA ist allerdings die Rolle des Hilfspolizisten, die Nicaragua in der Vergangenheit in Mittelamerika immer gespielt hat:

1948 wurde mit Hilfe der Nationalgarde versucht, die sozialdemokratische Regierung Figueres in Costa Rica zu stürzen. 1954 unterstützte Nicaragua die Invasion gegen die fortschrittliche Regierung Arbenz in Guatemala mit Hilfe von Bombenflugzeugen P-47, die die US-Regierung für einen Dollar pro Stück an die United Fruit Co. verkauft hatte, und Söldnern. 1961 startete von Nicaragua aus der Invasionsversuch gegen das revolutionäre Cuba. In Honduras und El Salvador intervenierte das Somoza-Regime ebenfalls für die USA. Heute ist die Situation in allen mittelamerikanischen Ländern durch einen Aufschwung der Massenkämpfe gekennzeichnet. Der Fall des Somozaregimes könnte eine Lawine ins Rollen bringen, vor der die USA Angst haben müssen.

Die innenpolitische Lage

Dem Somoza-Clan stehen in Nicaragua zwei Kräfte gegenüber: eine kleinbürgerliche Oppositionsbewegung, die unter der Führung des Chamorro-Clans steht, und die FSLN. Der Chamorro-Clan, dem unter anderem die Tageszeitung „La Prensa" gehört, ist fast das einzige, was man in Nicaragua außer den Somozas als Bourgeoisie bezeichnen kann. Seine erbitterte Gegnerschaft gegen die Somozas erklärt sich daraus, daß die Somozas den gesamten Staatsapparat kontrollieren, Kreditvergabe, Zölle, Transportmittel usw., und ihn in ein Mittel ihrer persönlichen Bereicherung verwandelt haben. Das übrige Kapital sieht sich so einem ungleichen Wettbewerb ausgesetzt. Die oppositionelle Bourgeoisie muß Somoza bekämpfen, um sich davor zu schützen, daß die Übermacht des Somoza-Clans sie ihrer ökonomischen Basis beraubt. Die Motivation dieser bürgerlichen Führung der kleinbürgerlichen Oppositionsbewegung ist daher nicht per se fortschrittlich. Könnte die oppositionelle Bourgeoisie so wie sie wollte, so würde sie sicherlich für Nicaragua ein Akkumulationsmodell à la Brasilien bevorzugen, das auf einer Senkung des Reallohns beruht. Die politische Konstellation in Nicaragua zwingt sie allerdings dazu, die Demokratie auf ihre Fahnen zu schreiben und den Massen tendenziell auch ökonomische Zugeständnisse zu machen.

Das gesamte Kleinbürgertum sieht unter der Somoza-Diktatur keine Perspektive mehr und schlägt sich daher auf die Seite der Opposition. Ein Vertreter der nicaraguensischen Linken meint dazu:

„wenn die Hausfrauen mit leeren Kochtöpfen Krach schlagen, ist das gut so. Aber es ist nicht unsere Methode. Es sind die selben Kochtöpfe, die gegen Allende geschlagen wurden. Das zeigt das Schwanken und die Instabilität des Kleinbürgertums. Wir dürfen uns nicht von ihnen abhängig machen und auf sie verlassen. In Nicaragua und in ganz Lateinamerika hängt vielmehr der Sturz der Diktaturen davon ab, daß es den Arbeitern und Bauern mit ihrem eigenen Programm gelingt, das Kleinbürgertum auf ihre Seite zu ziehen – auch die Hausfrauen mit ihren Kochtöpfen" 1).

Ziel der bürgerlichen Führung dieser Oppositionsbewegung, die in der UDEL (Union Democratica de Liberacion, Demokratische Befreiungsunion) zusammengefaßt ist, ist „die Republik", worunter sie ein bürgerlich-parlamentarisches System westlichen Zuschnitts verstehen, wo die Chancengleichheit für Kapitalisten gegeben ist. Der führende Kopf der UDEL, Pedro Joaquín Chamorro wurde am 10. 1. 1978 ermordet (siehe iz Nr. 68 u. 69). Dieser Mord markiert den Beginn einer Phase, wo die Massen in Nicaragua allmählich aufhören einer bürgerlichen Führung zu folgen und sich selber an sie Spitze des Kampfes setzen. Pedro Joaquin Chamorro war in seinem Auftreten und seinen politischen Zielsetzungen ein Bourgeois, einer der reichsten Männer des Landes, aber sein persönlicher Mut und sein jahrzehntelanger Kampf gegen die Somoza-Diktatur hatten ihm auch bei den Arbeitern und Bauern Nicaraguas große Popularität verschafft, so daß er als der geeignete Mann erschien, die bürgerliche Herrschaft über den Sturz Somozas hinaus zu retten. Nach seinem Tod scheint es in Nicaragua keine politische Kraft mehr zu geben, die in der Lage wäre, den Kampf der Volksmassen zuverlässig im Rahmen bürgerlicher Ziele zu halten.

Zum linken Flügel der kleinbürgerlichen Bewegung gehören „die Zwölf", eine Gruppe von zwölf Intellektuellen, Unternehmern und Pfarrern, die die FSLN unterstützen und die nach der FSLN bestimmt die populärste politische Kraft darstellen. Als sie im Juli trotz Haftbefehl aus dem Exil zurückkehrten und das Land bereisten, versammelten sich bis zu 40.000 Menschen, um sie zu begrüßen.



Eine Massendemonstration in Nicaragua im Januar dieses Jahres, nach der Ermordung des Oppositionspolitikers Chamorro durch die Somoza-Clique

Die FSLN

Die FSLN schließlich, eine Guerillagruppe, die seit fast 20 Jahren den Kampf gegen die Diktatur führt, ist in drei sogenannte „Tendenzen“ gespalten: Die Gruppe „langandauernder Volkskrieg“(GPP, Guerra Popular Prolongada) und die Mitte der 70er Jahre von ihr abgespaltenen zwei Tendenzen, die „proletarische“(TP, Tendencia Proletaria) und die „dritte“ Linie (Terceristas). Alle spektakulären Guerillaaktionen der letzten Zeit wurden von den Terceristas unternommen, während die beiden anderen Tendenzen wenig in Erscheinung treten. Die Bevölkerung betrachtet daher im Allgemeinen die FSLN als eine Einheit und meint damit die Terceristas.

Politisch orientierte sich die FSLN zunächst an der cubanischen Revolution und übernahm aus Cuba das Modell der Focus-Theorie, nach der die objektiven Bedingungen für die Revolution in Lateinamerika gegeben waren, die subjektiven sollten durch den Gureillakrieg geschaffen werden. Diese Strategie führte, wie in fast allen lateinamerikanischen Ländern auch in Nicaragua zu großen Niederlagen. Die FSLN versuchte, aus dieser Erfahrung zu lernen und wurde seit Ende der 60er Jahre auch stark durch das Vorbild der indochinesischen Völker beeinflußt. Sie stellte sich auf einen „langandauernden Volkskrieg“ ein. Obwohl die FSLN schon damals große Popularität genoß, gelang es ihr nicht, die Sympathien des Volkes zum Aufbau einer tragfähigen politischen Massenorganisation zu nutzen. Noch heute sind ihre Verbindungen zu den politischen Organisationen der Massen, vor allem zu den Gewerkschaften, unzulänglich, sie hat hier das Feld oft bürgerlichen Führern oder der revisionistischen KP (Partido Socialista Nicaragüense,PSN) überlassen. (Diese, wie auch alle anderen bisher genannten Parteien, ist verboten. Lediglich die bedeutungslose Konservative Partei darf die Rolle der legalen Opposition spielen).

In der Theorie haben alle Tendenzen der FSLN das Problem der mangelnden Verbindung zu den Massen erkannt, allerdings hat es keine bisher zu lösen vermocht. Das Verdienst der Terceristas besteht ganz sicher darin, daß sie erkannt haben, daß der Zeitpunkt gekommen ist, wo das Regime politisch so weit isoliert ist, daß es einigen kräftigen militärischen Schlägen nicht mehr standzuhalten vermag und daß sie daraufhin seit Oktober 1977 eine militärische Offensive begonnen haben, die alles, was in Nicaragua bisher an Guerillakrieg stattgefunden hat, weit in den Schatten stellt, eine Offensive, deren Erfolg ihnen viele neue Mitglieder aus allen Schichten des Volks zugeführt hat, sogar aus den Reihen des Bourgeoisie-Nachwuchses.

Die anderen Tendenzen glauben, daß der Sturz der Diktatur zum jetzigen Zeitpunkt nur zur Etablierung einer neuen Bourgeoisieherrschaft führen kann, wenn die politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse nicht gewährleistet ist. Obowhl sie jetzt, wo das ganze Volk gegen die Diktatur kämpft, nicht abseits stehen wollen, legen sie mehr Wert auf die politische Arbeit unter den Massen als auf militärische Aktionen.

Insbesondere die proletarische Tendenz wirft den Terceristas Opportunismus vor: Sie versuchten ihre politische Schwäche dadurch zu kompensieren, daß sie Bündnispartner auf der Rechten suchten. Sie leugneten den proletarischen Klassencharakter der FSLN und versuchten den Eindruck zu erwecken, sie stünden über den Klassen. Sie akzeptierten die bürgerliche Demokratie und leugneten die sozialistische Demokratie, während die proletarische Tendenz „sich stolz und laut zum Marxismus-Leninismus bekennt“ (Causa Sandinista, Nov./Dez. 1977, S. 7). Die Terceristas würden sich der politischen Führung durch die Bourgeoisie unterwerfen und über Mittelsmänner mit dem State Department verhandeln.

Inwieweit diese Vorwürfe berechtigt sind, ist schwer zu sagen, fest steht lediglich folgendes: Die gesamte bürgerliche Opposition, einschließlich der Konservativen Partei und der

---

Roque Dalton

O.A.S.

der präsident meines landes
schimpft sich zur zeit oberst fidel sanchez hernandez.
aber general somoza präsident von nicaragua
ist auch präsident meines landes.
und general stroessner präsident von paraguay
ist auch ein bißchen präsident meines landes
aber weniger als der präsident von honduras
also herr lopez arellano und mehr als der präsident
von haiti monsieur duvalier.
aber der präsdent der vereinigten staaten
ist mehr als der präsident meines landes
der wie ich schon sagte sich zur zeit
oberst fidel sanchez hernandez schimpft.

Ins Deutsche übertragen von Peter-Paul Zahl

Roque Dalton ist ein Dichter aus El Salvador. Viele Jahre nahm er an der revolutionären Bewegung seines Landes teil und kam in den Knast. Groteskerweise zerstörte ein Erdbeben dessen Wände, und so konnte er sich den Nachstellungen durch die CIA entziehen.

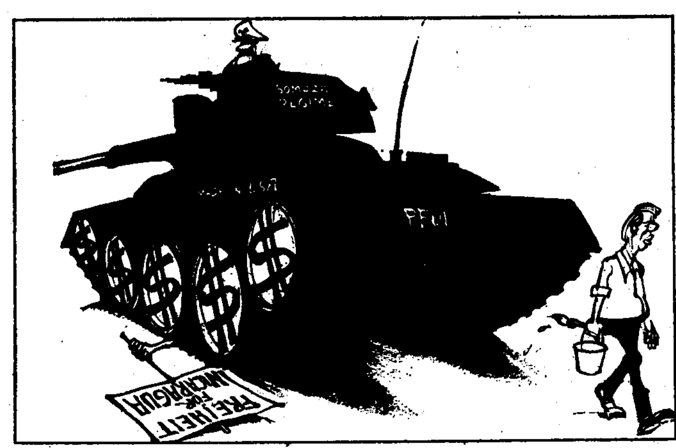
Die Gedichte sind seinem Lyrikband „Kneipe und andere Gedichte“ entnommen, der den Preis *Casa de las Americas* erhielt.

Christlichsozialen, ist seit Mitte 1978 in einer „Breiten Oppositionsfront" (FAO, Frente Amplio Opositor) vereinigt. Die Terceristas haben die Bildung eines solchen Bündnisses lange vorangetrieben und haben sich diesem Bündnis angeschlossen, obwohl sie in ihm nicht die politische Führung innehaben. Sie vertrauen dabei offensichtlich darauf, daß die Zeit für sie arbeitet und daß die Dynamik der Ereignisse der Bourgeoisie einen Kompromiß mit Somoza unmöglich machen und das politische Gewicht der FSLN verstärken wird. Außerdem gehen sie davon aus, daß sie, wenn die Nationalgarde besiegt ist, den einzigen militärischen Machtfaktor im Lande darstellen werden. Vor Augen steht ihnen bei diesem politischen Kalkül wohl der Verlauf des ersten Jahres der cubanischen Revolution, wo die nach dem Sturz Batistas eingesetzte bürgerliche Regierung Urrútia die faktische Entmachtung der Bourgeoisie nicht verhindern konnte. Als es um die Agrarreform zum Interessenkonflikt kam, stand das Rebellenheer, das den einzigen realen Machtfaktor im Lande darstellte, auf der Seite des Volks. Da nutzte es der Bourgeoisie auch nichts mehr, daß sie die Mehrheit der Minister stellen durfte, und die Regierung Urrútia und mit ihr die Bourgeoisie 2) verschwand schon bald in der Versenkung bzw. nach Miami.

Entsprechend diesem politischen Kalkül ist das politische Programm der Terceristas auch nur in zwei Punkten deutlich: Gründliche Säuberung der Nationalgarde und vollständige Enteignung der Somoza-Familie.
Ein Einwand gegen diese Zukunftsvision liegt auf der Hand: Die cubanische Revolution hatte ein Überraschungsmoment auf ihrer Seite. Sowohl die lateinamerikanischen Bourgeoisien als auch das State Department haben inzwischen dazugelernt. Es kann leicht sein, daß die Geschichte, die sich damals wie eine Farce abspielte, sich nun als Tragödie wiederholt. Wenn die Bourgeoisie in Nicaragua heute auf ein Bündnis mit der FSLN eingeht, und die Unternehmerverbände Geiselnahmen mit Beifall begrüßen, so geht die Bourgeoisie dabei von ähnlichen Überlegungen aus wie die Terceristas, kommt aber zu anderen Ergebnissen: Die oppositionelle Bourgeoisie hat nach dem Scheitern des Unternehmerstreiks im Februar 1978 einsehen müssen, daß sie alleine zu schwach ist, um die Diktatur zu stürzen und sieht den militärischen Kampf als notwendig an. Da dieser nicht ohne die FSLN geführt werden kann, ist sie zu einem Bündnis mit der FSLN bereit. Sie vertraut darauf, daß die meist jugendlichen FSLN-Kader nicht in der Lage sein werden, ihr die politische Führung streitig zu machen. Das Ergebnis des Siegs im Kampf gegen Somoza wünscht sich die oppositionelle Bourgeoisie so, daß sie die Regierenden stellt, und die FSLN die Toten. Sie hofft, daß es möglich sein wird, den Diktator als Einzelperson in die Wüste zu schicken und mit Teilen seines Clans und Teilen der Nationalgarde zu einer Einigung zu



kommen. Daher propagieren jetzt Teile der oppositionellen Bourgeoisie die Einstellung des Kampfes zugunsten einer „Nationalen Regierung", d.h. einer gemeinsamen Regierung der oppositionellen Bourgeoisie mit verständigungsbereiten Teilen des Somoza-Clans – ohne Somoza, aber wenn es sein muß mit einer ungefährlichen Minderheitsbeteiligung der FSLN. Wenn alles nichts hilft, und es zu einer offenen Konfrontation zwischen der oppositionellen Bourgeoisie und der FSLN kommt, hofft sie auf die Unterstützung der USA. Bis jetzt hat die oppositionelle Bourgeoisie nichts unternommen, ohne die USA vorher zu fragen, obwohl die Regierung Carter an ihrer Unterstützung für Somoza keinen Zweifel mehr läßt.



Engagierter Menschenrechtler

Somoza selbst versucht, das Spekulieren auf eine friedliche Lösung lächerlich zu machen, indem er sich selbst als das letzte Bollwerk gegen den Kommunismus darstellt: „Wenn ich gehe, geht mein Apparat mit mir."

Der „Streik der Unternehmer" aus der Sicht der FSLN

Zur Beschreibung der politischen Ausgangssituation zur Zeit des „Nationalstreiks" vom Februar 1978 zitiere ich einen Auszug aus einer Analyse der FSLN (Terceristas) erschienen in: ‚Boletin Informativo' Nr. 3 Jan./Febr. 1978:

„DER NATIONALE STREIK UND DIE VOLKSKÄMPFE

Am 31. Dezember 1977 schrieb die UDEL in einem Communique, dessen Titel war: UDEL '78, Jahr des Triumphes': ‚Das Ziel der UDEL ist, die Demokratisierung Nicaraguas zu erreichen und die dynastische Diktatur auszulöschen. Wir wollen die Republik wieder einsetzen und eine tiefgreifende wirtschaftlich-soziale Reform durchführen, wo die Freiheit und der ideologische Pluralismus uneingeschränkt respektiert werden'.
Das ist Klartext: Es sollte das Jahr werden, wo die bürgerliche Opposition versuchen würde, die Regierung zu übernehmen, wie sie sagen durch friedlichen Druck und Widerstand. Auf dieser Linie drückten ihre offiziellen Sprecher ihr Vertrauen in die Politik der ‚Menschenrechte' aus und hoben Erklärungen des Sicherheitsbeauftragten der Regierung Carter, Brzezinski, hervor, der in einem Artikel schrieb: ‚... Präsident Carter wünscht, daß die Vereinigten Staaten Anteil nehmen an dem, was er einen weltweiten Wunsch nach politischer und sozialer Gleichheit nennt, und er möchte bei der Verbesserung der Weltgesellschaft helfen.'

Gerade als sie sich anschickten, sozusagen in die Zielgerade einzubiegen auf dem Weg zum Sturz von Anastasio Somoza, kam ihnen die Ermordung des Publizisten Pedro Joaquín Chamorro dazwischen, ein Ereignis, das sie dazu zwang, die Verwirklichung ihrer Pläne zu beschleunigen, vor allem den von den Unternehmern unterstützten Nationalstreik. Das heißt, der Nationalstreik wäre auch so gekommen, unabhängig von Chamorros Ermordung, aber Chamorros Ermordung hat ihn beschleunigt. Bisher hatte die Bourgeoisie keinen Märtyrer gehabt, keine Fahne, die sie gegen den Diktator entfalten konnte. Jetzt war das anders, und mit Hilfe der von ihnen kontrollierten Kommunikationsmittel beeilten sie sich, diese Fahne zu hissen.

Der Nationale Streik brach am 23. Januar aus mit der Forderung „Gerechtigkeit!" und dem Motto: „Nationaler Streik bis die Ermordung Chamorros aufgeklärt ist!"
Die Taktik der UDEL war deutlich, wenn sie auch nicht offen ausgesprochen wurde: Man wollte die Volksmassen demobilisieren und die Stoßkraft der revolutionären Avantgarde, der FSLN, neutralisieren. Wenn sie diese Ziele erreichten, konnten sie, wenn es nach ihnen ginge, den Diktator absetzen und zugleich ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen als Klasse sicherstellen. Daher waren ihre Parolen – „Nein zur Gewalt" – „Ziviler Streik" – „Friedlicher Widerstand" – „Bleibt zu Hause" – nicht zufällig. Auf der anderen Seite zwang dieser Unternehmerstreik die Arbeiter zunächst dazu, zu Hause zu bleiben. Sie wurden bezahlt und waren zersplittert (man zahlte ihnen den Lohn für eine Woche – eine Art bezahlter Ferien).

Die FSLN rief von Anfang an dazu auf, den Nationalen Streik zu einem Volksstreik zu machen. Wenn auch die Haltung der UDEL insofern fortschrittlich war, als sie gegen Somoza gerichtet war, war es doch nötig, die Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Ausschüssen der Stadtviertel und Gemeinden zu versammeln, um die Situation zu diskutieren und sich darauf vorzubereiten, die bürgerlichen Parolen durch Parolen des Volkes zu ersetzen, genauso wie die Kampfformen.

Am 24. Januar forderte UDEL den Rücktritt des Diktators ... Am 26. forderten die Unternehmerverbände .. „den Herrn Präsidenten der Republik" dazu auf, „uneigennützig und gründlich über das verfassungsmäßige Mittel nachzudenken, das geeignet sei, dem Land ein dauerhaftes Klima des Friedens zu geben auf der Grundlage der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Demokratie". Die Kirche ließ am 27. verlauten, „daß sie es bedaure, daß die Anstrengung, die man da unternehme, sich auf eine Auseinandersetzung zwischen den Mächtigen beschränke, während die große Mehrheit der Besitzlosen übergangen werde und ihre Situation unverändert bliebe". Damit bekennt sich die Kirche Nicaraguas als soziale Gruppe zu der Notwendigkeit, das Elend und die Unterdrückung der „Besitzlosen" zu beseitigen, eine Forderung, die über den bloßen Rücktritt des Diktators hinausgeht.



Aufstand in Subtiava
die indianischen Einwohner patrouillieren in den Straßen

Die unmittelbare Antwort der Diktatur auf diese Versuche, Druck auszuüben, war klar: „Ich gehe nicht, und ich werde auch nicht gegangen", sagte Somoza und unterstrich diese Erklärungen mit einer gründlichen Unterdrückungskampagne gegen alle friedlichen Demonstrationen. Die Volksmassen, die die UDEL bei manchen Gelegenheiten schüchtern mobilisiert hatte, wurden von der Nationalgarde brutal zurückgeschlagen ...

Die politische Praxis zeigte, daß die FSLN richtig definiert hatte, wer der Hauptfeind in dieser Etappe ist. In dieser Etappe müssen alle Kräfte der Gesellschaft auf den revolutionären Sturz der Somoza-Diktatur und die Errichtung einer revolutionären demokratischen Volksregierung gerichtet sein. Die Geschichte zeigt uns, daß die friedlichen Wege



nur dazu führen, daß das Volk abgeschlachtet wird und daß wir nur durch den bewaffneten Aufstand des Volkes unsere unmittelbaren Ziele erreichen können. Der schwere „Irrtum" der UDEL und der bürgerlichen Opposition (der Unternehmerschaft und einiger Verbände) ist ihre Gleichsetzung von Diktator und Diktatur. Sie glauben, daß die Diktatur zu Ende ist, wenn sie den Diktator absetzen und daß danach eine bürgerlich-demokratische Periode käme.

Kurzgefaßt können wir sagen, daß die Wurzeln der Diktatur in unserem Land tief sind, daß die Diktatur nicht der Diktator ist, sondern eine Herrschaftsform, deren Repressionsapparat in der Nationalgarde konzentriert ist. Wenn man die Sache so angeht wie UDEL, wird sich die Diktatur auch ohne den Diktator halten. Von Somoza den Rücktritt zu verlangen, heißt den „Rücktritt" einer Unzahl von Mördern, Schergen, Verbrechern usw. zu verlangen, die einen Bestandteil der Diktatur bilden, heißt den Rücktritt der „Militärbourgeoisie" zu verlangen, die ihr Kapital im Schutz der Diktatur angehäuft hat, die ihre Verschwendung und ihren Luxus im Schutz der Diktatur aufrechterhält, und die sich an der Macht hält im Schutz der totalen Unterdrückung des Volkes von Nicaragua durch die Nationalgarde.

Mit anderen Worten, die Somoza-Diktatur kann man nicht absetzen, sie muß durch die Revolution zerstört werden. UDEL's Versuch, das Volk zu demoralisieren, konnte das Volk bei seinem Vormarsch nicht beirren. Die Parolen gegen Somoza wurden in Parolen gegen die Diktatur verwandelt. In allen Departments des Landes gab es Demonstrationen und Straßenkämpfe . . . Die revolutionäre Parole: verwandeln wir den „Streik mit verschränkten Armen" in einen „Streik mit bewaffneten Armen", die von unserer Organisation ausgegeben wurde, wurde von den Volksmassen akzeptiert . . .

Die Kämpfe in verschiedenen Stadtvierteln Managuas, in Masaya, Matagalpa und allen anderen Städten des Landes zeigen, daß das Volk genug hat und die soziopolitischen Bedingungen für den nationalen Endkampf gegen die Somoza-Diktatur reifen. Nicht zufällig erklärte der Erzbischof von Managua Msgr. Miquel Obando y Bravo am 9. Februar, daß „der kollektive bewaffnete Widerstand berechtigt ist, wenn drei Bedingungen erfüllt sind: 1. das Bestehen einer offenkundigen und sehr schwerwiegenden Ungerechtigkeit, die zur Selbstverteidigung zwingt, 2. Vollständiges Scheitern aller konkreten Möglichkeiten einer friedlichen Lösung, 3. muß der bewaffnete Kampf nachweislich weniger Unglück mit sich bringen als die Ungerechtigkeit, die ihn ausgelöst hat" (FSLN-Auslandskommission, irgendwo in Nicaragua, Februar 1978).

Die oppositionelle Bourgeoisie hatte offensichtlich geglaubt, der Nationalstreik im Januar/Februar werde die Diktatur stürzen können. Als sich dies als unrealistisch erwies und sich außerdem zeigte, daß der Streik dazu führte, daß die Masse des ausgebeuteten Volkes sich für ihre eigenen Ziele zu mobilisieren begann, blies die oppositionelle Bourgeoisie zum Rückzug. Das Dilemma, dem sie sich auf einmal gegenübersah, inspirierte Somoza zu hämischen Kommentaren: er verglich seine bürgerlichen Gegner mit Affen, die auf einen zu hohen Baum geklettert sind und nun nicht mehr wissen, wie sie wieder herunter kommen sollen.

Die USA, die den Streik zu Beginn unterstützt hatten, erkannten bald die Gefahr einer politisch selbständigen Massenbewegung und drängten die Opposition, den Streik abzubrechen. Seither unterstützen die USA Somoza immer offener. Der US-Botschafter in Nicaragua erklärte am 18. 2., die Militärhilfe für Somoza werde nicht eingestellt.
Die nach dem Streik beginnende Phase des Kampfes zeichnete sich durch spontane Massenaufstände aus, die nicht mehr unter der Kontrolle der oppositionellen Bourgeoisie standen. Einzelne von Indianern bewohnte Stadtteile wie Monimbó in Masaya und Subtiava in León traten dabei besonders hervor. Diese Indianergemeinden verfügen noch über vorindustrielle Kommunikationsstrukturen und einen engen sozialen Zusammenhalt, der es ihnen erlaubt, sich wie ein Mann zu erheben. Ein Großteil von ihnen lebt von indianischem Kunsthandwerk, unter anderem stellen sie Knallbonbons und Feuerwerkskörper für den Karneval her und haben daher große Erfahrung mit Explosionsstoffen. Der Widerstand konnte nur durch die Bombardierung ganzer Stadtviertel gebrochen werden.

Obwohl es inzwischen in fast allen Städten Nicaraguas vergleichbare Aufstände gegeben hat, blieben sie oft isoliert voneinander und konnten nacheinander von der Nationalgarde niedergewalzt werden. Die Aufstände blieben spontan und desorganisiert. Die massenhafte Mobilisierung der Bauern und Arbeiter gegen Somoza scheint auch dadurch erschwert worden zu sein, daß selten ökonomische Forderungen erhoben wurden, die geeignet gewesen wären, den Wunsch dieser Klassen nach Behebung ihrer materiellen Notlage zu artikulieren. Die FSLN beschränkte sich oft mit Rücksicht auf ihre bürgerlichen Bündnispartner auf rein demokratische Forderungen, die für die Masse des Volkes abstrakt bleiben.

Dennoch nahm der Massenkampf im Sommer wieder einen großen Aufschwung. Das spektakulärste Ereignis dieser Phase war die Besetzung des Nationalpalastes in Managua durch ein Kommando der FSLN am 23. August, wobei einige führende Vertreter des Regimes in ihre Gefangenschaft gerieten.

Die Aktion wurde vom ganzen Volk mit Beifall aufgenommen. Außer den Repräsentanten der Diktatur gerieten dabei auch mehrere hundert Staatsangestellte und zufällige Besucher des Nationalpalastes in die Gefangenschaft der FSLN.

NICARAGUA Strukturdaten

Staatsfläche: Schätzungen variieren zwischen 130.000 und 148.000 qkm, die Landfläche (ohne Seen) beträgt 118.358 qkm.
Bevölkerung 1975: 2,318 Mio. Einwohner.
Bevölkerungsdichte 1975: 17,9 je qkm
Bevölkerungszuwachs: jährlich 3,3% (Durchschnitt 1970-75)
Hauptstadt: Managua (1971: 504.000 Einwohner)
Urbanisierungsgrad: (in Städten über 20.000 Einwohner)
1960: 21,2% 1975: 35,2%
Durchschnittliche Lebenserwartung: 52,9 Jahre (1970-75)
Alphabetisierungsrate: 58% (1971)
Währung: Cordoba (CS), 1 US-Dollar – 7,0 CS.

Anteil einzelner Sektoren am BIP 1975:

Sektor	Anteil
Landwirtschaft	26,8%
Verarbeitende Industrie	20,0%
Dienstleistungen	49,7%
Bergbau und Baugewerbe	3,5%

Wichtigste Exportprodukte und ihr Anteil am Gesamtexport 1975:

Produkt	Anteil
Baumwolle	25,5%
Kaffee	12,8%
Zucker	11,3%
Fleisch	7,2%

Handelsbilanz: (in Mio. US-Dollar)

	1975	1976
Ausfuhr (fob)	375	510
Einfuhr (fob)	470	420
Dienstleistungen	- 41	- 37
Saldo	-136	+53

Anteil der Exporte in die Länder des MCCA am Gesamtexport:

1960	1968	1970	1975	in Mio US S
4,3%	13,8%	22,9%	23,8%	89,3

Wachstumsrate der Industrieproduktion:
1973: 1,8% 1974: 9,4% 1975: 0,6%

Deutsche Investitionen am 30. 6. 1976: 5,3 Mio DM.
Inflationsrate: 1974: 18% 1975: 12%
Öffentliche Auslandsschulden: 714,2 Mio US-Dollar (Ende Okt. 1976)

Diese Leute hatten von den Guerilleros nichts zu fürchten. Die oppositionelle Zeitung LA PRENSA zitierte noch während die Aktion lief zustimmend Äußerungen der Guerilleros, die sich gegen die Bildung einer „Nationalen Regierung" aussprachen, weil diese Lösung auf einen Somozismus ohne Somoza und auf die Beibehaltung des Unterdrückungsapparates hinauslaufe. Die Zeitung berichtete, daß auch die große Mehrheit der Menschen im Nationalpalast diese Äußerungen mit zustimmendem Beifall begrüßt habe.

Somoza mußte nachgeben und erklärte sich bereit, die Forderungen der FSLN im Wesentlichen zu erfüllen: Freilassung von 59 politischen Gefangenen, darunter zahlreiche Kämpfer der FSLN, Veröffentlichung einer einstündigen Erklärung der FSLN in allen Massenmedien, sowie die Zahlung von 500 000 US-Dollars. 35 politische Gefangene, deren Freilassung ebenfalls gefordert wurde, waren bereits von der Diktatur ermordet worden.

Am 25. August fuhren die Guerilleros, begleitet von drei Bischöfen und den Botschaftern Costa Ricas und Panamas zu dem 15 Kilometer entfernten Flugplatz. Tausende von Einwohnern Managuas standen am Straßenrand und riefen: „Nieder mit Somoza!" oder „Viva Sandinistas". Nach dieser Aktion wurde von der gesamten Opposition der „Generalstreik bis zum Ende der Diktatur" ausgerufen, der bis heute anhält. Es gelang dem Widerstand, mehrere der großen Städte zu erobern und sie zu „befreiten Gebieten" zu erklären. Zwar konnte die Nationalgarde León und Masaya zurückerobern, aber nur nachdem sie erklärt hatte: „auf Zivilisten könne keine Rücksicht genommen werden" (SZ 16./17. 9. 78) und ganze Stadtviertel in Schutt und Asche legte. Es hat sich gezeigt, daß der Widerstand wieder erwacht, sobald die Nationalgarde abzieht, um sich einem neuen Krisenherd zuzuwenden. Spaltungen und Desertionen in der Nationalgarde können unter diesen Umständen nicht ausbleiben. Somoza sah sich erst neulich veranlaßt, die Nationalgarde per Radio dazu aufzufordern, „sich nicht von den Erklärungen der Aufständischen verwirren zu lassen" (NZZ 13. 9. 78).

Ohne direktes Eingreifen der USA wird sich Somoza nicht mehr lange halten können. Carter hat ihm bereits den Rükken gestärkt, in dem er ihm im Juli in einem persönlichen Brief bescheinigte, daß sich die Situation der Menschenrechte in Nicaragua „spürbar gebessert" habe. (SZ v. 25. 8. 78). Das weitere bleibt abzuwarten.

cn

Anmerkungen:

1) Adolfo Gilly: ‚La crisis en Nicaragua y la politica de la clase obrera' in „Nicaragua – la crisis de la dictadura", Mexico D.F. 1978, S. 16.
2) Die Frage, ob es in Cuba inzwischen eine neue Bourgeoisie gibt, muß hier leider unberücksichtigt bleiben.

Unterrichtsmaterial: Nicaragua

Die Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung/Dritte Welt Lehrerinitiative wird im Oktober im Rahmen ihrer Loseblattsammlung mit Unterrichtsmaterial über die Dritte Welt (siehe ‚blätter des iz3w' Nr. 69, S. 53) eine Lieferung (ca. 25 S.) mit dem Thema: ‚Nicaragua – Unterdrückung und Widerstand' herausbringen. Die Lieferung enthält unter anderem wirtschaftliche Strukturdaten, einen geschichtlichen Abriß, Berichte von Bauern über die Menschenrechtsverletzungen, Texte des Widerstands, sowie Material zur Entwicklungshilfe der BRD und zur Haltung der USA.
Bestellungen/Kontaktadresse:
Christian Neven-du Mont
Elsässerstr. 43
78 Freiburg
Preis: DM 2,–



Broschüren über Nicaragua:

(Rezensionen siehe „blätter des iz3w" Nr. 69, S. 55)
Endet das Schweigen! – 45 Jahre Diktatur in Nicaragua (62 S.)
Bezug: Büro Nicaragua, c/o Angelika Pappe, Ravensburger Str. 149, 56 Wuppertal
Preis: DM 2,50

Nicaragua (33 S.)
Bezug: Gabi Schmitz und Petra Ebeling, Ostertorsteinweg 70/71, 28 Bremen
Solidaritätspreis: DM 3,– (DM 2,50 gehen nach Nicaragua)

Zeugenaussage: Unterdrückung in Nicaragua

Vorbemerkung: Das Ausmaß der Unterdrückung, der besonders die Landbevölkerung Nicaraguas seit Jahren ausgesetzt ist, wurde durch eine umfangreiche Dokumentation deutlich, die die nicaraguanische Menschenrechtskommission im Januar herausgab. Wir veröffentlichen hier eine der Zeugenaussagen:

Bericht einer Bäuerin

An Herrn J.E. Gonzalez Rappacioli, Vorsitzender der Menschenrechtskommission von Nicaragua.

Ich bin Cecilia Zapata de Urbina, Hausfrau aus Rancho Grande, Bezirk Matagalpa. Ich wende mich an Sie als Ehefrau von Bernardo Urbina Sevilla, mit dem ich drei Kinder habe und der jetzt in Gefangenschaft ist.

Im August 1975, als wir in Cuscawás (Bezirk Matagalpa) wohnten, war es so, daß oft Patrouillen der Nationalgarde vorbeikamen, die die Bauern gefangennahmen und sie schlugen. Einige brachten sie auch um, zum Beispiel unseren Nachbarn, Herrn Expectación Guillén, der von einer Militärpatrouille in seinem eigenen Haus umgebracht wurde, zusammen mit seiner Nichte, deren Namen ich nicht mehr weiß. Wegen diesem Terror, dem wir in Cuscawás ausgesetzt waren, beschloß mein Mann, sich auf einer Hazienda Arbeit zu suchen, um möglichst weit weg von unserer Wohnung zu sein. Er hatte vor, zurückzukommen, wenn die Situation sich gebessert hätte. Das war ungefähr am 15. August.

Ungefähr drei Tage später kam die Patrouille „El Machete" in mein Haus. Sie wurde so genannt, weil sie von einem Offizier geführt wurde, der „Hauptmann Machete" genannt wurde. Sie kamen, um meinen Mann zu suchen, den sie beschuldigten, die Befreiungsfront zu unterstützen, was überhaupt nicht stimmte. Sie sagten mir, daß sie am nächsten Tag zurückkommen würden und wenn sie mich dann noch im Haus fänden, würden sie mich mit dem ganzen Haus und meinen drei Kindern verbrennen. Ich hatte niemanden, der mir hätte helfen können, weil alle Verwandten meines Mannes schon aus dem gleichen Grund geflohen waren. Wegen der Drohungen der Garde ging ich am nächsten Tag ganz früh mit meinen Kindern weg und ließ alles zurück, was wir besaßen: unter anderem eine Maismühle, ein Gerät um das Fruchtfleisch von Kaffeekirschen abzuquetschen, alles mögliche Werkzeug und Arbeitsgerät, Möbel und fast alle Kleider, denn zwei von meinen Kindern sind noch so klein, daß ich sie tragen mußte, und so konnte ich nur ganz wenig Kleider mitnehmen. Außerdem mußte ich unsere Haustiere zurücklassen, 30 Hühner und zwei kleine Schweine.

Ich ging zu meinem Vater, Modesto Zapata, der in Caño Blanco wohnt. Von da mußten wir am 20. Mai 1976 fliehen, denn in dieser Gegend konnte man nicht mehr leben, wegen der Bedrohung durch die Nationalgarde, die viele Bauern gefangennahm und verschwinden ließ. Während dieser ganzen Zeit wußte ich nicht, wo mein Mann geblieben war, bis ich eine Meldung der Nationalgarde im Radio hörte, wo es hieß, daß mein Mann Ende November festgenommen worden sei. Wie jedermann in Nicaragua weiß, wurde mein Mann am 28. November der Presse vorgeführt. Seither hat man nie wieder etwas von ihm gehört; ich weiß auch nicht, wo man ihn gefangenhält und er ist keinem Gericht vorgeführt worden, wie das Gesetz es vorschreibt.

Deshalb, Herr Vorsitzender, möchte ich die Menschenrechtskommission bitten, mir bei der Suche nach meinem Mann zu helfen, außerdem bitte ich Sie um juristischen Beistand, damit mein Mann freigelassen wird, oder, falls er wegen irgend etwas angeklagt ist, daß man ihn vor ein ordentliches Gericht stellt. Ich bin eine arme Bäuerin, meine drei kleinen Kinder und ich brauchen unseren lieben Bernardo, und mit Gottvertrauen hoffe ich darauf, daß er bald zu uns zurückkommen kann.

Managua, 4. 1. 78 Unterschrift



„Helfen Sie der Sache der Befreiung in Nicaragua"

Folgenden Aufruf richtete der nicaraguanische Geistliche Ernesto Cardenal, der in Costa Rica lebt, an die Christen in Deutschland. Cardenal ist Anhänger der Sandinistischen Befreiungsfront.

An die Priester und Pfarrer in Deutschland
An die Gemeinden

13. September 1978

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Brüder und Schwestern.

Ich richte an Sie diesen Brief mit Hilfe meiner Freunde in Deutschland, die wissen, in welcher ernsten Lage meine Heimat Nicaragua in diesen Tagen ist. Sie selbst werden aus den Nachrichten davon erfahren haben, daß das nicaraguanische Volk seine Freiheit will vom Joch der Unterdrückung eines Diktators und seiner Helfer, die in unvorstellbarer Grausamkeit Kinder, Frauen und Männer verfolgen, foltern und morden.

In den Reihen des Widerstandes stehen Christen. Die nicaraguanische Kirche hat sich eindeutig auf die Seite der Gerechtigkeit gestellt. Sie tut das in der Überzeugung, daß das Evangelium die Botschaft von der Befreiung des Menschen ist. Wir fühlen uns in unserem Handeln Pater Delp und Pastor Bonhoeffer verbunden, die in Ihrem Land gegen die Ungerechtigkeit aufgestanden sind und den Tod nicht fürchteten, weil sie das Leben wollten.

General Somoza in Nicaragua verfügt über starkes Militär und Unterstützung anderer Diktaturen in Lateinamerika. Auch die USA haben aus unverständlichen Gründen im Falle Nicaraguas mit ihrer Menschenrechtspolitik nicht ernst gemacht.

Gegen diese Übermacht droht der Widerstand unseres Volkes zusammenzubrechen. Unsere Mittel reichen nicht mehr aus, Waisen, Witwen, Verwundete und die Familien der Gefangenen in Somozas Konzentrationslagern zu versorgen. Für sie brauchen wir dringend Überlebenshilfe.

Für diese Zwecke und für ärztliche Versorgung unserer Brüder brauchen wir jetzt Mittel. Denn es sind die Wochen der Entscheidung, die für ganz Lateinamerika wichtig sein werden.

Darum bitte ich Sie: Helfen Sie der Sache der Befreiung in Nicaragua. Tausende Christen, darunter hunderte Priester beider Konfessionen, haben alles, was sie hatten, und oft ihr Leben für diese Sache gegeben. Nun hoffen wir auf Sie und Ihre Brüderlichkeit.

Geben Sie diese Bitte auch Ihren Gemeinden zur Kenntnis und helfen Sie, daß jeder, der die Befreiung Nicaraguas will, einen Weg dazu findet. Helfen Sie, daß Bereitschaft zur Hilfe nicht an der Trägheit der Herzen scheitert. „Was ihr einem der Geringsten unter meinen Brüdern getan habt, das habt ihr mir getan." (Matthäus 25, 40)

Ich bitte Sie, unser Evangelium, das die Befreiung der Menschen zum Inhalt hat, ernst zu nehmen. Und beten Sie für die Kämpfenden in Nicaragua.

Wer mich kennt, weiß, daß ich nichts für mich will, und bereit bin, für die Sache der Armen zu sterben, die die Sache Christi ist.

Mit einer brüderlichen Umarmung

Ernesto Cardenal (im Exil in Costa Rica)

Auf der Grundlage dieses Briefes wurden auf dem Katholikentag in Freiburg (13. – 17. 9.) 9.500 DM gesammelt, ca. 4.500 Katholikentagsbesucher gaben ihre Unterschrift unter einen Brief an Bundesaußenminister Genscher (in dem unter anderem die Einstellung der Entwicklungshilfe an das Somoza-Regime gefordert wird).

Als Solidaritätsaufgaben für die nächsten Wochen stehen an:

- mit Unterschriftsaktionen Druck auf die Bundesregierung auszuüben, ihre Unterstützung für das Somoza-Regime einzustellen,
- in Schreiben an die US-Botschaft in Bonn ebenfalls die Einstellung der US-Unterstützung an Somoza zu fordern
- materielle Hilfe im Sinne des Briefs von Ernesto Cardenal zu organisieren.

Das „Büro Nicaragua", Ravensburgerstr. 149, 5600 Wuppertal 1,

- verfügt über ausführliche Informationen zu Nicaragua, die dort bestellt werden können,
- schickt auf Anfrage Unterschriftenlisten und -karten zu,
- verfügt über ein Konto (Nr. 9902768 bei der Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00)), auf das Spenden für Nicaragua überwiesen werden können.

BRASILIEN

Staudammbau in Brasilien – Auswirkungen eines Umsiedlungs- und Entwicklungsprojekts auf die Bevölkerung

Der folgende Artikel ist das Ergebnis eines ASA-Studienaufenthaltes im Sommer 1977 in einer der ärmsten Regionen des brasilianischen Nordostens, in dem sich zur Zeit ein gigantischer Staudamm im Bau befindet.
Das Zentrum der Staudammarbeiten liegt in der Stadt Sobradinho am Fluß Sao Francisco. Sobradinho liegt im Staat Bahia, etwa 700 km nordwestlich von der Hauptstadt Bahias, Salvador.
Der Staudamm ist Bestandteil der brasilianischen Energie- und Entwicklungspolitik für den Nordosten und wird unter der Schirmherrschaft der Zentralregierung und der internationalen Finanzierungsbanken (Weltbank und Interamerikanische Entwicklungsbank) durchgeführt.
Unmittelbare Aufgabe des Staudamms ist
– die Deckung des Energiebedarfs der petrochemischen Industrie bei Camacari (westlich von Salvador) und
– der Ausgleich des Flußniveaus in Trockenperioden und Regenzeiten; Sicherstellung konstanter Wassermengen für die Energieerzeugung bei denPaulo-Alfonso-Fällen.

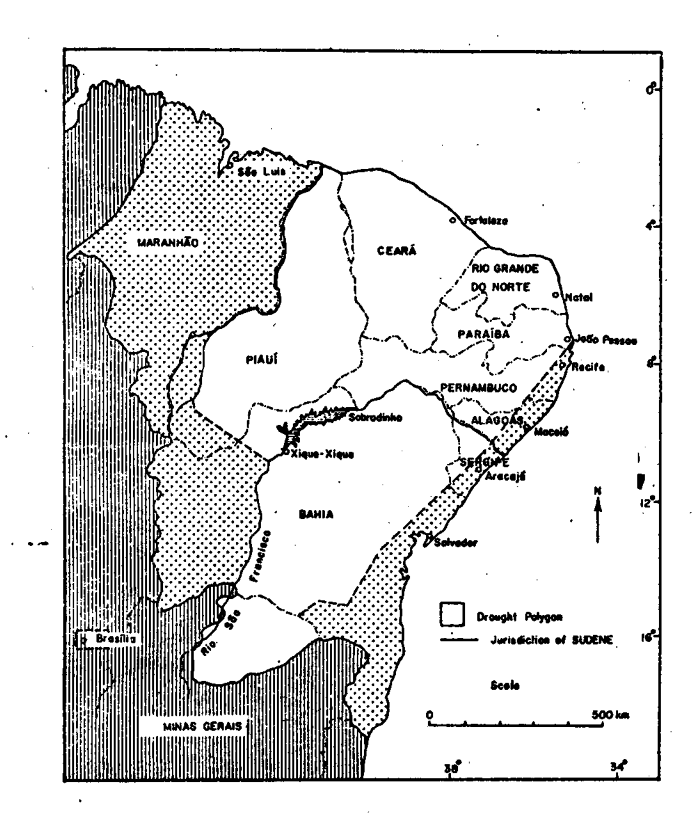
Der Damm sollte bis März 1978 die volle geplante Wassermenge stauen und etwa bis 1980 die Elektrizitätserzeugung aufnehmen.
Durch die Entstehung des 4.200 km^2 großen Stausees wurden 65.000 Menschen vertrieben, die an den Ufern des Flusses und auf Inseln gelebt hatten. Dieser meist ländlichen Bevölkerung wurden drei Siedlungsalternativen angeboten:
A. Neuansiedlung in der Caatinga (= nordostbrasilianische Trockensteppe) am Rand des zukünftigen Stausees;
B. Ansiedlung im Projekt PEC-SR (= Projeto Especial de Colonizaçao da Serra Ramalho) ca. 700 km südlich von sobradinho. Hier werden ländliche Siedlungen, die sog. Agrovilas, als Alternativen für die Bewohner des Stauseegebietes aufgebaut, wo sie die überschwemmten Ländereien verlassen müssen;
C. Abwanderung in irgendwelche Regionen mit Arbeitsmöglichkeiten. (1)

Die ersten Umsiedlungsmaßnahmen wurden 1972 begonnen. Die CHESF (= Compania Hidroeletrica do Sao Francisco, elektrizitätsgesellschaft) ist als Trägerin des Staudammprojektes auch verantwortlich für die Umsiedlungen. Nachdem 1971 der Bauplan abgeschlossen worden war und im Juni 1973 die Bauarbeiten begannen, hatte die CHESF 1972 die ersten Maßnahmen begonnen, d.h. Schätzung und Enteignung des Landes, um die Bevölkerung zu evakuieren. Zu diesen Maßnahmen gehören:
– Abgrenzung neuer Häuserparzellen und Felder, deren Größe abhängig ist von der Bodenqualität und dem Arbeitskräftepotential der enteigneten Familien; als Mindestmaß waren 2,0 bis 6,0 Hektar vorgesehen.
– Bereitstellung von LKWs für den Transport in die neuen Dörfer.
– Bau von Wasserbehältern für die Siedlungen in der Caatinga und täglicher Wassertransport vom Fluß in die Dörfer, bis der See sein errechnetes Niveau erreicht hat.
– Entschädigung für die überschwemmten Häuser.
– Bau von Kirchen und Schulen.
– Entschädigungen für die Felder und die angebauten Produkte nach Kalkulationen der CHESF. Zahlung von 55 Cr$ (= 7,– DM) für jeden Hektar gerodeten Landes (2).

Die hier aufgeführten Maßnahmen beziehen sich vor allem auf eine Umsiedlung an den Rand des Stausees. Bewohnern, die es vorzogen, abzuwandern, wurden die Entschädigungen und eine Fahrkarte an den Ort ihrer Wahl ausgehändigt. Für die Bauern in den Agrovilas (vgl. oben B.) gibt es speziellere Bedingungen innerhalb des Projektes.
Im August/September 1977, als wir die Stauseeregion sahen, befand sich die Mehrheit der Anwohner in neuen Siedlungen, die jedoch in der geringeren Anzahl fertiggestellt waren.

Die Lebensbedingungen der Landbevölkerung im Projektgebiet

Von 202 Familien, die im Auftrag der CHESF befragt wurden, waren 33 % Eigentümer oder Teilhaber eines größeren Besitzes, 67 % bearbeiteten Land gegen Pachtzahlungen oder Dienstleistungen.
Die Landwirtschaft bei Sobradinho unterscheidet sich von der im übrigen Nordosten nicht: sie ist gekennzeichnet durch eine Ökonomie der unvollständigen Subsistenz. Die Familien sind nicht ausgerichtet auf eine einzige Produktionsrichtung; die Bauern sind Ackerbauern, Viehzüchter, Holzfäller, Fischer, in manchen Fällen Tischler, Müller (für Mandioca-Mehl), Jäger, Händler in einer Person. Trotzdem fehlt ihnen in ihrer Subsistenz die vollkommene Autonomie: sie haben Abgaben, Steuern, Reparaturen, Arztbesuche, Schulmaterial usw. in Geld zu zahlen. Es besteht also seit langem die Notwendigkeit, Geld zu beschaffen. Und



Lage des zukünftigen Sees

daran kommt man nur, wenn man als Anbieter in den kommerziellen Markt steigt, indem man über den eigenen Bedarf hinaus produziert und damit Marktproduzent und -teilnehmer wird. In der Region von Sobradinho wurde von den Kleinbauern als cash-crop (Marktfrucht) Zwiebeln, Mamona (kürbisähnliche Frucht) und Baumwolle angebaut und auf lokalen sowie überlokalen Märkten abgesetzt. Dieser Absatz funktioniert aber nur über den Zwischenhandel, da die Bauern nicht über Transportmittel verfügen; Ausnahmen bildet dabei immer noch der lokale Verkauf, den die Produzenten über die Wasserstraße des Sao Francisco abwickeln können. Der Fluß hat somit nicht nur eine wichtige Rolle als Nahrungslieferant an Fischen, sondern auch als Transport- und Kommunikationsmittel.
Die Existenzgrundlage der Familien am Fluß wird hauptsächlich mit vier Produktionsrichtungen bestritten: Ackerbau, extensiver Viehzucht, Fischfang und Jagd.
Die Inseln und Flußstreifen gehörten offiziell dem Ministerio da Marinha, das sie der Verwaltung der Munizipialprefeituras unterstellt hat. Vor der Enteignung durch die CHESF war das Land zum größten Teil als Privatbesitz deklariert worden, entweder von Großgrundbesitzern oder von Kleinbauernfamilien. Obwohl die Mehrheit der Bauern ins Grundbuch eingetragen war und Steuern zahlte, waren die wenigsten im Besitz der Eigentumsurkunde. Mit der Vergabe der neuen Felder führte die CHESF die Urkunden ein, und zwar zu einem Zeitpunkt, zu dem sie sich aus der weiteren Verpflichtung und Betreuung der Dörfer entbinden will.
Die Wichtigkeit der Inseln für die Wirtschaft im Flußgebiet wird durch statistische Angaben demonstriert, nach denen 40 % der Bevölkerung ausschließlich Inselland bearbeiten, weitere 40 % gleichzeitig Felder an den Ufern und in der Caatinga und auf den Inseln. (3) Der Grund für die gleichzeitige Bewirtschaftung mehrerer Orte liegt in der Teilung des fruchtbaren Bodens, bei dem die kleinsten Parzellen für den Unterhalt einer Familie nicht mehr ausreichen. Auf der anderen Seite können diese Böden am Fluß bzw. auf den Inseln nicht ganz aufgegeben werden, da die Caatinga auch keine Bedingungen für die Versorgung einer Familie besitzt.
Gerade diese fruchtbarsten Böden sind nun durch den Staudamm der Überschwemmung preisgegeben. Durch die Regulierung des Flusses wird die Neubildung solcher Böden über fruchtbares Schwemmland verhindert.
Die in der Landwirtschaft tätige bzw. von ihren Erzeugnissen abhängige Bevölkerung des Nordostens wirtschaftet nicht vollkommen subsistent, stellt aber auch keine Behauptungskraft auf dem Markt dar: ihre mangelnde Kaufkraft macht die Menschen zu „Asozialen" der „freien" Marktwirtschaft. Sie produzieren für einen Markt, auf dessen Preisbildungen sie nicht den geringsten Einfluß ausüben können, so daß sie von seinen Schwankungen abhängen. Bestes Beispiel: die Zwiebelmisere.

Der als cash-crop betriebene Zwiebelanbau in der Sobradinho-Region war vor allem für den Verkauf an den überregionalen Handel gegangen. Die Konkurrenz der Zwiebelmonokulturgebiete um Sao Paulo und am mittleren Sao Francisco und das Zusammentreffen der Ernten im Jahr 1977 brachte die Preise auf einen nie dagewesenen Tiefstand. Das im Jahr 1976 von der Regierung gegebene Versprechen, die Zwiebeleinfuhr aus Argentinien zu stoppen, war nicht eingehalten worden. Diese Einfuhr drückte die Preise schließlich unter die Verlustgrenze. So sank der Preis für ein Kilo Zwiebeln zwischen 1976 und 1977 von 3,0 Cr$ = ca. 0,43 DM auf 0,5 Cr$ = ca. 7 Pfennig!
Die Bauern der Stauseeregion hatten den Zwiebelanbau 1977 zum größten Teil aufgegeben. Die Umstellung auf eine andere cash-crop fiel hier zusammen mit der Umsiedlung, aber auch mit dem Verlust der fruchtbaren Felder auf den Inseln und an den Ufern, die bisher gerade für die Verkaufsproduktion verwandt worden waren. Und mit dem Beginn eines neuen cash-crop-Anbaus fängt auch das Glücksspiel wieder an, in der Hoffnung, wenigstens für ein paar Jahre einen guten Preis erzielen zu können.

Das Dorf Algodoes als konkretes Beispiel ländlicher Situation

Algodoes lag bis 1976 direkt am Fluß Sao Francisco. Die heutige Siedlung entstand etwa 25 km landeinwärts, d.h. südlich in der Dornbuschsteppe. Bis zur nächsten größeren Stadt ist es etwa 50 km. Um an die gepflasterte Straße zu gelangen, die dorthin führt, braucht man einen Fußweg von 2 Stunden.



Eine der ärmsten Bewohnerinnen aus Algodoes, sie ist nicht älter als 45 Jahre!

Algodoes hat heute 40 Familien, die durchschnittlich aus 6 Personen bestehen. Das Dorf entstand mitten in der Caatinga, sozusagen auf dem Trockenen. Bis zum März 1978 waren die Bewohner – seit der Ansiedlung Ende 1976 – ohne eigene Wasserversorgung. Täglich transportierte ein Tankwagen der CHESF Flußwasser zum Dorf, wo es in Tonnen geleitet wurde und der Haushaltsversorgung diente, allerhöchstens noch für die Gartenpflanzen. Nach der Planung des Staudamms soll das Wassernormalniveau des Sees im März 1978 erreicht sein, so daß Algodoes dann wieder in der Nähe einer Wasserquelle liegt.
Die Felder, die die Familien zugestanden bekamen und die ein Jahr nach der Umsiedlung noch immer nicht fertig bemessen waren, lagen in ihrer Größe zwischen 1,0 und 0,8 Hektar. Als Entschädigung war den Familien für Felder und Pflanzen zwischen 1.500 und 20.000 Cr$ bezahlt worden, der Durchschnitt lag bei 6.000 Cr$ (= 860,– DM), die aber auch nur diejenigen bekamen, die Besitzer ihrer Felder gewesen waren. Für die Hütten wurden Entschädigungen in der Größenordnung von 3.000 Cr$ (= 428,– DM) bezahlt. Eine einmalige Hilfe zur Einrichtung der Felder bekam jede Familie, sie belief sich auf 7.000 Cr$ (= ca. 1.000 DM).
Für den Staudamm sind Gesamtkosten in Höhe von 650 Millionen Dollar berechnet; an diesem 650 Millionen-Projekt schlagen die Umsiedlungskosten für 65.000 Menschen in einem überschwemmten Gebiet von 4.150 km^2 mit nur 50

Millionen Dollar zu Buche (zusätzlich jährliche Investitionen von 3,8 Mill. Dollar) ... Darin enthalten sind bereits die Posten für Bereitstellung des Bodens, Umsiedlung, Vermessungen, Infrastruktur, Verwaltung, Beratung, Kreditkosten u.a. (4).

Je weiter man sich vom Fluß entfernt, desto dünner gesät sind Böden besserer Qualität. Gelang es einem Bauern, sein Feld auf solchem Boden vermessen zu lassen, so muß er nun mit anderen Nachteilen rechnen, die ebenso erheblich sind: die Entfernung vom Dorf beträgt meist eine Strecke, die täglich zurückzulegen sich nicht lohnt, so daß die Bauern während der Woche auf den Feldern leben. Sie bleiben für andere Arbeiten in der Siedlung unerreichbar, und der Transport von geernteten Produkten, Werkzeugen und Nahrungsmitteln für die Woche stellt ein großes Problem dar. Die Wasserversorgung ist extrem schlecht, da der Fluß nicht erreichbar ist und Brunnen nicht gebohrt werden können. Die Bewässerung der Kulturen fällt flach. Die somit rein regenabhängige Wirtschaft ist unvergleichbar risikoreicher; im Nordosten kommt es nicht selten vor, daß der Regen in einem Jahr ganz oder fast ganz ausbleibt. In Jahren mit Regenfällen ist der Anbau beschränkt auf die Regenperiode. Viele dieser Felder bleiben auch nach Erreichen des geplanten Wasserstandes des Stausees regenabhängig, da sie zu weit davon entfernt liegen.
Anfang des Jahres 1977 hatte es in der Region Algodoes geregnet. In Bodensenken zwischen Dorf und Fluß hatten sich Teiche gebildet, die zwar mit der Zeit wieder austrockneten; in diesen Senken hatten die Dorfbewohner Felder einzurichten und zu säen begonnen. Auch diese Felder werden der Überschwemmung in diesem Jahr (1978) zum Opfer fallen. Die Ernten dieser Kulturen halfen jedoch über die Verluste der Übergangszeit hinweg: die alten Pflanzen am Fluß waren ja überschwemmt und bis die neuen Felder bebaut und abgeerntet werden können, vergehen insgesamt gut 1 1/2 Jahre.
Neben dem Unterhalt durch die oben beschriebenen Felder und die Entschädigung lebten die Familien von ihren Vorräten und Viehherden, die rapide abnahmen. Ursache dafür war außer den Schlachtungen die schlechte Ernährung in den trockenen „Wäldern", die zu Hungerperioden führten und Fruchbarkeitsrate und Widerstandskraft der Tiere entsprechend zurückgehen ließ. Für die Zufütterung der Tiere waren die Algodoes-Leute gezwungen, auf Maßnahmen zurückzugreifen, die sie am Fluß nach ihren Erzählungen nie hatten treffen müssen: sie holten die Kakteen der Caatinga ein.
Mitte 1977 begannen die Algodoes-Bewohner, ihre Existenz durch eine neue cash-crop-Produktion abzusichern: die Holzkohlenherstellung. Vorbedingung für die Aufnahme dieser Produktion ist – neben dem Erwerb der Kenntnisse über die genauen Herstellungsstufen - auch die Möglichkeit, die Holzkohle transportieren und verkaufen lassen zu können, wie es früher bei den Zwiebeln der Fall war. Solch ein Zwischenhändler fand sich schnell: ein Bewohner des Nachbardorfes war in die Funktion eines Händlers avanciert, besitzt ein Auto und übernahm auch die Holzkohlen-Aufträge in Algodoes. Später beteiligte sich der Tankwagenfahrer der CHESF an dieser Rolle; er fährt den Weg Sobradinho – Fluß – Algodoes – Sobradinho ohnehin täglich, um die Wasserversorgung des Dorfes zu sichern.
Die Arbeitszeit, die für ca. 9 Sack Holzkohle nötig ist, veranschlage ich etwa mit 5 Tagen. Für einen Sack Holzkohle erhält die Familie vom Zwischenhändler 10 Cr$, der ihn für 25 Cr$ in der Stadt weiterverkauft. Die 5 Arbeitstage ergeben grob einen Verdienst – im günstigsten Falle – von 100 Cr$ = 14,– DM !!

Um ein Bewertungsvermögen zu bekommen, was cash-crop-Produktion für die Familien in der Sobradinho-Gegend bedeutet, möchte ich zum Vergleich die Preise einiger Grundnahrungsmittel aufführen, wie sie im Dorf relevant sind:

1 Sack Mandioca-Mehl	150,00 CR$	= 21,00 DM
1 Kilo Café (roh)	60,00	= 8,60 DM
1 Kilo Bohnen	13,00 (bis 15,–)	= 1,90 DM
1 Kilo Reis	5,00	= 0,71 DM
1 Kilo Zucker	6,00	= 0,86 DM
1 Kilo Schweinefleisch	15,00	= 2,10 DM
1 Kilo Fisch	13,00	= 1,90 DM
1 Kilo Salz	2,00	= 0,30 DM
1 Kilo Mais	6,00	= 0,86 DM
750 ml Öl	20,00	= 3,00 DM

Cafe und Fleisch gehören zu den Nahrungsmitteln, die sich die Familien nur in Ausnahmefällen leisten. Die tägliche Nahrung besteht fast nur aus Mandioca-Mehl und Fisch, ab und zu noch Bohnen. Der Verbrauch richtet sich vor allem nach der Möglichkeit, sie selber herzustellen und damit den Einsatz von Bargeld zu vermeiden und die Lebenshaltungskosten in Geld niedrig zu halten.



„Fischerei" eines Algodoes-Bewohners im modrigen gestiegenen Stauseewasser

Seit der Ansiedlung im neuen Dorf ist auch die Versorgung der Familien mit Fisch erschwert: wenn die Männer von der Feldarbeit und den Vorbereitungen frei sind, gehen sie für ein paar Tage ans Flußufer, um zu fischen. Das Wasser des übergetretenen Flusses ist an den Rändern verdunstet, schwarz und schlammig. Die Qualität der Fische kann hier nicht mehr die des ehemaligen Flusses sein. Wie sich der Fischreichtum und die verschiedenen Fischarten im ganzen Sao Francisco durch den Staudamm entwickeln werden (oder auch nicht!), bleibt eine bis auf weiteres ungelöste Frage des Projeks. Jedenfalls ist die im Plan des Damms enthaltene „Fisch-Straße" aus finanziellen Gründen gestrichen worden.

Das Siedlungsprojekt PEC-SR bei Bom Jesus da Lapa
Das Projeto Especial de Colonizaçao da Serra Ramalho wurde bei Bom Jesus da Lapa auf einem Gebiet von 257.500 km^2 in der Nähe des Sao Francisco angesiedelt.

Ende 1977 existierten sieben der sog. Agrovilas, fünf sind im Bau und vier weitere geplant.
Vor der Umsiedlung der 7.000 Familien bei Sobradinho wurde von der CHESF geschätzt, daß sich ca. 4.000 für die Ansiedlung in den Agrovilas entscheiden würden. Im Endeffekt waren es dann nur 1.200 Familien. In einem Vortrag eines Agronomen der CHESF wurden dafür vor allem vier Gründe angegeben:

- Druckausübung örtlicher, politischer Führer, die sich gegen einen Wegzug von den alten Siedlungen in die Agrovilas aussprachen, um eine vollkommene Auflösung der bestehenden Machtstrukturen zu verhindern;
- „Liebe zur Heimaterde", die vielleicht besser bezeichnet werden kann als Unkenntnis über die Bedingungen in den Agrovilas; der Umzug in eine bekannte Nähe stellt eher eine Alternative dar als der Wegzug in eine völlig unbekannte Ferne;
- sofern bekannt: die Tatsache, daß das PEC-SR-Projekt nicht im Flußufer entsteht;
- Angst vor Verschuldungen, die in den Agrovilas für die Bauern unvermeidlich sind.

Es leben heute ca. 1.700 Familien in den sieben existierenden Agrovilas. Sie stammen nicht nur aus der Sobradinho-Region, sondern auch aus dem unmittelbaren Projektgebiet. Sie hatten ihr Land für den Aufbau des Projekts verkaufen müssen, wo es sich mit ihm überschnitt. Es leben zwischen den Felderfluren der einzelnen Agrovilas in Richtung Fluß immer noch nicht-integrierte Subsistenzbauern.
Jede Familie, die sich in den Agrovilas niederläßt, erhält ein 3-Zi-Häuschen aus Stein (und dazugehörigem Garten 1.200 m2). Das Haus mit 43 m2 Wohnraum ist Unterkunft für 4 bis 8 Personen; es hat weder Wasser- noch Elektrizitätsanschluß, wie es die Häuser der Angestellten der Organisation haben. Für die Bauernfamilien existieren Gemeinschaftswasserstellen in den Dörfern, die mit gefiltertem Flußwasser versorgt werden.
Die Familien bekommen Felder von 20 bis 40 ha zugeteilt (je nach Bodenqualität), die jedoch nicht entschädigungslos übergeben werden: ihr Wert (12.000 bis 20.000 Cr$ = ca. 2.000 bis 3.000 DM) muß vom vierten bis zwanzigsten Anbaujahr zurückgezahlt werden, wonach dann die Besitzurkunde in die Hände der Familie übergeht.
Die Familien in den Agrovilas bebauen wie ehemals regenabhängige und bewässerte Felder. Sie haben sich im Projekt PEC-SR jedoch dabei ganz auf cash-crop-Produktion umstellen müssen; es hat sich unwillkürlich eine stärkere Spezialisierung und Monokultivierung eingestellt. Die Felder sind bebaut mit Baumwolle, Mandioca und Bohnen, wobei die Bohnen teils für den Eigenbedarf, teils für den Markt produziert werden; gemischter und vielfältiger Anbau ist nur noch in den Kleingärten der Agrovilas üblich. Der stark spezialisierte Anbau in semiariden Gebieten hat zum Teil erhebliche Schäden zur Folge:
in Trockenzeiten ist die Austrocknung des Bodens und in Regenzeiten die Verschlämmung stärker, außerdem ist die Gefahr von Seuchen jeder Art wesentlich größer.

Die anderen auffälligen Änderungen in der Wirtschaftsweise der Familien ist die Aufgabe der Fischerei, im großen Maße auch der Jagd und extensiven Viehzucht. Für die Fischerei liegt der Fluß zu weit entfernt; für Jagd und Viehzucht fehlt es an ausreichendem Wald und Land. Das bedeutet: die Agrovila-Bewohner sind in stärkerem Maße als vorher abhängig vom Gelingen und gutem Ertrag der cas crop-Produktion, zumal sie von Krediten belastet sind.
Ausrichtung und Organisierung des Projektes bringen es mit sich, daß die Bauern für die großen, zentralen, handels- und kapitalkräftigen Märkte des Nordostens produzieren.

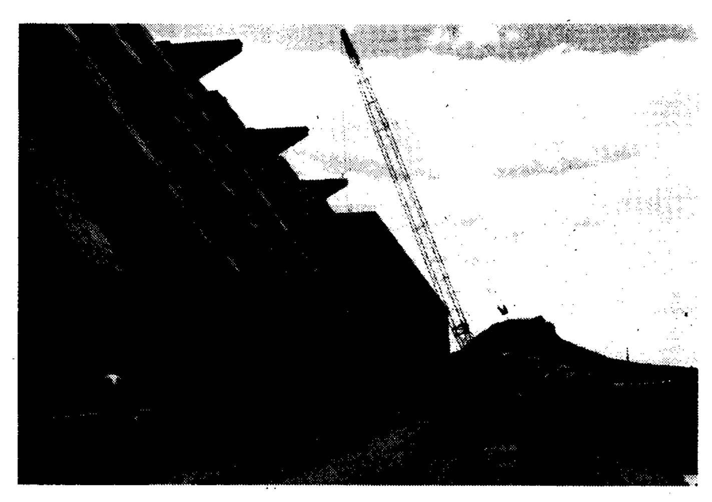
Ein aktueller und trauriger Nachtrag: ein Brief von Freunden aus den Agrovilas vom März 1978 berichtete davon, daß 3 Monate dauernder Regen sämtliche mühselig angebauten Produkte mit Ausnahme von Reis vernichtet hat. Reis macht aber nur einen geringen Teil der Ernten aus. Die Kredite, die die Familien aufgenommen hatten, um sich in den Agrovilas eine neue Existenz aufzubauen, sollten vom Ertrag der vernichteten Ernten bezahlt werden bzw. wenigstens mit der Abzahlung begonnen werden ... Da die Kulturen in den Agrovilas stark monokulturell angebaut werden, d.h. ohne wechselnde, den Boden schützende Pflanzendecke, steht zu befürchten, daß sich die Katastrophe bei Regen regelmäßig wiederholen wird – nur abgelöst durch Jahre, deren Trockenheit die Pflanzen durch Dürre vernichtet. Die Lage in den Agrovilas ist heute – 1978 – schlimmer denn je.

Schlußfolgerungen

Der Staudamm von Sobradinho ist deklariert als *Entwicklungs*projekt. Bereits von der Planung her stellte sich – was den finanziellen und personellen Aufwand angeht – die Energieerzeugung für die Industrie als Anliegen Nummer Eins dar.
Die Beschäftigung mit der Bevölkerung war und ist nicht Ziel des Projektes, sondern erscheint darin als ein nicht zu umgehender „Nebeneffekt": von daher auch das Bestreben, den in letzter Minute organisierten Aufbau der neuen Siedlungen und die Umsiedlung selbst möglichst kostensparend und schnell durchzuziehen. Die Planungs- und Ingenieurbaufirma Hidroservice legte im März 1975 die von der CHESF beantragte Studie über die Umsiedlung vor. Zu diesem Zeitpunkt waren die meisten Maßnahmen jedoch schon entschieden oder sogar in Angriff genommen.

Grundsätzliche Änderungen, die die Lebenssituation der Bevölkerung verbessert hätten, z.B. die Errichtung eines Bewässerungssystems (mit Hilfe der sozusagen nebenan erzeugten Energie kein Problem) sind nicht geplant. Nur sehr vage wurde im Gespräch mit einem Funktionär der CHESF erwähnt, daß man hoffe, „langfristig die Elektrizität auch der Bevölkerung der Umgebung zugute kommen lassen zu können." Bisher überschreiten selbst einfache, ohne „Beiwerk" zur Verfügung gestellte Wasserpumpen den Finanzhaushalt des Projekts.
Ein Satz aus der Studie der Hidroservice beleuchtet die Hintergründe der Entscheidung, in diesem semiariden Gebiet keine Bewässerung größeren Stils zu initiieren: „In diesem Fall würde die Landwirtschaft in den der Bevölkerung bekannten Formen betrieben, wobei jedoch keine Rentabilität abzusehen ist, die eine signifikante Produktion von vermarktbaren Überschüssen ermöglichen könnte." (5) Etwas eindeutiger hieß es im Vortrag eines CHESF-Agronomen: „O governo quer que haja retorno depois du transferencia... (sinngemäß: Die Regierung will nach der Umsiedlung einen Rückfluß von Leistungen sehen.)" Also: die Regierung und die Organisationen haben sich den Grundsatz der Weltbank zueigen gemacht, Geld nur in Projekte gehen zu lassen, die versprechen, eine Rückzahlung in Kapital zustande zu bringen. Und das ist bei der Industrie, für die die Energie erzeugt wird, sicherlich der Fall; nicht aber bei der ländlichen Bevölkerung, die kaum in den Markt integriert ist.
Die Bevölkerung vom Sao Francisco zwischen Sobradinho und Xique Xique muß einem „Entwicklungsprojekt" weichen, das nicht für sie gedacht ist, obwohl nach dem Entwicklungsplan für den Nordosten beansprucht wird, gerade das Lebensniveau der Bevölkerung auf dem Land und in den Elendsvierteln zu verbessern.

Der Widerstand gegen eine Umsiedlung drückte sich in vielen Fällen darin aus, daß die Bewohner ihre Dörfer erst verließen, als die Hütten überschwemmt zu werden begannen. Trotzdem gab es nicht so etwas wie organisierten Widerstand; vielleicht, weil die vollen Nachteile erst im Laufe der Zeit spürbar wurden oder die Bewohner sich von vornherein im klaren darüber waren, daß sie den kürzeren ziehen würden. Sie begnügten sich mit Bittgängen einzelner zur CHESF, wo höhere Entschädigungen oder die sofortige Auszahlung ausstehender Gelder gefordert wurden. In den Fällen, von denen ich weiß, ohne Erfolg.
Hatte die Bevölkerung bis zur Umsiedlung unter schlechten Bedingungen gelebt, die auch mit der Abhängigkeit von Händlern, Großgrundbesitzern, Verpächtern usw. zusammenhingen, so war sie nun der CHESF untergeordnet, die die Macht besaß, sie besser oder schlechter zu entschädigen. Den Algodoes-Bewohnern ist sehr bewußt, daß sie um ihre wirtschaftliche Situation handeln müssen wie auf dem Viehmarkt, um möglichst viel herauszuschlagen und erfahren dabei doch, daß sie auf keinen Fall auf ihre Kosten kommen, kurzfristig nicht – und langfristig nur, wenn sie Glück haben. Momentan leben die Familien in der Hoffnung, ihr Lebens„niveau" der Zeit bis zur Umsiedlung wieder erreichen zu können, wenn das Wasser bis zum Normalstand gestiegen ist.



Teilansicht des Staudamms von Sobradinho

Mitte November 1977 stellte die CHESF jegliche Hilfe in der Region Algodoes ein (vermutlich auch in anderen). Die Gefahr besteht, daß nun die Einwohner den (z.T. noch unbekannten) Folgen des Stausees ausgeliefert sind, ohne dafür eine Instanz verantwortlich machen zu können. Z.B. ist die Entwicklung der Schiffahrt und des Fischfangs im Sao Francisco völlig ungeklärt. Unerforscht sind die Klimaveränderungen, die hervorgerufen werden durch die starke Verdunstung der enorm vergrößerten Wasseroberfläche in einem der heißesten und trockensten Gebiete Brasiliens. Die Auswirkungen der erhöhten Luftfeuchtigkeit auf Reifeprozesse der Anbauprodukte, die Erhöhung der Insektenplagen und allgemeine Verstärkung der Ansteckungsgefahren bei Mensch, Tier und Pflanze (Seuchen) sind unbekannt. Versalzungen und Versumpfung des unfruchtbaren Savannenbodens, dem fruchtbares Schwemmland des Flusses fehlt und auf dem jetzt der Seerand liegt, können einen Anbau auf die Dauer unmöglich machen.
Bei der Umsiedlung galt offiziell das Prinzip, die sozialen Strukturen der Dörfer und Städte zu erhalten, d.h. Familien- und Dorfbeziehungen nicht auseinanderzureißen, sofern sich einzelne Gruppen nicht für unterschiedliche Ansiedlungsmöglichkeiten entschieden hatten. Auch bei der Umsiedlung in das Projekt PEC-SR wurden Familien, die gemeinsam in einem Dorf gelebt hatten, in der gleichen Agrovila und Straße angesiedelt. Trotzdem änderten sich wichtige Komponenten der Sozialstruktur: die starke Ausrichtung auf die Kleinfamilien (Häuser und Kleingärten, Einzelbebauung) erschwert eine Identifikation der einzelnen untereinander, die gemeinsame Bewältigung der Arbeiten, die Hilfestellung und Unterstützung der Familien untereinander. Die ehemalige Abhängigkeit von Großgrundbesitzern wird auch hier eingetauscht in die Unterordnung unter Organisationen und Geldgebern, zumal die Produktion durch den starken cash-crop-Anteil die Autonomie der Familien behindert. Die Errichtung der Genossenschaften geht vom INCRA, einer staatlichen Agrarreformbehörde, aus; die allmähliche Partizipation der Bauern an der Organisierung ist generell geplant, ihr fehlen bisher jedoch noch alle Voraussetzungen. Die cash-crop-Produktion bedeutet für die Bauern eine hohe Marktgebundenheit, die sie im übrigen nicht abzusichern vermag von den klimatischen Bedingungen: tritt ein Jahr ohne Regen oder mit ungenügendem Niederschlag ein, so ist das für die Familien die absolute Katastrophe, der sie nur durch verstärkte Verschuldung „entgehen" können – oder durch Abwanderung. Das Projekt bietet keine Sicherheit in Punkten, die schon vorher eines ihrer Hauptprobleme dargestellt hatten.
Doch selbst vor den Folgen technischer Planungsfehler bei der Konzeption des Staudamms bleiben die Menschen im brasilianischen Nordosten nicht verschont: kurz vor Redaktionsschluß erreichte uns ein Brief aus Algodoes, aus dem hervorgeht, daß ein lange befürchtetes Ereignis eingetreten ist: das Dorf Algodoes ist aufgrund falscher Berechnungen, die vor der Umsiedlung seiner Bewohner gemacht wurden, von Wassermassen eingeschlossen. Das Dorf liegt auf einer kleinen Anhöhe, während die Strecke vom Dorf zur Straße auf der dem Fluß abgewandten Seite wieder etwas abschüssig ist. Bereits in den vergangenen Jahren äußerten die Bewohner von Algodoes immer wieder die Befürchtung, daß das Dorf aufgrund der Senke zwischen Dorf und Straße bei Ansteigen des Flußwasserstandes vom Wasser eingeschlossen werden könnte. Woher man die Sicherheit nehmen könne, daß das Wasser tatsächlich an der Flußseite vor dem Dorf halt machen werde? Die Bauern wurden von der CHESF auf die Luftaufnahmen verwiesen, mit deren Hilfe genaue Berechnungen möglich seien und auf diese Weise „beruhigt". Nun ist die Katastrophe doch eingetreten – über eine eventuelle Evakuierung der Bewohner ist derzeit nichts Genaues bekannt, jedoch scheint eine zweite Umsiedlung unumgänglich. Entgegen ihren Hoffnungen haben die Bewohner von Algodoes in diesem Jahr wieder nicht ernten können, und das stehende Wasser hat ihnen sowohl die latente Gefahr von Seuchen gebracht als ihnen auch eine wichtige Erwerbsquelle, die Holzkohlenherstellung, geraubt, da die Dorfumgebung, aus der sie sich das dafür notwendige Holz holten, jetzt unter Wasser steht.

sriba

Anmerkungen:

1) Projeto Sobradinho. Plano de Reassentamento para a populaçao atingida pelo reservatorio de Sobradinho. Hidroservice, Sao Paulo, 1975, S. 89
2) Der Staudamm von Sobradinho – Ein Entwicklungsprojekt? Unveröffentlichtes Arbeitspapier Bielefelder Soziologiestudenten, Oktober 1977, S. 5
3) Hidroservice, ebenda, S. 35
4) Der Stausee von Sobradinho / Bahia. Wirtschaftliche und soziale Implikationen eines Entwicklungsprojektes. Johannes Augel, Universität Bielefeld, Schwerpunkt Lateinamerika, S. 6 a
5) Zitiert nach: Augel, ebenda, S. 14

SÜD-KOREA

Arbeiter-Proteste in Südkorea

Wenigstens gelegentlich berichtet unsere Presse vom Protest der Studenten, Intellektuellen, einiger Theologen und prominenter Oppositionspolitiker gegen das Park-Regime. Aber fast völlig unbeachtet blieb, daß sich in den letzten 2, 3 Jahren in Südkorea Protest-Aktionen von Arbeitern, ja ganzer Belegschaften, so häuften und z.T. in Verbindung untereinander standen, daß man von einer neuen Arbeiterbewegung sprechen kann. Sie ist nicht durch Gewerkschaften organisiert, muß sich vielmehr gegen die vom Geheimdienst manipulierten Staatsgewerkschaften behaupten. Und naturgemäß geht es zunächst jeweils um konkrete Mißstände im jeweiligen Betrieb. Aber diese Aktionen sind Ausdruck dafür, daß das „Wirtschaftswunder" in Südkorea nicht etwa allmählich auch den Massen eine Verbesserung ihrer Lage bringt, sondern im Gegenteil nur mit verschärftem ökonomischen und politischen Druck auf die Arbeiterschaft überhaupt noch aufrechterhalten werden kann. Insofern ist der oft verzweifelte Kampf derer, denen es so schlecht geht, daß sie nichts mehr zu verlieren haben, eine mindestens so heftige Anklage gegen das Park-Regime wie die Resolutionen der Prominenten und zugleich eine gefährliche Erschütterung der wirtschaftlichen Basis dieses Regimes.
Bevor einige der bekanntgewordenen Vorfälle geschildert werden, eine kurze Skizze zur Alltagssituation der südkoreanischen Arbeiter und Arbeiterinnen, aus der heraus sie handeln.

Zur Situation der Arbeiterschaft
Die Tageslöhne für die in der Regel nur angelernten Arbeiter betragen 3 – 5 DM, der Monatslohn also zwischen 90 und 150 DM (bei Preisen, die etwa den unseren entsprechen!). Für diesen Hungerlohn muß normalerweise 10 Stunden, häufig sogar 12 und mehr Stunden gearbeitet werden, und zwar an sieben Tagen in der Woche! Ein Tag im Monat ist normalerweise frei. Urlaub gibt es nicht. Die gesetzlich vorgesehenen Überstunden-, Nachtschicht- und Feiertagszuschläge werden so gut wie nie gezahlt, oft ist der Unternehmer selbst bei diesen niedrigen Löhnen mit der Zahlung um Monate im Rückstand.
Üblich ist bei der 12 Std.-Tag- wie bei der Nachtschicht eine einzige halbstündige Pause, in der übrigen Zeit schärfste Akkord- und Fließband-Arbeit. Auch Frauen und selbst jugendliche Mädchen (in der dominierenden Textil- und Elektronikindustrie werden fast nur Arbeiterinnen beschäftigt) müssen Nachtaebeit leisten. Hinzu kommen Dreck, Lärm, Staub, giftige Dämpfe, häufige Arbeitsunfälle und ständige Demütigungen und Mißhandlungen durch die Aufseher, die man hinnehmen muß, wenn man nicht den schwer zu bekommenden Arbeitsplatz verlieren will. Dazu der Bericht des Arbeiters Whang Young-Ha:
„Zwei Monate nach meiner Auszeichnung für vorbildliche Leistung und zehnjährige Betriebszugehörigkeit wurde ich plötzlich entlassen, weil ich während der Nachtschicht an meiner Maschine kurz einnickte. Es gibt keinen Arbeiter, in dieser Firma, der wegen seiner körperlichen Schwäche und wegen der langen Arbeitszeit nicht mal einnickt. Sogar dem Aufseher passiert dies. Ich glaube aber nicht, daß der Entlassungsgrund in meinem Einnicken lag. Der Aufseher für die Nachtschicht stach uns mit seinem Bohrer auf unsere Hände und trat uns mit Füßen, wenn wir kurz einnickten. Ich konnte solche Mißhandlungen nicht mehr dulden. So meldete ich dies beim Abteilungsleiter. Seitdem beaufsichtigte mich der Aufseher noch schärfer und so entdeckte er mich sofort, als ich kurz eingenickt war. Somit war mein Protest der eigentliche Entlassungsgrund."

Die Arbeiter im „Friedensmarkt" und ihre Mutter
Im November 1970 verbrannte sich der junge Arbeiter Chon TaeIl aus Protest gegen die unmenschlichen Arbeitsbedingungen im „Friedensmarkt", einem riesigen Gebäudekomplex mitten in Seoul. Dort arbeiten 3o.000 Menschen, hauptsächlich junge Mädchen, in einer Vielzahl kleiner Nähereien. Seine verzweifelt -mutige Tat war noch die Aktion eines Einzelnen, aber sie rüttelte die ganze Nation auf und machte die Angehörigen der Mittel- und Oberschicht erstmals auf die Situation der Arbeiter aufmerksam. Sein Tod bewirkte nur vorübergehende Verbesserungen im „Friedensmarkt", den die dort Arbeitenden „Menschenmarkt" nennen. Aber er bewirkte bleibende Veränderungen im Bewußtsein seiner Familienangehörigen und Freunde.
Seine Mutter Lee Soh-Sun wurde zur Seele eines „Arbeiterbildungsvereins" und einer inoffiziellen Gewerkschaft, die sich zu wöchentlichem Selbststudium in einem Raum auf dem Flachdach des „Friedensmarktes" traf. Bald wurde die Mutter jenes jungen Arbeiters „die Mutter der Arbeiter" genannt. Daß sie, der jüngere Bruder Chon TaeIls, seine Schwester, einige Freunde und ein ehemaliger Student Chang Gi-Pyo jahrelang diese Organisationsarbeit geleistet hatten, wurde erst im Juli 1977 durch neue dramatische Ereignisse bekannt. Damals sollte „die Mutter" wegen eines Zwischenrufes während der Gerichtsverhandlung gegen Chang Gi-Pyo (der übrigens wegen des von ihm stammenden „Kim-Chi-Ha-Gedichtes" „Stimme des Volkes" angeklagt war) verhaftet werden. Zunächst vereitelten die 40 Mitglieder der Arbeitergruppe dies. Dann aber wurde Frau Lee durch eine Großrazzia in ihrem Wohnviertel ergriffen. Proteste und Konfrontation mit der Polizei steigerten sich. Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen verbarrikadierten sich in ihrem Studienraum, der ihnen weggenommen werden sollte. Eine erste Polizeitruppe vertrieben sie mit Feuer. Als ein Heer von Polizisten anrückte, drohten sie mit neuen Selbstmorden. Eine Arbeiterin wurde nur im letzten Augenblick von ihren Kolleginnen noch festgehalten, ein anderer Arbeiter sprang tatsächlich aus dem 4. Stock und verletzte sich schwer. All das half nichts! Sie wurden alle festgenommen, ihre Wortführer und „die Mutter der Arbeiter" sitzen noch heute in Gefängnissen. Und doch war ihre tapfere Gegenwehr nicht umsonst, sie weckte bei den Belegschaften anderer Arbeitsstätten und Betriebe den Widerstandsgeist.

Aktionen in größeren Betrieben
Im Mai 1978 traten 700 Arbeiterinnen der Nam-Young-Textilfabrik in Seoul wegen extremer Ungerechtigkeiten in der Entlohnung zweimal in einen spontanen Streik. Ihre Anführerinnen wurden vom Werkschutz brutal verprügelt, davongejagt und sogleich von der Polizei festge-

nommen. nach 20 Tagen Untersuchungshaft wollten sie wieder zur Arbeit. Aber diese 11 Arbeiterinnen bleiben seitdem ausgesperrt.
Seit Februar 1977 kämpfen die 6.000 Arbeiterinnen der Ganglin-Spinnerei, der größten und bekanntesten Textilfabrik Südkoreas, durch wiederholte Demonstrationen um die Bezahlung von Überstunden. Denn die Firma zwang die Arbeiterinnen, für gleichen Lohn wie zuvor eine halbe bis ganze Stunde eher zur Arbeit zu kommen und ein bis zwei Stunden länger zu bleiben. Außerdem geht es um die verheerenden Zustände in den firmeneigenen Schlafbaracken.

In einer Schreibwaren-Fabrik wurden Anfang dieses Jahres acht Arbeiterinnen entlassen, weil sie in diesem Betrieb eine Gewerkschaft organisiert hatten. Die Entlassenen starteten eine Boykott-Aktion gegen die Produkte der Firma. Darauf versprach die Geschäftsleitung ihre Wiedereinstellung, hielt aber ihr Wort nicht. Die Betroffenen bemühen sich jetzt um eine Boykott-Kampagne gegen die Samgo-Sa-Produkte auch im Ausland, da 80 % der Produktion exportiert werden.
Wie sehr die Firmen, die offiziellen „Gewerkschaften" und das Park-Regime die selbständige Organisation der Arbeiter fürchten, zeigt sich besonders deutlich in jenem wohl skandalösesten Vorfall gegen Arbeiter in Südkorea, der sogar in der „Süddeutschen Zeitung" vom 1.4.1978 berichtet wurde unter der Überschrift: *„Fäkalien gegen das Koalitionsrecht"*
Seit 1972 gibt es im Werk Inchon des Dong-Il-Textil-Unternehmens eine unabhängige Betriebsgewerkschaft, die alle 1.300 Arbeiterinnen dort erfaßt. Da die Mitglieder aber ihren Vorstand selbst und mit Kandidaten ihres Vertrauens wählten, die sich dann auch für die Interessen ihrer Kollegen einsetzten, war diese Belegschaftsvertretung der Firmenleitung wie der offiziellen „Textil-Gewerkschaft" schon lange ein Dorn im Auge. Jahrelang hatte man die Vorstandswahlen durch massive Einschüchterungen und Bestechungen zu manipulieren versucht. Ohne Erfolg. Deshalb schritt man im Februar dieses Jahres (1978) zum Äußersten, um die Gewerkschaft zu zerschlagen.
Eine Schlägertruppe der Firma und der Textil-Gewerkschaft" überfiel die Arbeiterinnen, als sie nach der Nachtschicht gerade zum Gewerkschaftsbüro gingen, um ihre Stimme für den neuen Vorstand abzugeben. Die Wahlurnen wurden demoliert, die Mädchen getreten und an den Haaren gezerrt. Und dann tauchten Männer mit Gummihandschuhen und Eimern voller menschlichem Kot auf und schmierten den entsetzten Arbeiterinnen die stinkende Masse über Kleider, Haare und Gewicht, ja sogar in Nase und Mund hinein!
Aus Protest gegen diese Schandtat traten 120 Arbeiterinnen in ihren Schlafbaracken in einen Hungerstreik, den sie zwei Wochen lang durchhielten. Die Firma kündigte allen Hungerstreikenden sowie 66 Unterstützern fristlos. Doch die Entlassenen gaben nicht auf. Noch 150 von ihnen halten zusammen und kämpfen um ihre Wiedereinstellung. Sowohl die Ungeheuerlichkeit der Aktion gegen sie wie auch ihr zäher und mutiger Kampf weckte in Südkorea und weit darüber hinaus starkes Aufsehen. So starteten Koreanerinnen in der Bundesrepublik eine Kampagne zur materiellen Unterstützung der entlassenen Arbeiterinnen.

Unterstützt die entlassenen Arbeiterinnen in Südkorea
Spendenkonto 3461191 Commerzbank München
Kim Hyun-Sook, Kapuzinerstr. 52, 8000 München 5
Kontaktadresse: Kang Won-Hae, Adelzreiterstr. 15, 8 M 2

KOREA – KOMITEE in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) e.V.

SEMINAR

Thema:
„Entwicklungsmodell Südkorea"
Wir wollen uns kritisch mit dem, auch in der BRD, so gespriesenen „Entwicklungsmodell Südkorea", beschäftigen.
Wir wollen hinterfragen, auf welcher ökonomischen Grundlage sich die Entwicklung vollzieht, welche Zielvorstellungen dieses Modell beinhaltet und wem diese Entwicklung dient.
Welche Rolle nimmt Südkorea in der sogenannten „internationalen Arbeitsteilung" ein? Welche Abhängigkeiten bestehen?
„ENTWICKLUNG AUF DEM RÜCKEN DES VOLKES" – Propaganda oder Wirklichkeit?

Ort:
Ökumenisches Zentrum, 6000 Frankfurt/M. 1, Beethovenplatz

Zeit:
Beginn: Freitag, den 6.10.1978 um 19 Uhr
Ende: Sonntag, den 8.10.1978 gegen 16 Uhr

Anmeldung:
Man überweist 10,– DM für die Vorbereitungskosten (incl. Seminar-Mappe) auf das Konto des KOREA-KOMITEEs
Konto Nr.: 1062 151 6000, Bank für Gemeinwirtschaft in Dortmund
und meldet sich an bei:

Armin W. Burger
Zum Jungenstr. 2
6000 Frankfurt am Main 1
Tel.: 0611 /560 21 26

– Für Übernachtungsmöglichkeiten wird gesorgt –

Besonderheiten der südkoreanischen Arbeiterbewegung
Dies sind einige der bekannt gewordenen Fälle aktiver Gegenwehr der entrechteten Arbeiter. Man kann sicher sein, daß es wesentlich mehr solcher meist örtlich begrenzter Aktionen gab und gibt. Denn die völlig kontrollierte Presse darf über solche Ereignisse natürlich nicht berichten, und der Kontakt zwischen den gering geachteten Arbeitern und den kommunikationsgewohnten Intellektuellen war bisher schwach, z.T. zufällig. Das scheint sich zu ändern.
Eine Besonderheit der neuen Entwicklung in der südkoreanischen Arbeiterschaft ist die enorm aktive und selbständige Rolle der Frauen und Mädchen. Schon für europäische Maßstäbe ist ihr Selbstbewußtsein, ihr Kampfgeist und ihre gewerkschaftspolitische Motivation ungewöhnlich, erst recht für die koreanische Gesellschaft, die mehr noch als andere traditionelle Gesellschaften die Frauen für unfähig erklärt und unterdrückt.
Eine weitere Besonderheit der südkoreanischen Arbeiterbewegung ist, daß sie seit 1948 nur von oben eingesetzte, vom Geheimdienst gelenkte „Gewerkschaften" kannte. Einerseits wurde dadurch der Gewerkschaftsgedanke stark diskreditiert, andererseits wurde durch die systematische Errichtung von „Gewerkschaftsorganisationen" in allen grö-

ßeren Betrieben die Entstehung echter Arbeiterorganisationen blockiert. Der nationale „Gewerkschaftsbund" bildete anfangs dieses Jahres sogar spezielle regional gegliederte Schlägertruppen, um jederzeit nicht genehme Arbeitervertreter ausschalten und eventuelle spontane Streiks unterdrücken zu können. Sicher ist eine solche Terror-Truppe effektiver als sogar die Polizei. Es ist bemerkenswert, daß diese offiziellen „Gewerkschaften" dem internationalen Bund Freier Gewerkschaften angehören und seit Jahren von der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie später von den amerikanischen Gewerkschaften bzw. über deren Asian-American Free Labor Institute vom CIA finanziert werden.

Da also die einzigen legalen „Arbeiterorganisationen" gerade gegen die Arbeiter funktionieren, haben zwei kirchliche Organisationen eine bemerkenswerte Bedeutung bekommen: die evangelische Urban Industrial Mission (UIM = Stadt- und Industriemission) und die katholische Arbeiterjugend (JOC).

Finanziert aus dem „westlichen" Ausland und gestützt vom Prestige der Kirchen bis hinauf zum koreanischen Kardinal Kim, haben beide Organisationen Arbeitern und Arbeiterinnen in systematischen Schulungsprogrammen Gelegenheit gegeben, Selbstbewußtsein, Kenntnisse des Arbeitsrechts und Fähigkeiten der Organisation zu erwerben. Viele ihrer engagierten haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter sitzen im Gefänfnis. Die Regierung hält insbesondere die UIM für so gefährlich, daß sie spezielle Referenten einsetzt, die mit kostenlosen Broschüren und stundenlangen Vorträgen vor den pflichtversammelten Belegschaften gegen die UIM-Pfarrer als kommunistische Agenten hetzen. 75 % der Textilbetriebe und 70 % der Chemiebetriebe seien UIM- und JOC-infiltriert, behaupten sie. Tatsächlich waren bei fast allen der oben geschilderten Fälle, besonders bei dem jahrelangen Kampf bei Dong-Il in Inchon, UIM-Mitarbeiter unterstützend, beratend, inspirierend beteiligt. Sie verhalfen den Arbeitern und Arbeiterinnen zu Öffentlichkeit, zu internationaler Unterstützung und vor allem zu Kontakten untereinander zwischen den Betrieben und Städten. Bezeichnend in dieser Hinsicht war die Aktion von sechs Arbeiterinnen verschiedener Fabriken, die Ostern 1978 während eines vom Rundfunk übertragenen Freilichtgottesdienstes der konservativen Kirchen mit 500 000 Teilnehmern das Mikrofon ergriffen und laut ihre Forderungen erhoben. Sie wurden natürlich schnell verhaftet. Auch der jüngere Sohn der „Mutter der Arbeiter" wird seitdem gesucht. Aber der Mut und die Kraft der Ausgebeuteten und Verfolgten sind offenbar ungebrochen und stimulieren immer neue Arbeiterinnen und Arbeiter zu militanter und kollektiver Gegenwehr.

(Weitere, grundlegende, auch historische Informationen zu Korea Nord und Süd bietet ein Informationsheft „Korea", herausgegeben von der ESG, dem Forum für Demokratie in Korea und dem Korea-Komitee. Zu beziehen u.a. bei Korea Komitee, c/o Rainer Vowe, Alte Marktstr. 11, 463 Bochum (oder bei der ESG-Geschäftsstelle, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1).

Gerhard Breidenstein



Tagungshinweise

„AFRIKANISCHER SOZIALISMUS UND DAS ERBE DER MISSION – DAS BEISPIEL TANSANIA"
Seminar des Evang. Bildungswerkes Berlin für Lehrer, Jugendarbeiter, Mitarbeiter in der Erwachsenenbildung, Pfarrer und Journalisten
vom 2. - 7. Oktober 1978 im Tagungshaus Berlin 39, Am kleinen Wannsee (Ev. Akademie)
Anmeldung an Ev. Bildungswerk Berlin, Goethestr. 27-30, 1 Berlin 12

TAGUNG DER AG SPAK
ÜBERTRAGBARKEIT DER METHODE FREIRES AUF UNSERE SITUATION
15. – 17.12.1978 in Melle
Das Treffen schließt an die vorher stattgefundenen Seminare der AG SPAK zu diesem Themenkreis an. Das Seminar behandelt diesmal die Problematik, die sich aus der „Übertragbarkeit" in die *konkrete praktische Arbeit* ergibt.
Deshalb werden für dieses Seminar bestimmte Vorbedingungen gestellt:
– Die Gruppe/ Person soll sich mit den Gedanken Freires auseinandergesetzt haben (keine „Anfänger")
– Die Gruppe/Person soll p r a k t i s c h e Arbeit machen und entweder die Pädagogik Freires bereits anwenden oder konkrete Pläne haben, ihre Arbeit in Richtung auf eine bewußtseinsändernde Arbeit im Sinne Freires ausrichten zu wollen.
Wegen der notwendigen, intensiven Vorbereitung sollen sich Interessierte bereits jetzt an die AG SPAK, 8 München 80, Belfortstraße 8 wenden

SOLIDARITÄTSARBEIT

Solidaritätsprojekt für die Kapverden

WELTFRIEDENSDIENST e.V.
WFD

Liebe Freunde,
Zehn Jahre Dürre, unterbrochen von einem einzigen Jahr mit normalen Niederschlägen: kaum ein Land ist so von der Ungunst der Witterung geplagt, so arm, wie die fast völlig unbekannten kapverdischen Inseln vor der Westküste Afrikas. Seit Ende des Jahres 1977 wissen wir, daß die Regenfälle erneut absolut unzureichend waren, wie übrigens im ganzen westlichen Sahelgebiet, zu dem die Kapverden klimatisch gehören. Die Dürre hat hier jedoch noch länger und heftiger gewütet als auf dem Festland. Weit draußen im Atlantik herrscht heute fast die Trockenheit der Sahara-Wüste, deren Sand ein heißer Wind über das Meer trägt.

Anhaltende Notlage

Die Notlage auf den Inseln ist dramatisch. In den letzten Jahren produzierten die kapverdischen Bauern (ca. 90% der Bevölkerung) nur ca. 10% der benötigten Nahrungsmittel; ca. 90% mußten sie aus dem Ausland einführen. Die Böden sind verkarstet, Brunnen versiegt, Wälder abgeholzt, der größte Teil der Viehbestände verendet. Der nur sehr schwach entwickelte industrielle Sektor kann das ständig wachsende Heer der arbeitslosen Landarbeiter und Bauern nicht aufnehmen: ca. 75% der arbeitsfähigen Bevölkerung sind daher entweder arbeitslos oder unterbeschäftigt.

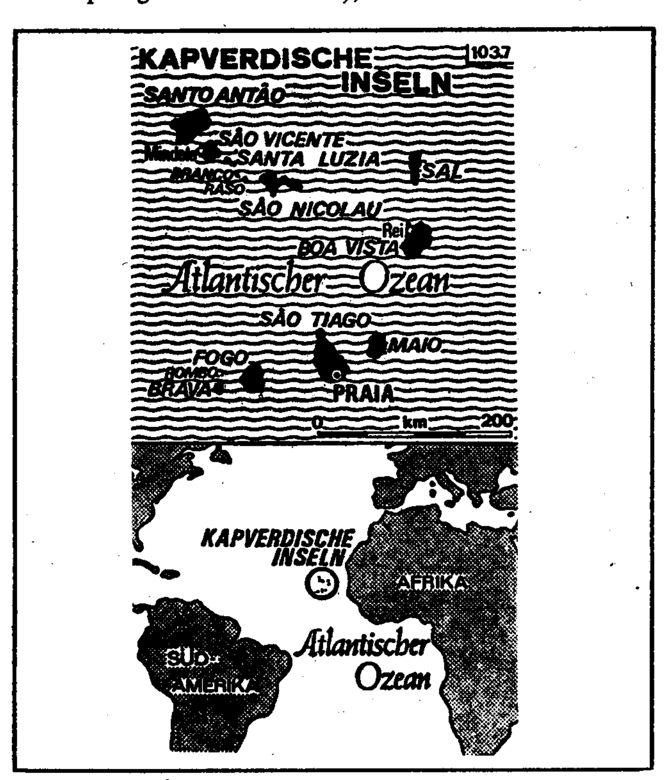
Das Erbe der Kolonialherren

Es kann keinen Zweifel geben, daß die Probleme der Kapverden zu einem guten Teil von Menschen verursacht wurden. Aber nicht von den Menschen, die heute die Inseln bewohnen, sondern – wie die Geschichte deutlich zeigt – von der ehemaligen Kolonialmacht Portugal, die über 500 Jahre lang Mensch und Natur rücksichtslos ausgebeutet hat. Für die Portugiesen waren die Inseln anfangs eine wichtige Durchgangsstation für den Sklavenhandel mit Amerika. Auf den Inseln selber zogen sie eine zuerst mit Sklaven betriebene Plantagenwirtschaft auf. Später mußten sich die Kapverder zu Hungerlöhnen bei den portugiesischen Großgrundbesitzern verdingen, die die wenigen fruchtbaren Böden zum Anbau von lukrativen Exportprodukten nutzten.

Außerdem verhinderte die Kolonialmacht eine den natürlichen Gegebenheiten angepaßte Landwirtschaft: Weintrauben und Baumwolle sind zwei Produkte, die in diesem Klima besonders gut gedeihen. Heute findet man sie nur noch selten auf den Inseln. Denn ihr Anbau war gegen die Interessen der Kolonialherren: sie mußten ihre eigenen Weinbauern im Mutterland schützen. So wurden die Weingärten niedergebrannt. Die Baumwolle – sie wurde in großen Plantagen in Angola angebaut – erfuhr eine ähnliche Unterdrückung.

So war die Landwirtschaft nicht auf die Bedürfnisse der einheimischen Bevölkerung ausgerichtet. Den periodisch auftretenden Hungersnöten in Dürrezeiten fielen Zehntausende von Menschen zum Opfer.

500 000 Kapverder mußten – auch schon vor der gegenwärtigen Dürre – ins Ausland emigrieren, mehr als auf den Inseln bleiben konnten. Wenn die Kapverder überhaupt überleben, wenn die Inseln nicht längst entvölkert sind, so deshalb, weil die kapverdische Regierung seit der Unabhängigkeit arbeitsintensive Programme zum Dammbau (zur Förderung der Landwirtschaft), zur Wiederaufforstung (zur Bekämpfung der Bodenerosion), zum Straßenbau etc. durch-



führt, weil Emigranten ihre Familien in Kapverden finanziell unterstützen und weil internationale Hilfe geleistet wird.

Eigene Anstrengungen

Die PAIGC (Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit von Guine-Bissau und Cabo Verde) bestimmt heute die Politik des Landes. Nach einem gemeinsamen 20-jährigen Befreiungskampf haben Guinea-Bissau und die Kapverden 1975 die Unabhängigkeit erlangt. Aus den Erfahrungen des Kampfes entwickelte die PAIGC ihr Programm. Seither ist es das Ziel ihrer Politik, die starke Abhängigkeit vom Ausland schrittweise abzubauen und die eigenen Ressourcen zu entwickeln. Die PAIGC geht dabei davon aus, daß dieses Ziel nur durch die Mobilisierung der Menschen – politische Mobilisierung ebenso wie Mobilisierung für die Produktion – erreicht werden kann. Diese umfassende Beteiligung aller Menschen in allen konkreten Fragen und Aufgaben ist zugleich die Grundlage und ein wesentlicher Schritt zur Verwirklichung des noch fernen Zieles der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen.

Aus einem Interview (3. Welt-Magazin 4/78) mit Staatssekretär Jose Brito, Wirtschaftsplanung und Entwicklungszusammenarbeit:

Brito: „Wir sind gezwungen, Hilfe zur Überbrückung der Notlage zu erbitten. Langfristig haben die Inseln wohl Möglichkeiten. Unser Volk hat sich daran gewöhnt, unter härtesten Bedingungen um das Überleben zu kämpfen. Man versteht, daß es notwendig ist. Wir haben daher auch nicht vor, die Nothilfe umsonst zu verteilen. Nur Menschen, die wirklich nicht arbeiten können, wird umsonst Hilfe gewährt. Grundsätzlich wollen wir die Hilfeleistungen verkaufen, um damit einen Entwicklungsfond zu finanzieren. Oder die Menschen können für ihre Mitarbeit an den Entwicklungsprojekten aus dem Hilfsfond vergütet werden."

Im ganzen Land wurden umfangreiche Entwicklungsprogramme in Angriff genommen, die vor allem die Verbesserung des Wasserhaushaltes zum Ziel haben. In den Tälern der zum größten Teil gebirgigen Vulkaninseln werden mit einfachen Werkzeugen zahlreiche Dämme und an den Berghängen Terrassen angelegt. Wenn es schon zu wenig regnet, soll das Wasser doch wenigstens nicht ungenutzt ins Meer abfließen. Die Dämme stauen das Regenwasser und speisen so das unterirdische Grundwasser, mit dem dann in der Trockenzeit die Felder künstlich bewässert werden können. So werden die Kapverder weniger von den Zufällen der Regenzeit abhängig sein und auch in schlechten Jahren werden sie wenigstens einen Teil ihres Nahrungsmittelbedarfs selbst produzieren können.

Neben diesen Bemühungen gilt die Aufmerksamkeit auch der medizinischen Versorgung, der Hygiene- und Ernährungslehre, Impfkampagnen, praxisorientierter Ausbildung und Erwachsenenbildung, Beschaffung von Arbeitsplätzen, Einrichtung von kleinen Produktionsstätten, Entwicklung des Fischereiwesens und dem gesamten Bereich des Erziehungswesens. Auch hier übernahm das kapverdische Volk ein genauso erbärmliches koloniales Erbe wie in der Landwirtschaft.

Arbeit statt Geschenke

Dieses Entwicklungsprogramm der Regierung, das sog. Notprogramm, wird seit einigen Monaten durchgeführt: Die in Form von Nahrungsmitteln gelieferte ausländische Hilfe wird nicht an die Bevölkerung verschenkt – mit Ausnahme alter und kranker Menschen –, sondern über Großhändler und Genossenschaften zu festgesetzten Preisen verkauft. Der Erlös aus dem Verkauf der Produkte sowie die finanzielle Hilfe aus dem Ausland fließen in einen ‚Fonds zur nationalen Entwicklung'. Mit den Geldern dieses Fonds werden arbeitsintensive Projekte zur Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion, Infrastruktur etc. durchgeführt. Jede Familie soll dadurch einen Verdiener erhalten. Die Kosten des gesamten Programms werden auf ca. 6,2 Mill. US-Dollar geschätzt, über 9 000 Personen werden dadurch für einige Jahre einen Arbeitsplatz erhalten.

Dazu Brito – in dem oben genannten Interview:

„Wir arbeiten mit aller Kraft an dem Bau von Deichen und Wassersammelbecken aus Stein, so daß das Wasser aus gelegentlichen Wolkenbrüchen gesammelt und der Boden geschützt werden kann. Jedoch sind dies Projekte, die erst in der längeren Frist zum Tragen kommen."

Dieses Programm dient somit nicht nur der Linderung der akuten Not, es ist darüberhinaus ein Programm, durch das die Menschen Arbeit finden, in dem sie erfahren, daß sie durch ihre Arbeit ihre Situation grundlegend verbessern können; es ist ein Programm, durch das in der Landwirtschaft und Infrastruktur, im Bau von Krankenstationen und Schulen Grundstrukturen geschaffen werden, durch die die Wirtschaft und Entwicklung des Landes von ausländischer Hilfe unabhängiger werden, und es ist schließlich ein Programm der politischen Erziehung, der Erziehung zum Vertrauen auf die eigene Kraft.

Unser Beitrag

Weltfriedensdienst e.V. (WFD) und die Aktionsgemeinschaft Solidarischen Welt e.V. (ASW) unterstützen im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Aufbau des Landes.

- **Seit der Unabhängigkeit unterstützt die ASW ein Ausbildungsprojekt auf der Insel Sao Tiago, die ‚Granja' in Sao Filipe. Das ist eine ländliche Schulfarm, in der etwa 100 ehemalige Straßenjungen neben Rechnen, Schreiben und Lesen vor allem auch in der Landwirtschaft und in verschiedenen Handwerken ausgebildet werden. Von den Feldprojekten, die unter Anleitung von Lehrern angebaut werden, können sich die Schüler selbst versorgen und von Zeit zu Zeit kleine Überschüsse auf dem lokalen Markt absetzen.**

- **WFD ist von der kapverdischen Regierung gebeten worden, je eine Fachkraft aus den Bereichen Medizin, Landwirtschaft, Fischereiwesen und Erwachsenenbildung zu entsenden, die in einem Team gemeinsam mit einheimischen Mitarbeitern zur Verbesserung der Lebensbedingungen der 4 000 Menschen zählenden Bevölkerung der Insel Maio beitragen sollen. Die relativ kleine Insel Maio ist besonders hart betroffen: seit zehn Jahren hat es hier nicht geregnet. Viele Brunnen sind versiegt, andere sind versalzen.**

Folgende Ziele sollen durch dies ‚Integrierte ländliche Entwicklungsprojekt' auf der Insel Maio laut Plan der kapverdischen Regierung vorrangig verwirklicht werden:

- **Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der landwirtschaftlichen Bewässerung**
- **Erweiterung der Aufforstung**
- **Entwicklung der Tierzucht und der Fischerei**
- **Ausbau der medizinischen Versorgung und Gesundheitsvorsorge**
- **Beratung und Ausbau der pädagogischen Bereiche**
- **Aufbau einer Arbeit mit den Frauen**

Entscheidungen, die Entwicklungsmaßnahmen auf der Insel betreffen, sollen prinzipiell von den politischen Gremien getroffen werden (Dorfkommissionen, Inselrat). Die Entwicklungsprojekte sind Teil der nationalen Planung. Investitionen des Projektes sollen nicht zu personeller oder finanzieller Abhängigkeit der Kapverden führen.

Das vom WFD unterstützte Projekt ist zunächst für drei Jahre geplant (ab Juni 1978). Die kapverdische Regierung trägt vor allem die Kosten für die kapverdischen Mitarbeiter, Wohnungen, laufende Kosten etc.; WFD finanziert die vier ausländischen Mitarbeiter, die technischen Investitionen, die Projektabwicklung und -beratung. WFD erhält dazu Zu-

schüsse vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und aus dem EG-Entwicklungsfonds. Hiermit können aber nicht alle Kosten abgedeckt werden, so daß WED auf Spenden angewiesen ist.

Wir bitten Sie herzlich, das kapverdische Volk bei der Überwindung der aktuellen Notlage und beim Aufbau des Landes zu unterstützen:

DURCH EINE REGELMÄSSIGE ODER EINMALIGE SPENDE FÜR

– DIE ‚GRANJA SAO FILIPE'
– DAS MAIO–PROJEKT

auf das Konto: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin BLZ 100 101 11, Konto 16001 94 500

Wünschen Sie die Übernahme eines Dauerauftrages und/oder weiteres Informations- und Bildmaterial, so bitten wir um Ihre Nachricht. Für Aktionen stehen auch Diaserien, Fotoausstellungen, Plakate etc. zur Verfügung.

Unterstützen Sie das kapverdische Volk bei der Bewältigung der gegenwärtigen naturbedingten und durch das koloniale Erbe unermeßlich erschwerten Probleme.

Wir bedanken uns und grüßen herzlich,

Ihr Weltfriedensdienst e.V.



Viele Brunnen geben nur noch salziges Wasser, das vom Meer her nachdringt; andere sind versiegt. Das Grundwasser ist knapp geworden (oben)

Spendenaufruf für Zimbabwe

In einem Brief, der uns im Juli '78 erreichte, richtet das für die Finanzen zuständige ZANU- (Zimbabwe African National Union) Mitglied Ernest R. Kadungure einen *dringenden* Appell an westdeutsche Solidaritätsgruppen, Geld für den Kauf von Nahrungsmitteln bereitzustellen.
Diese Aufforderung zur rein humanitären Hilfe unter Zurückstellung der von uns bisher unterstützten SELBSTHILFEPROJEKTE begründet Kadungure wie folgt:

„Da immer mehr Flüchtlinge aus Zimbabwe nach Mosambique kommen – wir sind inzwischen 75 000 – stehen wir nun vor dem großen Problem, diese Flüchtlinge mit Lebensmitteln zu versorgen ... Die Lage in den Flüchtlingslagern ist so hoffnungslos, daß – falls wir die Hungersnot nicht in Griff bekommen – viele, besonders Kinder und Kranke, verhungern müssen.
Wir versuchen gegenwärtig, unsere landwirtschaftlichen Selbsthilfeprojekte auszubauen, aber dies ist wegen des Mangels an technischer Ausrüstung und Saatgut nur zu einem geringen Teil gelungen.
Das wenige landwirtschaftliche Gerät wurde während der kämpfe bei Chimoio und Tembwe größtenteils zerstört.
Wenn wir genug Saatgut und Werkzeuge hätten, könnten wir in Zukunft genug Nahrungsmittel produzieren. Wir müßten unsere Freunde dann nur um das bitten, was wir selbst nicht herstellen können.
Aber da die Umstände nun 'mal anders sind, möchten wir um GELDSPENDEN bitten, um damit Lebensmittel kaufen zu können, welche so grinden gebraucht werden."

GELDSPENDEN bitte auf das Konto der ZANU (Zimb. African Nat. union) Nr. 20 00 50 934 528 bei der Bank Mocambiques (Banco de Mocambique), Maputo.

Trotz der Gefahren, die eine solche rein humanitäre Hilfeleistung mit sich bringt (Passive Erwartungshaltung, keine Initiierung von Selbsthilfeprojekten) meinen wir, daß angesichts der speziellen Notlage dem Aufruf, finanzielle Mittel für Lebensmittelbeschaffung bereitzustellen, Folge geleistet werden sollte. Die zunehmenden Angriffe der rassistischen Söldnertruppen auf ZANU-Flüchtlingslager in Mozambique zerstören den in Mozambique lebenden Zimbabwern z.T. den gesamten Bestand an Ackergerät.
Gleichzeitig sollte sich die Solidaritätsarbeit aber auf die Unterstützung der Landwirtschaftsprojekte konzentrieren; denn diese werden das Rückgrad der zukünftigen sozialistischen Volksrepublik von Zimbabwe sein. Die wichtigsten Gegenstände, die für den Erfolg des Projektes dringend benötigt werden, werden im folgenden aufgeführt:
4 Traktoren mit mehreren Pflugscharen, 4 Pflanzmaschinen, 4 mechanische Hackgeräte (Kultivatoren), 4 Anhänger, 4 Eggen, 4 Wasserpumpen, Rohrleitungen, Schläuche, 4.000 Wassereimer, 4 Getreidemühlen, 2 Lastwagen (5 t) 4.000 Hacken, 4.000 Äxte, 1.000 Spitzhacken, 1.000 Kneifzangen, 400 Spaten und Schaufeln, 500 Klauenhämmer, 500 zwölf Pfund schwere Hämmer, 50 Schubkarren, Draht und Dünger.
Spenden für das Landwirtschaftsprojekt an das Konto des Organisationskomitees:

POSTSCHECKKONTO KARLSRUHE
453 23 - 756 (Roland Beckert, Freiburg; Stichwort „Landwirtschaftsprojekt")

Längerfristig wollen wir noch 2 Hilfsprojekte vorschlagen; da die einzelnen Projekte verschieden ausgerichtet sind, ergeben sich auch mehrere Anknüpfungspunkte für die Durchführung einer Spenden- und Informationsaktion.
Für Lehrer und Erzieher ist z.B. die Mobilisierung für das Erziehungsprojekt (s.u.) sicherlich sinnvoll.

• Hilfeaufruf des Referenten für Erziehung und Kultur der ZANU

Die 8 Schulen für Kinder, die aus Zimbabwe nach Mosambik geflüchtet sind (insgesamt 20 000 Schulpflichtige), sowie viele Schulen in den halbbefreiten Gebieten Zimbabwes benötigen dringend Schulmaterial.
Benötigt werden Bleistifte, Schreibhefte, Blocks, Tafeln, Kreide etc.
Sachspenden können an die AFRIKA SOLIDARITÄTS-GRUPPE, 4100 Duisburg 1, Kollniestraße 57, z.Hd. Käthe Putkamer geschickt werden.

Sinnvoller sind jedoch Geldspenden, mit denen Schulmaterial verbilligt im Großeinkauf besorgt werden kann.
GELDSPENDEN bitte an: Marlies FELDMANN
Konto 300 271 - 436
beim Postscheckamt Duisburg.



• Eine mobile medizinische Einheit für Zimbabwe

Dieses Projekt wird von MEDICO INTERNATIONAL/ Frankfurt getragen.
Die mobile medizinische Einheit ist eine Art rollende Arztpraxis. Mit ihr kann kurativ und präventiv in schwer zugänglichen oder in dünn besiedelten Gebieten sowie an Orten, wo die Errichtung einer stationären Praxis unrationell erscheint, bzw. wo dies wegen Personalmangels schwierig ist, gearbeitet werden.
Entwickelt wurde die mobile medizinische Einheit von medico-Mitarbeitern auf der Basis mehrjähriger Erfarungen im Dritte Weltbereich.
Die Grundprinzipien, nach denen man sich bei der Zusammenstellung leiten ließ, waren optimale Anpassungsfähigkeit der Ausstattung an die jeweilige Funktion, Mobilität und leichte Austauschbarkeit einzelner Bestandteile, seien es Ersatzteile, medizinisch-technisches Gerät oder Medikamentenblocks.
Die mobile Einheit ist nach einem Baukastensystem konzipiert. In der einfachsten Ausführung besteht sie aus einem Fahrzeug, in der nächsten Stufe sind es zwei Fahrzeuge, dann kommt ein Anhänger hinzu. (Falls wegen Geländeproblemen ein Anhänger nicht eingesetzt werden kann, ist auch der Einsatz eines dritten Fahrzeuges möglich).
Die Fahrzeuge sind so ausgerüstet, daß sie kombiniert in ihren Funktionen aber auch getrennt eingesetzt werden können.
Neben den oben genannten Funktionen können die Fahrzeuge auch Krankentransporte ausführen.
Im Einsatz befinden sich bisher acht mobile medizinische Einheiten auf den Kapverdischen Inseln, in Angola und in Indien.
Die Kosten für die Mindestausrüstung (ein Fahrzeug) liegen bei ca. 35.000 DM. Die Ausbaustufe III (3 Fahrzeuge oder 2 Fahrzeuge und ein Anhänger) kostet zwischen 80 und 100.000 DM.
Detaillisten liegen bei medico international vor.

GELDSPENDEN bitte an MEDICO INTERNATIONAL Konto 1800 bei der Stadtsparkasse Frankfurt, Stichwort 'Zimbabwe'.

ZIMBABWE
Interview mit Robert Mugabe

Wir drucken im folgenden ein Interview der mozambiquanischen Zeitschrift „Tempo" vom 26. März 1978 ab, das sie mit Robert Mugabe machte. Es wurde stellenweise gekürzt. Die Übersetzung stammt vom Bochumer Arbeitskreis südliches Afrika BASA.
Als Ergänzung ist ein weiterer Interviewteil der Zeitschrift afrique-asie vom 16.4.1978 eingefügt worden.

Red.

Frage: Die Patriotische Front hat gerade in London Gespräche mit der britischen Regierung geführt. Am Ende der Gespräche wurde kein Datum für ihre Fortsetzung festgelegt. Wie ist gegenwärtig die Situation und welches sind die Perspektiven?

Robert Mugabe: Jetzt, da die Engländer gesagt haben, daß das innere Abkommen möglicherweise von ihnen anerkannt wird, ist unsere Betrachtungsweise der Situation als Revolutionäre die, daß wir vorbereitet sind. Einerseits muß unser Krieg weitergehen und intensiviert werden unter einer sehr klaren Führung, wo die Ziele unserer Strategie klar sind und wo die Auswahl der Angriffsziele bedeuten muß, den Feind hart zu treffen.
Aber es gibt auch eine andere Seite: die politische und diplomatische. Wir müssen unsere diplomatische Arbeit so weit wie möglich verstärken und England anprangern, weil es sich seiner Pflicht entzogen hat, indem es das Volk von Zimbabwe fallengelassen hat und sich dem Smith-Regime ergeben hat. Wir müssen erreichen, daß die internationale Gemeinschaft Druck auf England ausübt, England anprangert, in der Tat erreichen wir das im gewissen Sinne in den Vereinten Nationen, wenn wir die Welt auf unsere Seite ziehen. In dem Maße, wie wir das tun, drücken wir auch unsere Bereitschaft aus, mit England auf der Grundlage der anglo-amerikanischen Vorschläge zu verhandeln. Das bedeutet nicht, daß wir die Vorschläge so, wie sie sind, akzeptieren, sondern daß wir akzeptieren, auf ihrer Grundlage zu verhandeln.
Auf jeden Fall ist die wichtigste der beiden Fronten, das ist klar, der bewaffnete Kampf.

Frage: Der Ministerrat der OAU hat das interne Abkommen, das in Salisbury von Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau unterzeichnet wurde, zurückgewiesen. Die Unterzeichner haben jedoch in den letzten Tagen einige afrikanische Länder besucht. Glauben Sie, daß die Möglichkeit besteht, daß diese Länder das interne Abkommen anerkennen?

Robert Mugabe: Wir betrachten diese Entscheidung der OAU, die Entscheidung, die das interne Abkommen verurteilte und die Anerkennung des Abkommens ablehnte, als Unterstützung der fortschrittlichen Kräfte, als Unterstützung der Patriotischen Front in ihrem Kampf, die wirkliche Unabhängigkeit zu erreichen. Uns befriedigt die Tatsache, daß alle afrikanischen Staaten unsere Position unterstützt haben, daß sie es in ihrer Gesamtheit abgelehnt haben, in den Umkreis des internen Abkommens gebracht zu werden.

INTERNES ABKOMMEN, INSPIRIERT VON KISSINGER UND TURNHALLE

Frage: Uns scheint, daß es eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem inneren Abkommen von Smith und dem Kissinger-Plan gibt. Was meinen Sie dazu?

Robert Mugabe: Seit Kissinger Afrika besucht hat, besonders Rhodesien, mit Smith gesprochen und ihn überzeugt hat, seinen Plan zu akzeptieren, hat Smith mit diesem Plan gearbeitet. Das innere Abkommen ist eine Verbindung des Kissinger-Plans mit dem Turnhallen-Projekt. Der wesentliche Teil ist in der Tat der Kissinger-Plan. Der Exekutivrat, der die Gruppen vertritt, die an den Gesprächen teilgenommen haben, das alles ist Kissinger. Aber die Form, die Vorgehensweise, das ist die Turnhalle, abgeschrieben von Vorster.
In der Turnhalle war es das Ziel, ein Abkommen zwischen den Organisationen innerhalb von Namibia zu erreichen. Smith hat diese Formel mit dem Ziel benutzt, den Plan, den Kissinger ihm gegeben hatte und den er angenommen hatte, durchzuführen.
Wir haben diesen Plan von Kissinger in Genf zurückgewiesen, und Smith war damit nicht zufrieden. Von da an war er dabei, eine Art und Weise zu finden, den Plan zu verwirklichen.

IN DEN STÄDTISCHEN GEBIETEN ARBEITEN WIR IM UNTERGRUND

Frage: Was ist die Stretegie der patriotischen Front für die Mobilisierung in den städtischen Gebieten und welche Unterstützung hat sie dort erreicht?

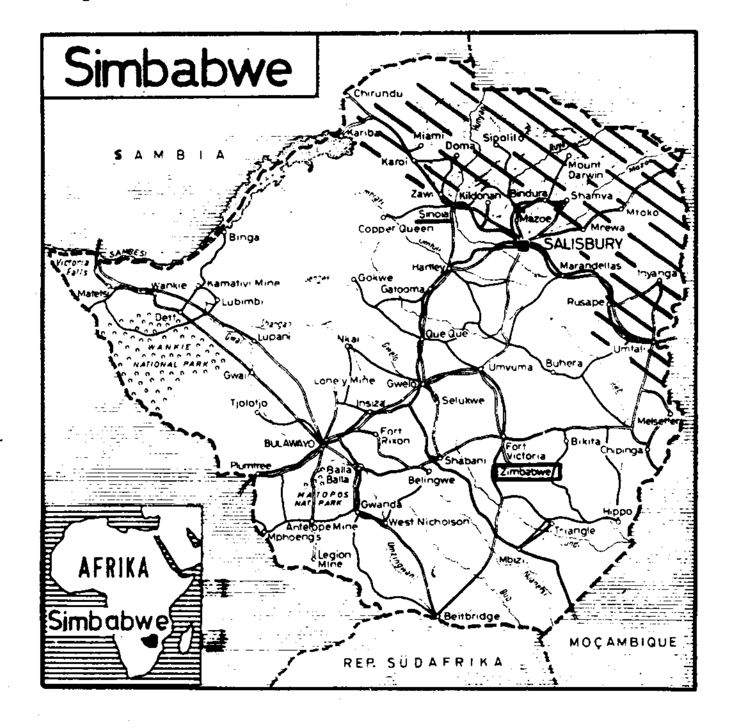
Robert Mugabe: Die städtischen Gebiete sind schwierige Zonen, weil der Feind dort am stärksten ist. Es gibt eine ständige Wachsamkeit, Patrouillen der Kräfte des Feindes. In diesen Gebieten sind auch Muzorewa, Sithole und Chirau. Die Verbindung dieser Kräfte führt nun dazu, daß das Volk zu schweigenden Mitarbeitern wird. Aber wir machen Untergrundarbeit.
In den ländlichen Gebieten haben wir offene politische Versammlungen (es ist ja unsere Aufgabe, das Volk zu mobilisieren), in den städtischen Gebieten finden die Versammlungen in Häusern statt, in aller Stille.
Das Beste, was geschah, war die Unterzeichnung dieses Abkommens. Es ist ein schlechtes Abkommen, aber wir können sagen, daß es ein Übel ist, das sich in etwas Gutes verwandelt. Es hat ja das Volk schon vollständig gegen Muzorewa, Sithole und Chirau mobilisiert. Nicht, daß sie überhaupt keine Unterstützung hätten. Muzorewa ist Bischof seiner Kirche und er wird daher immer die Leute seiner Kirche haben, die ihn unterstützen. Aber die Allgemeinheit des Volkes unterstützt sie nicht und wir ziehen Vorteile aus dieser Situation für die Mobilisierung. Für die Mobilisierung haben wir unsere Untergrundorganisation, in Salisbury, Umtali usw.

Frage: Was ist die Politik der Patriotischen Front bezüglich der Schwarzen in Smiths Heer?

Robert Mugabe: Unsere Politik richtet sich nicht nach der Hautfarbe einer Person. Wir wollen, daß das Heer von Smith aufgelöst wird. Die Briten sind es, die gesagt haben, daß sie die Einheiten der Weißen auflösen wollen. Wir haben das nie gesagt. Wir sagen alle – Weiße und Schwarze. Die Briten würden gerne die Einheiten der Weißen aufgelöst sehen, wir aber sagen, daß wir die Armee auflösen wollen.

Frage: Die Smith-Armee hat gerade zwei Angriffe gegen Sambia und Botswana durchgeführt, nachdem das innere Abkommen unterzeichnet war und nachdem die „provisorische Regierung" ihr Amt schon angetreten hatte. Was ist Ihrer Analyse dieser beiden Angriffe?

Robert Mugabe: Die Angriffe von Smith sind jetzt die Angriffe von Muzorewa, Sithole und Chirau. Wenn die Bomben auf die Zivilbevölkerung von Mosambik, Sambia oder Botswana fallen, dann sind die Bomben jetzt das Ergebnis einer gemeinsamen Operation von Smith, Muzorewa, Sithole und Chirau. Sie können sich da nicht heraushalten. Sie können nicht mehr sagen, daß sie mit diesen Angriffen nichts zu tun haben. Sie haben sich zu einem Bestandteil jedweder krimineller Tat Smiths gemacht. Das zeigt ihre Rolle als Verräter. Wir hoffen, daß dies auch in der internationalen Gemeinschaft deutlich werden möge und daß es die internationale Gemeinschaft dazu führt, die Beteiligung dieser Marionettenführer unter einer wahrheitsgemäßen Perspektive zu beurteilen.



DAS VOLK ORGANISIEREN, DAMIT ES SICH SELBST VERTEIDIGT

Frage: Die Patriotische Front vertritt die Strategie des langandauernden Volkskriegs und wendet sie an. Wie will sie auf seiner Grundlage ein wirklich unabhängiges Zimbabwe aufbauen?

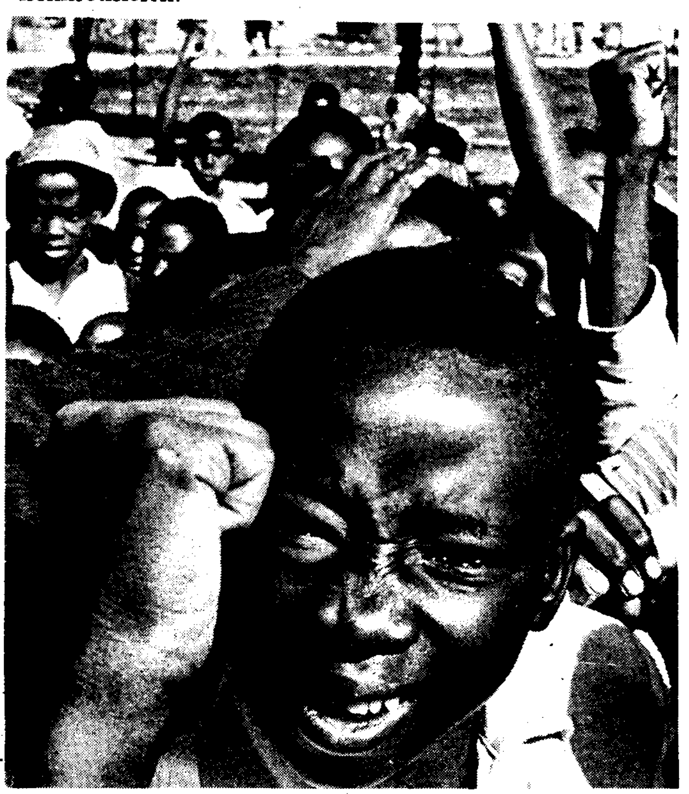
Robert Mugabe: Als wir den bewaffneten Kampf anfingen, hatten wir lediglich kleine Gruppen, mit denen wir in das Land vorstoßen konnten. Das war 1966. Wir hatten Gruppen von acht, zehn, elf, zwölf Leuten, kleine Gruppen, Sektionen, die in das Land vorstießen. Zu dieser Zeit gingen sie von Sambia aus. Sie mußten schwieriges Gelände durchqueren. Es gab keine Vorbereitung des Volkes, und als die Gruppen in die Dörfer kamen,mißtraute das Volk ihnen. Es schien dem Volk schwierig, sie zu empfangen und zu beherbergen aus Angst, daß der Feind sie dann angreifen würde. Aber 1972, nachdem wir die ganze Art und Weise, wie wir den bewaffneten Kampf durchführten, revidiert hatten, stellten wir fest, daß sich der bewaffnete Kampf auf das Volk stützen muß.
Zu dieser Zeit entstand auch der Gedanke, daß es aus praktischen Gründen notwendig war, daß wir an der Seite der FRELIMO kämpften, wir haben **also**
18 Monate lang in der Provinz Tete mit der FRELIMO gearbeitet und gemeinsam gekämpft.
Diesmal hatten wir uns die Guerilla wirklich zu eigen gemacht. In erster Linie und vor allem anderen stützten wir

uns auf das Volk. Sonst hat die Verwendung des Gewehrs überhaupt keinen Sinn. Es wurde dann die erste wirkliche Operationszone im Nordosten des Landes eingerichtet. Noch heute nennen wir dieses Gebiet die „Provinz Tete". Danach, 1976, als die Fronten der Provinzen Manica und Gaza eröffnet wurden – auch hier kommen die Namen wieder von den Provinzen in Mosambik – gingen wir in derselben Weise vor; Basen innerhalb des Volkes gewinnen, vom Volk aus und mit dem Volk gegen den Feind vorgehen.
Wir haben uns von 1966 bis 1978 in Etappen entwickelt, die uns heute bis zur Schaffung von befreiten Gebieten geführt haben. In verschiedenen Zonen – Ntoko, Nhadili ... bis in den Norden und Nordosten haben wir befreite Gebiete aufgebaut (1). Und wir sind dabei, diese befreiten Gebiete in revolutionäre Basen zu verwandeln. Es genügt nicht zu sagen: 'Wir haben den Feind geschlagen', um einige Gebiete in sichere Gebiete für das Volk umzuwandeln. Das Volk muß sich auf der Grundlage der Unterstützung seines eigenen Kampfes organisieren, damit es selbst den Kampf weiterführen kann.
Die Guerilla muß nur als eine Vorhutgruppe handeln, die die Revolution führt. Was wichtig ist in diesen Gebieten, nachdem man die Unterstützung des Volkes hat, ist die Einrichtung von Verwaltungsstrukturen für das Volk. Das Volk muß sich selbst regieren, Bedingungen schaffen, um im Vertrauen auf die eigenen Kräfte zu leben, in Projekten der Landwirtschaft, Erziehung und Gesundheit. Darüber hinaus muß das Volk in diesen Gebieten eine militärische Einheit sein für seine Verteidigung.
(...)
Wir halten das in erster Linie deshalb für wichtig, weil es das Volk dazu bringt, in seinen Gebieten zu bleiben statt nach Mosambik, Botswana und Sambia zu fliehen. In den Lagern haben wir schon eine große Zahl von Flüchtlingen. Es ist nicht unsere Vorstellung, den Leuten zu verbieten zu kommen, sondern in diesen Gebieten Bedingungen zu schaffen, die es dem Volk ermöglichen zu bleiben. Von diesen Gebieten aus gehen wir in Gegenden vor, in denen der Feind stärker ist. Normalerweise ist der Feind in den ländlichen Gebieten verstreut und hat daher große Schwierigkeiten. Uns gegenüber sind diese Gebiete von Vorteil.
(...)
Und in dem maße, in dem wir aus den ländlichen Gebieten vorrücken, aus den Gebieten, in denen sich unsere Basen befinden, hat das Volk eine ziemlich wichtige Rolle, und der Krieg verwandelt sich in einen Volkskrieg, in dem das Volk kämpft, die Minen legt und den Feind angreift. Die Armee greift die schwierigeren Ziele an und die leichteren Angriffe unternimmt das Volk.

VEREINIGUNG VON ZANU UND ZAPU

Frage: An welchem Punkt befindet sich der Prozeß der Einigung der militärischen Kräfte der Patriotischen Front?

Robert Mugabe: Das ist ein Thema, nach dem wir dauernt gefragt werden. Was wir gesagt haben und was wir gerne sagen würden ist, daß seit dem letzten Treffen des Koordinationskomitees hier eine Einigung über die Struktur unserer Armee erzielt worden ist und daß wir uns geeinigt haben, gemeinsame Ausbildungslager zu haben, um gemeinsame Operationen durchzuführen.
Unsere beiden kommandos hatten eine Zusammenkunft, als wir bei den Vereinten Nationen waren. Wir haben noch keinen Bericht von ihren Gespächen, aber wir haben sie gebeten, die Durchführbarkeit von gemeinsamen Operationen zu diskutieren. Selbst wenn wir unsere beiden Heere noch nicht zusammenfügen können, so können wir doch wenigstens eine gemeinsame Strategie haben, ein gemeinsames Programm, gemeinsame Perspektiven, in koordinierter Weise vorgehen bis wir in der Lage sind, unsere Kräfte zu vereinigen. Darauf vertrauen wir, und bei unserem nächsten Treffen werden wir die Art diskutieren, wie wir unsere Einheit konkretisieren.



Frage: Es scheint uns, daß das Problem, daß ZANU und ZAPU bestehen, seit vielen Jahren besteht ...

Robert Mugabe: Das Problem der Einheit besteht darin, daß man nicht plötzlich Parteien zusammenfügen kann, die getrennt waren und die sogar gegeneinander standen und untereinander gekämpft haben. 15 Jahre lang waren sie getrennt.
Wir sind froh darüber, daß es uns auf der Ebene der Führer gelungen ist, das Mißtrauen zu beseitigen. Als wir uns das erste Mal in Genf trafen, gab es viel Mißtrauen zwischen uns, Wenn die eine Seite eine Sache vorschlug, sagte die andere das Gegenteil. Heute nicht mehr! Das gehört der Vergangenheit an, und der Genosse Nkomo ist in der Lage, mit mir offen seine Pläne zu diskutieren, ohne zu befürchten, daß ich mißtrauisch wäre.
Genauso bin ich in der Lage, mit ihm zu diskutieren, ohne daß er mich verdächtigt, daß ich andere Motive hätte. Und wenn es uns an der Spitze gelingt, nach unten zu gehen, bis auf die Ebene des Kommandanten, sie dazu zu bringen, sich kennenzulernen, die Lager der jeweils anderen zu besuchen, und dann unsere Kader zusammenzubringen, wenn auch nur in einem oder zwei Lagern, um sie durch ständigen Unterricht unserer politischen Kommissare zu politisieren, dann wird das die Situation verbessern. Das ist der Grund dafür, daß wir glauben, daß, wenn wir anfangen, sie gemeinsam auszubilden bei ständiger Anwesenheit der Führer, um sie zu politisieren, wir zu dem Zeitpunkt, an dem wir nach Zimbabwe gehen, schon in gewisser Weise den Boden dafür bereitet haben, daß wir uns beide vereinigen können, nicht nur die Armeen, sondern auch die Parteien.

WIR WERDEN DIE BEFREIUNG VON SÜDAFRIKA UNTERSTÜTZEN

Frage: Sithole hat die Meinung vertreten, daß in einem Zimbabwe mit „Mehrheitsregierung die Politik bezüg-

lich Südafrika eine Politik der „Neutralität" sein wird. Was denkt die Patriotische Front darüber?

Robert Mugabe: Zunächst einmal ist die Politik der Neutralität, zu der sie sich angeblich bekennen, nicht realistisch. Sie haben die Unterstützung von Südafrika. Die Waffenlieferungen für ihr Regime kommen aus Südafrika. Wenn unser Land im wahren Sinne des Wortes unabhängig sein wird, dann endet seine Revolution nicht mit der Schaffung des Staates Zimbabwe. Unsere Revolution muß mit den Revolutionen anderer Völker verbunden sein. Die Freiheit und Unabhängigkeit von Tansania ist mit der Freiheit und Unabhängigkeit von Sambia, Kenia, Uganda und später mit der von Mosambik und Angola verbunden.
Also, ein freier und unabhängiger Staat Zimbabwe muß mit der Freiheit und Unabhängigkeit von Südafrika verbunden sein. Wir werden den Kampf in Südafrika unterstützen müssen, genau wie unser Kampf von Mosambik, Sambia, Tansania, Botswana, Angola und anderen Staaten in Afrika unterstützt wird.
Ein unabhängiges Zimbabwe muß eine richtige Rolle in der OAU spielen und mit dem Befreiungsprogramm der OAU übereinstimmen, das die Zielvorstellungen des Volkes von Südafrika berücksichtigt. Ich kann nicht sehen, wie Zimbabwe neutral sein könnte gegenüber der Sache der Freiheit und der Unabhängigkeit. Das ist unmöglich. Wir werden zum Beispiel eine Situation haben, in der Flüchtlinge aus Südafrika in unser Land kommen, die Befreiungsbewegungen Südafrikas werden unsere Unterstützung haben. Wir werden unsere Rolle an der Seite der OAU und der Frontstaaten spielen müssen.

DIE REVOLUTION WIRD NICHT MIT DER UNABHÄNGIGKEIT AUFHÖREN

Frage: Wie stellt sich die Patriotische Front den Staat vor, der nach der Erlangung der Unabhängigkeit von den Zimbabwerns aufzubauen ist?

Robert Mugabe: Wir planen den bewaffneten Kampf als ein Mittel, den Frieden in unserem Land zu erreichen, nicht als ein Instrument, um zu töten oder einfach Gewalt anzuwenden. Es ist ein Instrument, um revolutionäre Veränderungen im Land zu erreichen. Das wurde notwendig, weil die Kolonialmacht jahrelang ihre Rolle an die Kräfte der Siedler abgegeben hatte, die die faschistische Ordnung im Lande errichteten und unser Volk unterdrückten.
Die Bauernschaft verarmte und die Arbeiterklasse wurde ausgebeutet. Sie nahm einen Platz ein, der nicht besser ist als die Halbsklaverei in ihrem eigenen Land.
Indem wir den bewaffneten Kampf führen, wollen wir, daß ein demokratischer Staat aufgebaut wird.
Es wird eine sozio-ökonomische Umwandlung geben müssen. Das Rechtswesen wird sofort verändert werden, und wir werden die Bedingungen dafür schaffen, daß unser Land in ein sozialistisches Land umgewandelt wird. Das bedeutet also, daß zu allererst die Abschaffung der Unterdrückung den Frieden schaffen wird. Diese Bedingungen des Friedens werden uns die Situation schaffen, in der wir eine soziale Umwandlung erreichen können, damit unsere Arbeiterklasse schließlich mit der Kontrolle der Produktionsmittel zur Macht gelangt. Und darin wird auch die Bauernschaft die Mittel afür haben, sich in Kooperativen und Gemeinschaftsdörfern zu organisieren.

In dieser Zeit wird der Staat nicht nur ein Mittel des Friedens sein, sondern auch die Garantie für die Weiterführung des revolutionären Prozesses. Deshalb sagen wir, daß unser bewaffneter Kampf sich in einen sozio-ökonomischen Kampf im Interesse des Volkes verwandelt.

Frage (afrique-asie): Welches Modell des Sozialismus schlagen Sie vor für das befreite Zimbabwe. Geht es um ein afrikanisches Modell?

Robert Mugabe: Wenn man unbedingt von einem Modell sprechen muß, werde ich sagen, daß Zimbabwe unser Modell ist ... es soll uns bei der Konstruktion einer neuen Gesellschaft inspirieren. Ich glaube doch, daß Sie mit mir übereinstimmend anerkennen, daß die Prinzipien des Sozialismus (ich spreche selbstverständlich von wissenschaftlichem Sozialismus) einen universalen Charakter haben. Aber ihre Anwendung unterscheidet sich, um es deutlicher zu machen, ich finde, daß es bei der Anwendung dieser Prinzipien in Afrika nichts auszusetzen gibt, insbesondere hier in Mosambik durch die Frelimo oder in Angola durch die MPLA ...
Zimbabwe hat seine eigene Geschichte, besondere Bedingungen, die aus ihm ein Land machen, das sich von anderen unterscheidet; und all das kann nicht außer Betracht gelassen werden, wenn es darum geht, die Prinzipien des wissenschaftlichen Sozialismus praktisch umzusetzen. Denn wir werden selbstverständlich nicht unmittelbar diese Prinzipien, von denen wir überzeugt sind, praktisch durchsetzen.
Es wird notwendigerweise eine mehr oder weniger lange Übergangsperiode geben, während der wir eine Situation des provisorischen Kompromisses mit dem Kapitalismus akzeptieren werden. Gewisse Sektoren unserer Wirtschaft werden weiterhin nach den Prinzipien der liberalen Ökonomie geführt werden.Bis zu dem Moment, wo das Volk intellektuell und psychologisch vorbereitet ist auf Veränderungen.

Anmerkung:

(1) In einem anderen Interview mit „afrique-asie" vom 16.4.1978 führt Robert Mugabe aus:

Der Nordosten des Landes (Motoko und die Region um den Berg Darwin) entzog sich der Kontrolle der Besatzer, d.h. daß er praktisch befreit ist. In der Region von Gutu (im Norden von fort Victoria) haben die Bauern aufgehört, Steuern zu bezahlen, die Brücken zerstört, die Telefonverbindungen durchschnitten, die Kolonialverwaltung total demontiert! ...

SÜDAFRIKA
Aktion zum Prozeß gegen Soweto-Studenten

Am 18. November will das faschistische Regime Südafrikas 11 Soweto-Studenten wegen Volksverhetzung (oder alternativ mit dem Gesetz gegen Terrorismus) vor Gericht stellen. Seit den Aufständen in der schwarzen Ghettostadt Soweto, bei denen sich die Oberschüler und Studenten gegen die Verschärfung des diskriminierenden und rassistischen Systems der Bantuerziehung wehrten (siehe auch die blätter des iz3w, Nr. 56/76 u. Nr. 66/77), wurden nacheinander die meisten dieser Studenten – sofern sie es nicht schafften, noch rechtzeitig ihr Land zu verlassen – von der berüchtigten Sicherheitspolizei verhaftet oder sie ‚verschwanden' einfach. So mußten sich wohl alle nun schon zwei Jahre lang Verhören der Sicherheitspolizei unterziehen, die meist mit Folter verbunden sind. Diese sind denn auch schon des öfteren tödlich verlaufen wie das prominenteste Beispiel Steve Bikos, einer der Führer der Black-Conciousness-Bewegung, zeigt (dazu Chronik der blätter des iz3w, Nr. 66, Dez. 1977).

Nach letzten Meldungen müssen sich jetzt diese Studenten – allesamt Mitglieder des Repräsentativrats der Studenten Sowetos (S.S.R.C.) wegen Aufwiegelung der Bevölkerung vor einem Gericht verantworten, bei dem die Richter und Geschworenen Repräsentanten der weißen rassistischen Minderheit sind. Unter Aufwiegelung der Bevölkerung versteht die südafrikanische Staatsanwaltschaft folgendes:

Diese 11 Studenten werden stellvertretend für die SASM/SSRC beschuldigt:

1. für die Befreiung von politischen Gefangenen demonstriert zu haben;
2. Versammlungen und Demonstrationen abgehalten zu haben, die zu Zusammenstößen mit der Polizei geführt haben;
3. politisches, soziales und kulturelles Bewußtsein und Solidarität bei den schwarzen Schülern und Studenten angestrebt zu haben.

Zudem wird die Organisation auch beschuldigt, die Bantuerziehung entschieden abzulehnen.

Auf ‚Volksverhetzung' stehen Strafen bis zu lebenslänglicher Haft (z.B. auf der berüchtigten Robbeninsel) oder gar Todesstrafe.

Die Angeklagten, die ihre legitimen sozialen und politischen Rechte wahrgenommen haben, werden aus einer breiten Protestbewegung herausgegriffen, um diese Bewegung zu kriminalisieren. Sie werden angeklagt auf der Grundlage von Gesetzen, die von den Weißen Südafrikas so geschaffen wurden, daß mit ihnen jeder Protest und Widerstand der Aburteilung zugeführt werden kann.

Da sich diese Studenten – genau wie diejenigen, deren Verbleib bis heute noch unbekannt ist – in seiner sehr bedrohlichen Lage befinden, bitten wir Sie dringend, etwas zu unternehmen. Es wäre z.B. sinnvoll, für den Prozeßtermin im November Demonstrationen vor südafrikanischen Konsulaten und der Botschaft zu organisieren, in denen Sie Ihre Solidarität für diese Studenten und die unterdrückte und entrechtete Bevölkerung Südafrikas ausdrücken, oder an Ständen die bundesdeutsche Bevölkerung über das faschistische System Südafrikas und diese Prozeße zu informieren. Sie können aber auch diese Studenten unterstützen und die südafrikanische Regierung unter Druck setzen, indem Sie Protestbriefe an die Botschaft der Südafrikanischen Republik in Bonn schicken (Auf der Hostert 3, 53 Bonn-Bad Godesberg 1), etwa nach folgendem Muster:



Ich protestiere gegen das Vorgehen der südafrikanischen Sicherheitspolizei gegen die Schüler und Studenten von Soweto und gegen die im September stattfindenden Prozesse wegen ‚Volksverhetzung' gegen folgende Mitglieder des Repräsentativrats der Studenten Soweto (S.S.R.C.):

1. *Sechaba D. Nontsisi, (Alter: 22 J.)*
2. *Sandile Seth Mazibuko, 19 J.*
3. *Welile C. Twala, 18 J.*
4. *Khotso J. Lengane, 21 J.*
5. *Sibongile S. Mtehembu, 22 J.*
6. *Mafison Morobe, 21 J.*
7. *Thabo Ndabeni, 21 J.*
8. *Kennedy Mogami, 19 J.*
9. *Teboho Mngomezulu, 21 J.*
10. *Michael Khiba, 20 J.*
11. *George Rwala, 23 J.*

Diese und alle weiteren Studenten haben ihre legitimen sozialen und politischen Rechte wahrgenommen.

Sich dieser unbequemen Kritiker Ihres Systems auf diese Art zu entledigen, mag zwar Ihrer Justiz und Polizei sehr gelegen kommen, verstößt aber in jedem Falle gegen die Menschenrechte und widerspricht den Prinzipien einer freien parlamentarischen Demokratie, die Ihr Land zu sein behauptet.

Wir bitten Sie daher, sofort alle diese Studenten freizulassen und die Praktiken Ihrer berüchtigten Sicherheitspolizei einer genaueren Untersuchung zu unterziehen.

Wir verbleiben in der Hoffnung, daß Sie so schnell wie möglcih handeln und diesen unseren Freunden Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Unterrichtsmaterialien zu Südafrika

Die „Informationsstelle Südliches Afrika" e.V. (ISSA) hat das Doppelheft ihres Info-Dienstes als Unterrichtseinheit zum Apartheidsystem herausgegeben. Die Materialien richten sich insbesondere an Lehrer und Schüler der Sekundarstufe II; sie sind aber auch in der Sekundarstufe I, der Erwachsenenbildung oder im kirchlichen und gewerkschaftlichen Bildungsbereich verwendbar. Aufgrund der Struktur der reformierten Oberstufe eignet sich die Unterrichtseinheit vor allem für einen halbjährigen Kurs im Fachbereich Gemeinschaftskunde/Gesellschaftslehre. Eine ausführliche Zusammenstellung von Texten, Aufsätzen, Büchern, Filmen, Dias und Tondokumenten findet sich im Schlußteil des Heftes. Preis: DM 4,–
Bestellung bei: ISSA, 53 Bonn, Blücherstr. 14



Wenn man mir erlaubt, zu sprechen...

Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens"

... Das „Zeugnis der Domitila" ist nicht geschrieben, es ist gesprochen, und es ist gut, daß der Gesprächsduktus erhalten geblieben ist, sogar colloquiale Floskeln nicht gestrichen wurden. So ist die *Stimme* erhalten geblieben, und diese Stimme ist klar, intelligent, sensibel bis ins delikate Detail. Es ist verblüffend, als wie kompliziert sich das Leben dieser einfachen Frau eines bolivianischen Minenarbeiters herausstellt; zunächst auf der härtesten, der ökonomischen Basis, wo es um das nackte Leben geht: um Milch, Mais, Brot, Wohnung. Die unerträglichen Zu- und Umstände werden in ihrem politischen Zusammenhang erkannt, daraus ergibt sich die Analyse des Politischen, es geschieht – Gott sei's geklagt: das Wort ist noch zu gebrauchen – Bewußtseinsbildung. Die hat Aktivität, dann Aktion zur Folge: Es werden Hausfrauen-Komitees gegründet, Diskussionen und Gespräche finden statt, die Gewerkschaften treten ein und auf. Man lese sorgfältig, was Domitila an Folter und Mißhandlung durch Polizei und Militär erfährt; was sich bei der späteren Besetzung ihrer Siedlung durchs Militär abspielt; wie die einzige Stimme der Arbeiter, ihre Radio-Stationen, zerstört werden; später, nach unfaßbaren Foltern im Gefängnis, wird sie Bestechungsversuche erfahren – und ablehnen. Man erinnert sich vielleicht daran, daß der Kardinal und Erzbischof von La Paz im Jahre 1977 hungerstreikenden Frauen in seiner Kathedrale Asyl gewährte; daß er das Anliegen der Frauen unterstützte, daß die Regierung Banzer nachgab: Die Anführerin dieser Frauengruppen war Domitila.

Es ist schon mehr als verblüffend, wie diese „einfache" Frau Zusammenhänge erkennt, Vorgänge analysiert, ihre Erkenntnisse in Aktionen umsetzt, handfest und wenn notwendig handgreiflich: hart, hartnäckig, oft auf Kosten ihrer Familie und nicht immer im Einverständnis mit ihrem Mann, den die Minenarbeit mürbe gemacht hat. Kein Wunder, daß man ihr ein sanfteres Leben in der Hauptstadt anbietet, was sie ablehnt, um den mörderischen Kreislauf von Privilegierung und Korruption und Bestechung zu durchbrechen. Die sozialen und sozialpolitischen Erkenntnisse der Domitila gehen weit über das hinaus, was sie direkt in ihrer Minenarbeiter-Siedlung erlebt und erfährt. Ihr Diskussionsbeitrag zum Thema Emanzipation zeugt von hoher, von höherer Einsicht. Vor dem „Internationalen Frauenkongreß" in Mexiko 1976 erklärt sie die dort behandelten Themen lesbische Liebe, Hausfrauen-Frustration im Haushaltmaschinenpark, Kochtopf-Trauma als für sie und ihre Genossinen uninteressant: Sie würde (das ist eine Interpretation, Domitila drückt es anders aus) ganz gerne am Kochtopf stehen, hätte sie nur einen und außerdem noch etwas drin. Sie sieht, wie die Männer – Minenarbeiter – zerstört, fast vernichtet werden durch die Arbeitsbedingungen; wie ihnen die Radiostationen, ihr einziges Publikations- und Kommunikationsinstrument, zerstört werden; sie appelliert an die Soldaten als Söhne des Volkes und Arbeitersöhne; sie erkennt an, daß die kirchlichen Sender, als bloß antikommunistische Propagandastationen und somit *nolens volens* Hilfsinstrumente des Kapitalismus und der Diktatur gegründet, Ton und Adresse geändert haben. Möge sich diese Entwicklung nur fortsetzen und möge einer, irgendeiner diesen Menschen doch klar machen, worauf sie denn hoffen sollen, wenn nicht auf den, dann auf einen Sozialismus, nachdem Verstaatlichung innerhalb einer Diktatur ihr Elend eher vergrößert hat. Worauf denn, wenn sie überhaupt noch Kraft zur Hoffnung haben, sollen sie denn hoffen nach fast fünfhundertjähriger Erfahrung mit einer merkwürdigen Version des „Christentums", das ihnen den Himmel versprach und die Erde nahm? Wobei ihnen der Himmel immer von denen versprochen wurde, die von der Erde und ihren Schätzen genug besaßen.

Wer möchte sich wundern, daß die Ausgebeuteten anfangen, dem metaphysischen Falschgeld zu mißtrauen? Besonderer Aufmerksamkeit wert ist das Kapitel über die verheerenden Wirkungen des (hauptsächlich) nordamerikanischen Fernsehens, das in Kindern und Erwachsenen Konsumträume weckt, die nie befriedigt werden können.

Das Zeugnis der Domitila ergänzt und bestätigt, was hochintellektuelle Analysen der lateinamerikanischen Situation (etwa: Eduardo Galeano: „Die offenen Adern Lateinamerikas"), was hochliterarische Schilderungen (García Marquez, Alejo Carpentier, Vargas Llosa und viele andere) auf ihre Weise mitteilen: Die Ausbeutung (keine Gänsefüßchen!) wird fortgesetzt, auch nach Verstaatlichungen und nicht nur durch neokolonialistische Mächte – sie wird fortgesetzt auch im Einverständnis mit einheimischen Kreisen und Kräften, die hin und wieder progressiv beginnen und reaktionär enden, oder wenn sie naiv genug sind, sozialen Fortschritt weiterhin für notwendig zu halten, gestürzt werden...

Gekürzter Abdruck einer Rezension v. Heinrich Böll in der 'Zeit' vom 9.6.1978

Moema Viezzer: „Wenn man mir erlaubt zu sprechen... – Zeugnis der Domitila, einer Frau aus den Minen Boliviens", mit einem Vorwort von Günter Wallraff, aus dem Spanischen von Carmen Alicia Egas und René Muta; Querheft 3, Lamuv Verlag, Bornheim-Merten, 1978; 174 S. 12,80 DM.

AKTIONSGRUPPEN



2. BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN

EINLADUNG

zum 2. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin in Nürnberg

Am 20. – 22. Oktober 1978 findet in Nürnberg der 2. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen statt. Teilnahmeberechtigt sind – wie schon beim 1. Bundeskongreß 1977 in München – alle unabhängigen Aktionsgruppen sowie Basis- und Ortsgruppen von Organisationen und Dachverbänden.
Jede Aktions-, Basis- und Ortsgruppe hat eine Stimme, unabhängig davon, ob sie mit einem oder mit 2 Delegierten am Kongreß teilnimmt.
Da die Unterkunft dieses Mal, anders als in München, absichtlich weniger komfortabel organisiert wurde, konnte die Teilnehmergebühr, 1977 noch 50 DM pro Person, auf 35 DM pro Person gesenkt werden. Es ist unbedingt erforderlich, gleichzeitig mit der Anmeldung die Teilnehmergebühr (bei 2 Delegierten 70 DM) an das Konto des Bundeskongresses zu überweisen. Dazu kann beiliegendes Überweisungsformular benutzt werden. Gruppen, die ihren Jahresbeitrag immer noch nicht bezahlt haben, werden gebeten, das gleich mit zu erledigen.
In Nürnberg werden die Delegierten in der Jugendherberge in der Kaiserburg untergebracht. Dort stehen über 200 Plätze zur Verfügung. Die Betten müssen spätestes 4 Wochen vorher reserviert werden. Es können also nur Anmeldungen berücksichtigt werden, die bis zum

23. September 1978

bei uns eintreffen. Ein Plenarsaal und ein Dutzend Räume für Arbeitsgruppen stehen im Kommunikationszentrum Nürnberg zur Verfügung, ca. 15 Minuten zu Fuß von der Burg entfernt.
Jeder Delegierte muß 10 DM Fahrtkosten selbst tragen. Alles, was darüber hinausgeht, wird ersetzt. Um Kosten einzusparen, bitten wir Euch dringend, Fahrtgemeinschaften zu bilden. Eine Liste der Anmeldungen mit Telefonnummern wird rechtzeitig herumgeschickt.

mit solidarischen Grüßen
Der Koordinierungsausschuß

Anmeldungen an den Bundeskongreß, c/o iz3w, Weißenburger Straße 23, 4600 Dortmund 1 (Teilnehmerbeitrag 35 DM auf das Konto Dietrich Woelki, Sonderkonto Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, PSchA Dtm 189 006 - 468 überweisen).

BUNDESKONGRESS ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN (Buko)
c/o iz3w Dortmund, Weißenburgerstr. 23, 4600 Dortmund

Koordinierungsausschuss (KA):

GREGORY, Alexander, Luisenstr. 18, 7500 Karlsruhe, Tel. 0721/24138 (d)
IG3W Kiel, z.H. Uwe Hanf, Sophienblatt 69, 2300 Kiel, Tel. 0431 / 672627
PATER, Siegfried, Kessenicherstr. 13, 5300 Bonn, Tel. 02221/239148 (P) 658613 (ila)
STELCK, Edda, Bornwiesenweg 65, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/5972396 (P) 762811 (d)
WELTMARKT Nürnberg, Königstr. 93, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/223647, Tel. 09189/557 (Tommy), Tel. 09101/8376 (Klaus)
WOELKI, Dietrich, Steinkühlerweg 120, 4600 Dortmund 30, Tel. 0231/413598 (P) / 819096 (d)
ASÖP c/o Andreas Zumach, Utrechterstr. 5, 5000 Köln, Tel. 0221/526974 (P)

Koordinierung des KA:	Edda
Hanbuch:	Alexander
Internationale Kontakte:	Andreas
Finanzen:	Dietrich Woelki
Seminare:	Siegfried und Gerlinde Rübel
Presse:	Siegfried
BUKO 78:	Dieter Schliermann

Protokolle des KA können von allen Gruppen angefordert werden. Wirklich verständlich sind Protokolle jedoch normalerweise nur für Teilnehmer: Die Sitzungen sind öffentlich, bitte kommt mal' vorbei. Die Termine stehen im Rundbrief. Bisher noch im Prot.-*Verteiler:*

STÄNDIGE KONFERENZ ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN, REGION SAARLAND
Auskunft: Avelino Fungo, Waldhausweg 7, Zi. 507, 6600 Saarbrücken 3, Tel. 0681/34916, od.: Martin Keiper, Neffstr. 8, 6600 Saarbrücken
KA: Gerlinde Rübel

DACHVERBAND ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AKTIONSGRUPPEN BADEN-WÜRTTEMBERG, (DEAB)
1. Sprecher: Walter Schwenninger, Münzgasse 16 b, 7400 Tübingen, Tel. 07071/211060, 2. Sprecher: Joachim Fuchs, Veilchenstr. 33, 7500 Karlsruhe, OK: Renate Müller, Kornbergweg 19, 7325 Boll, Tel. 07164/2051 (d)
KA: Alexander Gregory

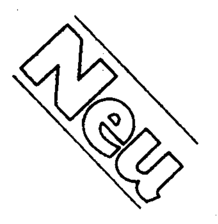
Informationszentrum 3. Welt Freiburg, Postfach 5238, 7800 Freiburg, Tel. 0761 / 74003

Aktionszentrum arme Welt Tübingen, Lange Gasse 2, 7400 Tübingen

Partnerschaft 3. Welt, Sterngasse 14, 7900 Ulm, Tel. 0731/68108

STÄNDIGE KONFERENZ ENTWICKLUNGSPOLITISCHER GRUPPEN SÜDBAYERN,
Königinstr. 83, 8000 München 22, (Reinhard Wesel, Tel. 089/7144864)

VORABDRUCK



Entwicklungspolitik – Hilfe oder Ausbeutung?

Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe

iz3w, Freiburg (Hg.), Oktober 1978, 320 S. (mit vielen Schaubildern), DM 8,80

Bestellungen des Buches sind ab sofort an das iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg, möglich.

Im folgenden bringen wir als Vorabdruck 3 Abschnitte des Buches:
– das **Vorwort** (leicht gekürzt),
– die **Gliederung** und
– einen **Auszug** aus dem Kapitel über die **Infrastruktur**.

I. Vorwort

Mit diesem Buch legt die „Arbeitsgruppe Entwicklungspolitik" beim Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, das Ergebnis einer länger andauernden Beschäftigung mit dem Thema vor.

Der Ausgangspunkt unserer Arbeit war die Erkenntnis, daß ein deutlicher Mangel an solchen Veröffentlichungen besteht, in denen die Entwicklungspolitik der BRD in einem konkreten Sinne (also u.a. mit Projekten, Sektoren, Ablaufverfahren, Entstehungsgeschichte und Interessenshintergründen) im Zusammenhang dargestellt wird mit der außenwirtschaftlichen Verpflechtung und den diesbezüglichen Interessen der BRD. Demgegenüber existieren viele globale Studien der internationalen Verflechtungen und zu den allgemeinen Fragen von Entwicklung, Wachstum, sozialem Wandel, Abhängigkeit und Imperialismus. Zur Entwicklungspolitik existieren nicht wenige globale Studien einerseits und sehr spezielle Arbeiten andererseits.

Mit diesem Buch wollen wir also einen Beitrag leisten zur bisher vernachlässigten konkreten Zusammenschau von Entwicklungspolitik und außenwirtschaftlicher Verflechtung der BRD. Deshalb weist unsere Publikation eine Fülle von Daten und Fakten und nur wenige abstrakt-globale Abschnitte auf. Die Arbeit ist insoweit stark empirisch-deskriptiv ausgerichtet, ohne allerdings dadurch „theorielos" zu werden, wie etwa die Abschnitte über den Entwicklungsbegriff, die Globaleinschätzung der Entwicklungspolitik sowie die sektoralen Einschätzungen zeigen. Unsere Entscheidung für eine mehr empirisch-deskriptive Ausrichtung der Arbeit heißt weder, daß wir die mehr theoretisch ausgerichteten und auf einem relativ hohen Abstraktionsniveau angesiedelten Arbeiten hier kritisieren wollen, noch heißt es, daß wir selbst keinen umfassenderen theoretischen Standort beziehen.

Darüber hinaus haben wir uns durchweg bemüht, eine verständliche Sprache zu finden und unsere Arbeit somit auch z.B. für Schüler gut lesbar abzufassen.

II. Gliederung

III. Auszug aus dem Kapitel: „Entwicklungshilfe im Sektor materielle Infrastruktur" Punkt 6.7.4: Ein Projektbeispiel: der Hafen von San Pedro/ Elfenbeinküste (leicht gekürzt)

(a) Die Bedeutung des Hafens
Am 12. August 1968 wurde in San Pedro, im Südwesten der Elfenbeinküste, der Grundstein für den zweiten Tiefseehafen des Landes gelegt. Geplant war ein Hafen mit einer Umschlagskapazität von rund 1 Mio. Tonnen pro Jahr (10).

An den Kosten von 4,33 Milliarden FCFA, (11) das sind etwa 57 Millionen DM, war die Bundesrepublik über die Kreditanstalt für Wiederaufbau mit einem Kapitalhilfekredit von 34,1 Millionen DM (= 60 % der Baukosten) beteiligt. Weitere Kredite wurden von Frankreich und Italien gegeben.
In etwa dreijähriger Bauzeit entstand ein moderner Hafen, mit einem 30 Hektar großen Hafenbecken, mit insgesamt 900 m Kai, 6 Ankerplätzen von jeweils 11 Meter Tiefe für die Verladung von Rundholz (Kapazität: 150 000 Tonnen pro Jahr und Ankerplatz), mehreren Kaischuppen, einem Tanklager für Palmöl und einer Tiefkühleinrichtung für den Fischereihafen u.a.
Am Bau des Hafens waren auch zwei deutsche Firmen beteiligt, die Philipp Holzmann AG, Frankfurt, und die Julius Berger-Bauboag AG, Wiesbaden. Die Bauüberwachung oblag der Rhein-Ruhr-Ingenieur-GmbH, Dortmund, zusammen mit einem französischen Unternehmen. Im September 1971 wurde der Hafen eröffnet.
San Pedro war zu dieser Zeit ein völlig unbedeutendes Fischerdorf. Keine einzige asphaltierte Straße führte in das Hinterland und von einigen Dörfern abgesehen war die etwa 34 000 km^2 große Südwest-Region weitgehend unerschlossen, nahezu menschenleer und mit weniger als 1 % am Bruttosozialprodukt der Elfenbeinküste beteiligt.
Für den Bau des Hafens werden im wesentlichen zwei Gründe genannt:
1) Der Hafen ermöglicht die wirtschaftliche Nutzung des bis dahin fast unberührten tropischen Regenwaldes der Süd-West-Region. Der Regenwald dieser Region macht etwa 50 % des gesamten in der Elfenbeinküste noch vorhandenen Waldes aus und er enthält wertvolle tropische Edelhölzer, eines der wichtigsten Exportgüter des Landes.
2) Der Hafen soll später das Zentrum der landwirtschaftlichen und industriellen Entwicklung der Süd-West-Region sein und die notwendigen Importe und Exporte ermöglichen.

(b) Der Hafen von San Pedro und der Holzexport der Elfenbeinküste
Neben Kaffee und Kakao sind tropische Hölzer das wichtigste Exportgut der Elfenbeinküste.

Tab. 17: Exporte der Elfenbeinküste nach wichtigen Waren 1970 -74 (in Mrd. FCFA und in % vom Gesamtexport)

Waren	1973	%	1974	%	1975	%	1976	%
Kaffee	45,5	23,8	63,2	21,6	61,7	24,2	132,0	33,6
Kakao	34,0	17,8	74,3	25,3	47,6	18,7	71,4	18,2
Rundholz (unverarbeitet)	65,7	34,4	47,7	18,6	34,8	13,7	63,2	16,1
Verarbeitetes Holz			18,4	6,4	6,6	2,6	15,1	3,8

Nach der Unabhängigkeit des Landes (1960) lag die Ausbeutung des Urwalds vorerst völlig in der Hand von etwa 100 europäischen Firmen. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn die Elfenbeinküste war und ist für ausländische Unternehmen ein sehr interessantes Land. Freier Gewinn- und Kapitaltransfer ist gesetzlich garantiert; das heißt, das ganze Kapital, das eine Firma investiert, darf sie auch wieder ausführen und Gewinne dürfen zu 90 % ausgeführt werden (nur 10 % müssen wieder im Land investiert werden). Unter bestimmten Bedingungen genießen ausländische Unternehmen völlige Einkommensteuerfreiheit für fünf oder mehr Jahre (15); dazu kommen unter anderem Zollfreiheit für Importmaterialien, die zu einem Investitionprojekt gehören und Steuerfreiheit für entsprechende einheimische Materialien. Obwohl die Holzexporteure nur einige dieser Vorteile nutzen können, haben sie im Holzgeschäft eine außerordentlich kapitalintensive Technologie eingeführt: Modernste Maschinen für den Holzeinschlag und für den Transport wurden und werden hier eingesetzt: Arbeitskräfte werden nur wenige gebraucht (16).
Inzwischen wurde der Einfluß ausländischer Firmen sogar der Regierung der Elfenbeinküste zu groß. So wurden im Rahmen der „Ivorisierung" (17) die Konzessionen für den Holzeinschlag nur noch an ivorische Unternehmer vergeben. Dadurch ist der Anteil der ausländischen Unternehmen nach offiziellen zahlen auf 33 % (1970) gesunken. Man kann aber davon ausgehen, daß eine überwiegende Mehrheit der im Holzsektor „tätigen" Ivorer weder die Mittel noch die Absicht hat, ihre Konzessionen selbst auszunutzen. Diese werden vielmehr für vier bis sechs Dollar pro Kubikmeter Holz an eben jene ausländischen Gesellschaften verkauft. (18)
Wie diese Zusammenarbeit zwischen ausländischen Exporteuren und einheimischen Konzessionsinhabern in der Praxis aussieht, geht aus einem Interview eines ZDF-Reporters mit einem deutschen Holzexporteur hervor (siehe Kasten).
Durch die „Ivorisierung" des Holzexports hat sich nur insofern etwas geändert, als jetzt der gewinn aus dem Geschäft nicht mehr vollständig ins Ausland fließt, sondern ein kleiner Teil davon einflußreichen Leuten in Regierung, Verwaltung und Militär zugute kommt, ohne daß diese Leute dafür irgendeine Arbeitsleistung erbringen. Die Ausbeutung des Waldes ist zu einem Objekt der Spekulation geworden.

Bevor der Hafen San Pedro gebaut wurde, lief praktisch der ganze Holzexport über den Hafen abidjan. Durch die zunehmde Abholung in den Gebieten um Abidjan wurden jedoch die Transportwege zum Hafen immer länger und das Holzgeschäft für die beteiligten Firmen damit weniger rentabel. Ein Transport von den Wäldern des Südwestens lohnte sich nicht. Die Ausbeutung dieser Wälder wurde erst durch den Hafen von San Pedro rentabel.

(c) Die Auswirkungen des Hafens von San Pedro: Wachstum ohne Entwicklung
– Wirtschaftliche Auswirkungen –
Die bisherige wirtschaftliche Entwicklung der Elfenbeinküste wird oft als „Wirtschaftswunder" bezeichnet. Tatsächlich lag die jährliche reale Wachstumsrate des Brutto-Sozial-Produktes von 1960 bis 1972 durchschnittlich bei 7,6 % (alle afrikanischen Länder ohne arabischen Länder und ohne Südafrika in dieser Zeit: 4,6 %), war seither die Handelsbilanz im Gegensatz zu den meisten anderen afrikanischen Ländern stets positiv (das heißt, es wurden in jedem Jahr wertmäßig mehr Waren exportiert als importiert) und tatsächlich besitzt die Elfenbeinküste heute eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen Schwarz-Afrikas.

Der Hafen von San Pedro trägt zu einem weiteren wirtschaftlichen Wachstum in diesem Sinne bei.

INTERVIEW* MIT EINEM DEUTSCHEN HOLZUNTERNEHMER IN DER ELFENBEINKÜSTE

Berg (Interviewer): In welchen Positionen sitzen die Leute, mit denen Sie zusammenarbeiten?

Holzunternehmer: Die Leute sind in jedem Falle in der Verwaltung beim Militär oder bei der Polizei, haben Einfluß auf die Administration, sind auch da beschäftigt – und sind in jedem Falle Leute, die einen nicht geringen Einfluß haben.

Berg: . . . und darauf kommt es an?

Holzunternehmer: Das ist das Wichtigste!

Berg: Sagen Sie, diese Leute arbeiten selber nicht mit, – die setzen ihren Fuß nie hierher, nicht wahr?

Holzunternehmer: Das ist uns die liebste Form der Zusammenarbeit, denn wir wollen unseren Arbeitsablauf nicht gestört haben. Das heißt, wir lassen uns nicht reinreden, machen unseren Kram korrekt, wickeln es ab . . . und dafür sind wir inzwischen auch bekannt.

Berg: Ja – wollte ich fragen, wie kommen Sie an die Leute heran?

Holzunternehmer: In der Hauptsache kommen die Leute zu uns.

Berg: Warum?

Holzunternehmer: Wir arbeiten schon seit drei und vier Jahren mit Ivorern zusammen. Und wir haben auch eigene Chantiers.** – Mit den Leuten, mit denen wir zusammenarbeiten, ist es gut gelaufen. Und ich denke, die empfehlen uns weiter.

Berg: Wenn Sie das nun mit dem Zustand von vor dieser Neuregelung vergleichen, um wieviel teurer ist das Holzgeschäft dadurch geworden, daß Sie einen Ivorer in Ihr Geschäft mit aufnehmen mußten?

Holzunternehmer: Die Frage ist nicht ganz richtig. Wir nehmen den nicht mit auf! Sondern wir schließen mit ihm als Eigentümer des Chantiers einen Kontrakt. – Um auf Ihre Frage zurückzukommen: Sie dürfen davon ausgehen, daß der Preis pro Kubikmeter etwa zehn bis zwölf Mark höher geworden ist.

Berg: Das verdient der Ivorer dadurch, daß er jetzt Eigentümer geworden ist?

Holzunternehmer: Ja!

Berg: Würden Si in der Lage sein zu sagen, was so ein Mann durch seine nominelle Eigentümerschaft verdient?

Holzunternehmer: Wollen Sie eine Summe hören?

Berg: Ja, ungefähr.

Holzunternehmer: Also, die variiert sehr stark. Ich muß Ihnen eine Summe sagen „von – bis". Es ist drin, daß sie von 20.000 bis 200.000 verdienen.

Berg: D-Mark?

Holzunternehmer: Ja!

Berg: Pro Jahr?

Holzunternehmer: Pro Jahr!

* Aus dem Film von Peter Berg, Die neuen Herren sind die alten, ZDF, 9.4.1972

** Chantiers sind Waldgebiete, die für den Holzeinschlag freigegeben sind.

Doch selbst in westlichen Ländern, wo das „Wirtschaftswunder" der Elfenbeinküste im Zusammenhang mit den weitgehenden Zugeständnissen dieses Landes an ausländische Investoren besonders hoch gepriesen wird, wird gelegentlich zugegeben, daß von „einer breiten Vermögensverteilung keine Rede sein kann" (Frankfurter Allgemeine Zeitung).
Dies ist eine vorsichtige Umschreibung der ausgeprägten Ungleichheiten in diesem Land, wo „der statistisch festzustellende, vergleichsweise hohe und rapide wachsende wirtschaftliche Wohlstand an der Masse der Einheimischen ganz offensichtlich in jeder Weise vorübergeht" (19) und wo sich eine kleine aber einflußreiche Oberschicht von Europäern und Ivorern die Reichtümer des Landes aneignet.
Das relativ hohe Pro-Kopf-Einkommen in der Elfenbeinküste ist schon regional ganz unterschiedlich verteilt:
In der Hauptstadt Abidjan beträgt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen mehr als das Zehnfache im Vergleich zum ländlichen Norden; es beträgt sogar mehr als das Sechzigfache, wenn man nur das Geldeinkommen betrachtet.
Aber auch das hohe Einkommen in Abidjan ist extrem ungleich verteilt: Etwa ein Drittel der Bevölkerung Abidjans muß unter menschenunwürdigen Bedingungen in Elendsvierteln der Stadt leben; die Arbeitslosigkeit wird auf über 30 % geschätzt (20).
Nach einer Statistik der „Oxford University Press" entfallen in der Elfenbeinküste nur 10,8 % des Bruttosozialprodukts auf die „unteren" 40 % der Bevölkerung, aber 57,1 % auf die „oberen" 20 %. Damit wird die Elfenbeinküste im internationalen Vergleich den „Ländern mit großer Ungleichheit" zugerechnet. (21)
Dieser großen Ungleichheit wird der Hafen nicht entgegenwirken, im Gegenteil: Durch den Hafen wird der Holzexport für weitere 10 bis 20 Jahre ein profitables Geschäft bleiben, wobei die Gewinne weiterhin zwischen den ausländischen Exportfirmen und der einheimischen Oberschicht aufgeteilt werden. Die Bevölkerung wird außer einigen wenigen Arbeitsplätzen kaum eine Verbesserung ihrer Lage erfahren.
Sollte in Zukunft ein bereits bestehendes internationales Firmenkonsortium (22) die Eisenerzvorkommen bei Bangolo abbauen und über San Pedro verschiffen, so dürfte der Nutzen für die beteiligten Firmen einerseits und die Mehrheit der in Armut lebenden Bevölkerung andererseits ganz ähnlich sein wie im Sektor Holz.

Auch die in San Pedro und Umgebung geplanten Industriebetriebe werden fast ausschließlich ausländische Privatinvestitionen sein, evtl. mit staatlichen Minderheitsbeteiligungen; auch schon jetzt liegt der größte Teil der Industrie in ausländischen Händen (23). Mit großformatigen Anzeigen in europäischen Zeitungen – z.B. in der „Financial Times" vom 5.6.1975 – wirbt die Elfenbeinküste um Investitionen für die Südwest-Region.

Von der Regierung der Elfenbeinküste wird erwartet, daß sie auch in Zukunft die Infrastruktur den Erfordernissen dieser „Entwicklung" anpassen wird. So wie der Hafen bei seiner Eröffnung vor allem für den Export von Holz angelegwar, wird er nach einigen Jahren entsprechend den Interessen der in Industrie oder Bergbau investierenden Firmen und der landwirtschaftlichen Plantagenbetriebe umgebaut werden müssen. Pläne dieser Art, (z.B. sollen Ankerplätze in Kailiegeplätze umgewandelt werden), gibt es bereits (24) und 1975 hat die BRD einen weiteren Kredit von 50 Mio. DM zugesagt, mit welchem unter anderem der „weitere Ausbau des Hafens von San Pedro" finanziert werden soll.

– *Klimatische Veränderungen*

Ein weiterer wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit der Abholzung des tropischen Urwaldes in der Elfenbeinküste und deren Nachbarländern ist die Auswirkung auf das Klima. Fachleute, wie z.B. der schottische Klimatologe James Grant (25) vertreten die Auffassung, daß die Entwaldung in der Küstenzone Westafrikas zu einem bedeutenden Austrocknungsprozeß in den weiter nördlich gelegenen Regionen der Sahel-Zone geführt hat.
In der Elfenbeinküste selbst hat die Abholzung enorme Ausmaße angenommen. Die Bestände an tropischem Urwald verringerten sich von 1956 bis 1977 um mehr als 50 % von 9,8 Millionen Hektar auf 4,8 Millionen Hektar, was pro Jahr einem durchschnittlichen Verlust von etwa 250 000 Hektar Urwald bedeutet. Obwohl für den Export und für die Verarbeitung nur einzelne Bäume zu gebrauchen sind, wurden die Wälder zum Teil nicht nur „abgekämmt", sondern unterschiedslos abgeholzt. Dazu kommt, daß neben dem Nutzholz jedes Jahr noch eine etwa gleich große Menge Brennholz geschlagen wird.

Wenn diese nur noch als Raubbau zu bezeichnende Abholzung fortgesetzt wird (im neuen 5-Jahresplan von 1975-1980 ist eine weitere Steigerung des Holzeinschlages vorgesehen), kann man sich leicht ausrechnen, wann es in der Elfenbeinküste keinen Wald mehr geben wird. Eine Wiederaufforstung findet praktisch nicht statt: Nur etwa 1 % der abgeholzten Flächen werden neu bepflanzt. (26)

Unmittelbare Auswirkungen hat dieser Raubbau auf das sogenannte Kleinklima in der näheren Umgebung: Das Wasser wird schlechter im Boden gehalten, die Temperaturen steigen, die Humusschicht wird nicht mehr durch verwesende Pflanzenbestandteile ständig erneuert und die Erosion wird gefördert (Regen und Wind tragen den Boden ab). Grundwasserzonen, die sich oft über Hunderte von Kilometern erstrecken und von tropischem Regenwald gespeist werden, verändern sich und verlieren an Bedeutung.
Über diese Veränderungen des Kleinklimas gibt es in den westafrikanischen Ländern gegenwärtig nur lückenhafte Daten. Noch weniger gesicherte Daten gibt es im Bereich des Großklimas über langfristige Beobachtungszeiträume hinweg. Als gesichert kann indes gelten, daß die über dem tropischen Regenwald aufsteigende, relativ kühle Feuchtigkeit eine verstärkte Wolkenbildung zur Folge hat, die auch weiter im Norden zu Regenfällen führt.
In welchem *Umfang* allerdings die Regenfälle der Sahelzone von diesem Verdunstungsprozeß in der (früher) waldreichen Küstenzone im Süden abhängig sind, kann mangels Daten noch nicht gesagt werden.

Als Folge der fortgesetzten Abholzung müssen jedenfalls weitere Klimaveränderungen befürchtet werden, die in der Sahelzone katastrophale Auswirkungen haben können. (27) Der Hafen von San Pedro, welcher die Abholzung eines weiteren großen Gebietes ermöglicht, trägt auf diese Weise zu dem Austrockungsprozeß in Westafrika bei.

Anmerkungen:

(10) Zum Vergleich: Der Güterumschlag im Hafen von Abidjan, der Hauptstadt der Elfenbeinküste, betrug 1970 5,08 Mio. Tonnen. Abidjan ist einer der wichtigsten Häfen in Westafrika.
(11) Offizielle Währungseinheit ist der „Franc de la Comunauté Financière Africaine (FCFA)". 100 FCFA = 1,32 DM (1970)
(15) Vgl. das Investitionsgesetz der Elfenbeinküste. Göttlich, G., Der Raum Abidjan als Industriestandort, Frankfurt 1973, Seite 268.
Manche Firmen setzen die Regierung aber zusätzlich noch unter Druck. Als die zehnjährige Periode der Zoll- und Steuerfreiheit für das Renault-Montagewerk in Abidjan zu Ende ging, drohte Renault der Regierung an, daß das Werk (mit etwa 250 Arbeitsplätzen) wegen mangelnder Rentabilität geschlossen werden müsse. Das Zoll- und Steuerprivileg wurde daraufhin verlängert. (Aus: Berg, P., Die neuen Herren sind die alten, ZDF, 9.4.1972, 21.50 Uhr)
(16) Eine Holzfällergruppe besteht aus etwa 16 Mann und arbeitet im allgemeinen mit 4 Kettenfahrzeugen. In spätestens 10 Minuten ist ein Baum umgelegt und in weiteren 10 Minuten in Stücke zerlegt und transportfertig gemacht. (Borchert, G., Die Wirtschaftsräume der Elfenbeinküste, Hamburg 1972, S. 115).
(17) Ivorer sind die Staatsangehörigen der Elfenbeiküste (Cote d' Ivoire).
(18) Vgl. Ahlers, I., Elfenbeinküste, in: Nohlen/Nuscheler (Hg.), Handbuch der Dritten Welt, Bd. II, Hamburg 1976, Seite 147 ff.
(19) Heckhausen, W., Wachstum ohne Überwindung der Unterentwicklung. Entwicklungsstrategie und -politik in der Elfenbeinküste, Zulassungsarbeit für das Lehramt an Gymnasien, Göttingen 1975, S. 1. W. Heckhausen beschreibt an dieser Stelle seine Erfahrungen während eines längeren Studienaufenthaltes in der Elfenbeinküste.
(20) Ebd., Seite 201 ff.
(21) Chenery, H. B., Redistribution with Growth, Oxford University Press, 1974, Tabelle I.1., Seite 8 ff.
(22) Dazu gehören unter anderen: Mitsubishi Corp., Japan; Sumitomo, Japan; British Steel Ltd.; Pickhands Mather Int., USA. Die Regierung der Elfenbeinküste ist mit 5 % beteiligt.
(23) 63 % des in der Elfenbeinküste investierten Kapitals gehört ausländischen Gesellschaften (africa, Nr. 60, Aug. 76, S. 45). Andere Quellen sprechen sogar von 80 % bis 85 %.
(24) Borchert, G., Die Wirtschaftsräume ..., a.a.O., Seite 127.
(25) James Grant und andere vertraten diese Auffassung auf dem Symposium über die Dürre in Afrika in der „School of Oriental and African Studies" in London vom 19. – 21. 7. 1973. Zitiert nach: Blätter des iz3w, Freiburg, Nr. 32/33, S. 45.
(26) Fraternité Matin, Abdijan, vom 17.8.1977 und Le Monde Diplomatique vom 14.9.1976
(27) Zu der Hungerkatastrophe in der Sahel-Zone 1973/74 und deren Ursachen vgl.: Sahel-Zone – Hunger als Folge der Abhängigkeit, in: Blätter des iz3w, Freiburg, Nr. 32/33, Seite 45.

Herrn
Christoph Moroder
7300 Denzlingen
Emmendinger Str. 16

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX
iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

